

INTIFAD

Zeitschrift für den antiimperialistischen Widerstand



Editorial

- III Impressum
- III Drohende Kriegsgefahr

Arabischer Raum

4 Zwischen Machtkampf und Ohnmacht

Zur aktuellen Lage in Palästina

6 Bürgerkrieg hat alle Tabus gebrochen

Ahmed Sadaat zieht eine Bilanz des Befreiungskampfes

9 Ein demokratischer Staat in Palästina

Die Haifa-Konferenz zur Einstattenlösung

10 Die Würde mit Füßen getreten

Der ILO-Bericht zur Lage in den besetzten Gebieten

13 „Araber verschwinden lassen“

Rede von Peter Melvyn zum Jahrestag der Nakba

15 Das große Warten auf den Krieg

Konfessionalismus und Widerstand im Libanon

20 War „Surge“ erfolgreich?

Die Neutralisierung des sunnitischen Widerstands

24 Der Tod der letzten Metapher

Zum Tod des Dichters von Mahmoud Darwish

Internationales

26 Der Iran und das Atomwaffenmonopol

Zur anhaltenden Aggression der USA

30 Boliburgesia oder die Revolution der Titten

Venezuela zwischen Radikalisierung und Bürokratisierung

34 Das Kolonialstrafrecht des 21. Jahrhunderts

Die „Internationale Strafgerichtsbarkeit“

40 Harte Zeiten

Der Einbruch der Weltwirtschaft

44 Wo soll das alles hinführen?

Eine Skizze der globalisierten Weltwirtschaft

Europa

46 Die EU in der Krise

Das Scheitern des Lissabon-Vertrages

47 Optionen für eine Opposition?

Zum Linksprojekt in Österreich

51 Gaza muss sprechen dürfen

Zur Schmutzkampagne von DÖW und IKG

52 Islamfeindlichkeit vereint

Anti-Islam-Kongresse werden zum Mainstream

58 Fadi Madi zurück in Deutschland

Ein Opfer des neuen Krieges nach innen

59 Damoklesschwert für den Aktivismus

§ 278 als Instrument gegen die Opposition

61 Serbenfreund H.C. Strache

Neue Konstellationen im dritten Lager

Drohende Kriegsgefahr

In der vorliegenden Ausgabe der *Intifada* beschäftigen wir uns in alter Tradition mit den Brennpunkten des antiimperialistischen Widerstands sowie seinen geopolitischen Implikationen und Auswirkungen auf Europa. Gegenwärtig laufen die Bruchlinien des „American Empire“ an einem neuralgischen Punkt zusammen, namentlich dem Iran. Bei seinem Versuch den Widerstand in der islamischen Welt in die Knie zu zwingen und seinen nebulösen Plan vom *Greater Middle East* zu realisieren, stößt Washington allorts auf das Hindernis Teheran.

Wir halten fest: Die spezifisch imperiale Logik der amerikanischen Welt-herrschaft erfordert zwingend einen vernichtenden Militärschlag gegen den Iran mit anschließendem *regime change*. Widrigenfalls müssten die Pläne vom *American Century* zugunsten einer stärker multipolaren Welt zurückgenommen werden, die kapitalistisch-imperialistisch bliebe, in der jedoch die Spielräume für den Wi-

derstand der Volksmassen qualitativ größer wären.

Der Konflikt mit Russland um Georgien kann als Vorbote einer solchen Entwicklung gedeutet werden. So hat Syrien umgehend den Moskauer Parforce-Ritt begrüßt und signalisiert, wie sehr es sich die verblichene Weltmacht wieder als Gegenpol zu den USA zurückwünscht. Doch so weit sind wir noch nicht...

Es gibt gewichtige Stimmen innerhalb des US-Regimes und noch mehr bei den europäischen Verbündeten, die einen Angriff vermeiden oder verschieben wollen. Die Neocons präsentieren sich indes als geschwächt, sind aber bei weitem noch nicht geschlagen. Zudem haben sie die Israel-Lobby auf ihrer Seite.

Welche Perspektive hat die Prolongierung der Sanktionen und ein endloses Drehen der Spirale der Blockade? Der Iran zeigt sich so stark und selbstbewusst wie nie zuvor und hat keinen Grund, auf sein international

verbrieftes Recht auf Nukleartechnologie zu verzichten. Entweder lenken die USA ein oder die *realists* kommen früher oder später zu den selben Schlussfolgerungen wie die *hawks*: Einen Angriffskrieg zu forcieren.

Wir können die Frage, ob es zu einem Angriff kommt, nicht beantworten. Die Akteure kennen die Antwort wohl selbst noch nicht. Um eine ausgemachte Sache wie gegen den Irak handelt es sich dem Augenschein nach jedenfalls nicht. Die Kriegsgefahr bleibt indes hoch und die Kriegsgegner im Westen schwach.

Unsere Zeitschrift bietet Argumente, die ihrer Stärkung dienlich sein sollen.

Die Redaktion

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Antiimperialistische Koordination (AIK), Postfach 23, 1040 Wien, Österreich; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: Print factory, Wien. Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich: Antiimperialistische Koordination (AIK), Postfach 23, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

Redaktion

Margarethe Berger, Gernot Bodner, Stefan Hirsch, Wilhelm Langthaler.

Kontakt

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org
Antiimperialistische Koordination
Postfach 23, 1040 Wien, Österreich
Bank: PSK (1018 Wien)
Konto-Nr.: 92 125 137
Bankleitzahl: 60 000
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Beiträge

Die nächste Ausgabe der Intifada erscheint um den Jahreswechsel 2008/09. Wir freuen uns über die zeitgerechte Zusendung von Texten.

Anzeigen

Wir sind sowohl an bezahlten als auch an Austauschanzeigen oder Gegengeschäften interessiert. Preise und Konditionen sind verhandelbar.

Abo

Intifada-Abonnement:
5 Zusendungen – 15 Euro
Institutionen bzw. Förderabo:
5 Zusendungen – 20 Euro
www.antiimperialista.org/intifada.htm

Verkauf

Wir sind auf jene angewiesen, die aus politischer Sympathie die Zeitschrift in ihrer Stadt oder Region dem interessierten Publikum anbieten und weiterverkaufen.



Zwischen Machtkampf und Ohnmacht

Zur aktuellen Lage in Palästina

Der Ausbruch von tausenden Bewohnerinnen und Bewohnern des Gazastreifens Ende Januar 2008 hat die dortige Situation kurzfristig in die Schlagzeilen der westlichen Medien gebracht. Wenige Wochen später scheint die Sache schon wieder vergessen zu sein. Die Bevölkerung im Gazastreifen ist weiterhin eingeschlossen und ihre Lebenssituation hat sich nicht gebessert. Dennoch hat der Ausbruch für die Eingeschlossenen hohen symbolischen Wert. Die Frage ist, ob sich dadurch das politische Kräfteverhältnis verschoben hat.

Der „Waffenstillstand“ zwischen der Widerstandsregierung im Gazastreifen und Israel ist das Ergebnis langer indirekter Verhandlungen, bei denen Ägypten eine Schlüsselrolle als Vermittler spielte und auf die Hamas-Führung erheblichen Druck ausübte. Obwohl die Vereinbarung – noch – gültig ist, hat sich am Alltag der Konfrontation nur wenig geändert. Die israelischen Angriffe im Westjordanland und im Gazastreifen gehen weiter, die Blockade von Gaza bleibt, mal enger mal lockerer, aufrecht und gewinnt durch die Beteiligung der Nachbarstaaten und die Abmachungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) in Ramallah langsam einen „legalen“ Status.

Die „Weltgemeinschaft“ schaut bestenfalls zu, während die USA und Europa Mittäter sind.

Unfähig oder ungewillt, eine alternative politische Führung zur kollaborierenden Behörde von Abbas in Ramallah zu schaffen, dreht sich die interne palästinensische Politik seit den Wahlen von 2006 und spätestens seit der militärischen Machtübernahme von Hamas in Gaza im Kreis.

Hamas zahlt für den Waffenstillstand zunehmend einen hohen Preis.

Israel musste zwar die Forderung nach der Freilassung des gefangenen Soldaten als Bedingung für den Waffenstillstand fallen lassen. Die daraus entstandene kleine politische Wunde in Israel wurde jedoch mit der Auf-

rechterhaltung der Blockade und regelmäßigen Angriffe im Westjordanland gestillt. Schon in den ersten Stunden des Waffenstillstands ermordeten israelische Spezialeinheiten palästinensische Aktivisten im Westjordanland.

Viel höher war der Preis auf der palästinensischen Seite. Die Hamas, die schon immer einen langfristigen Waffenstillstand vorschlug, was Israel immer ablehnte, akzeptierte ein Teilabkommen für Gaza. Somit gehen die israelischen extralegalen Hinrichtungen palästinensischer Aktivisten im Westjordanland weiter, während die Antwort des Widerstands nun ausbleibt.

Weiters verpflichtete sich Hamas zum ersten Mal, für die Einhaltung des Abkommens seitens aller Organisationen zu sorgen und erlegte sich damit eine schwere Last auf. Allein von Hamas unterzeichnet, lehnen alle anderen palästinensischen Organisationen - inklusive Fatah - das Abkommen ab bzw. kritisieren es. Besteht Hamas auf die Durchsetzung des



Bild: flickr/Ernest Morales

Waffenstillstands, könnte sie in Konfrontation nicht nur mit den anderen Widerstandsorganisationen, sondern sogar mit ihrem eigenen militärischen Flügel geraten. Vorwürfe der Kollaboration und Vergleiche mit der kritisierten Politik der PNA könnten aufkommen. Das Entstehen von radikaleren salafitischen Organisationen im Gazastreifen ist ein Zeichen dafür, wie unzufriedene Hamas-Mitglieder bereits erfolgreich von diesem Milieu angeworben werden.

Indes lässt sich der Waffenstillstand schwerlich als Errungenschaft verkaufen, zumal sich an der Blockade, den israelischen Angriffen und allgemein am Alltag der Palästinenser im Gazastreifen kaum etwas geändert hat.

Das gießt Wasser auf die Mühlen der PNA in Ramallah und der Fatah, die diesmal Kritik „von links“ üben durfte und sogar militärische Aktionen vom Gazastreifen aus unternahm. Die Verhaftung der Führer der Fatah-nahen al-Aqsa-Brigaden durch Hamas war genau das, was die Fatah provozieren wollte: einen scheinbaren Rollentausch, um die Glaubwürdigkeit der Hamas als Trägerin des Widerstands zu erschüttern.

Weitere Verhaftungen von Mitgliedern des Islamischen Jihad und der linken Volksfront PFLP sind jedoch ernster zu nehmen, da dies die Möglichkeit der Bildung einer politischen Front des Widerstands im Gazastreifen weiter erschwert.

Die Führung der Hamas ringt um internationale Anerkennung. Tatsächlich kann ihr als Sieger der Wahlen von 2006 niemand ernsthaft die

demokratische Legitimität als Vertretung der Palästinenser in den besetzten Gebieten streitig machen, so sehr das Israel und der Westen auch versuchen. Die Befreiung des Gazastreifens von den Siedlern ist großteils ihren Kämpfern zu verdanken. Da sie den Streifen nun de facto kontrolliert, ist sie als Partner für Friedensgespräche unvermeidbar und unerlässlich. Die zur Schau gestellte Bereitschaft der Hamas, den politischen Preis für diese Anerkennung zahlen zu wollen, wird von Israel und dem Westen ignoriert. Diese Bereitschaft seitens Hamas war auch der Grund, warum die Massenbewegung, welche die Grenzen zu Ägypten gesprengt hatte, wieder gestoppt wurde. Doch die von der Hamas gehegten Hoffnungen drohen enttäuscht zu werden und Frustrationen auszulösen. Man ist aber nicht bereit, sich über die offensichtlichen Probleme einer objektiv schwierigen Lage Rechenschaft abzulegen. Jedes Gespräch mit einem kleinen internationalen Politiker wird als politische Errungenschaft präsentiert. So wurden den Gesprächen mit dem jordanischen Geheimdienst ein „politischer Charakter“ zugeschrieben.

Was auf der einen Seite legitimes Bedürfnis der Bevölkerung nach Ruhe, Sicherheit oder zumindest einer Atempause ist und von der Politik reflektiert werden muss, droht auf der anderen Seite politisch zu weit zu gehen und die Integrität der historischen Forderungen des Widerstands zu beschädigen.

Zumal die libanesischen Krise gezeigt hat, dass die USA eine Eskalation be-

vorzuziehen, die so lange dauern soll, bis eine Lösung für die Iran-Krise gefunden wird. Noch jeder Kompromiss zwischen Hamas und Fatah brach unter dem US-Druck zusammen.

Das Unvermögen der Hamas, die Kollaborateure in Ramallah politisch zu isolieren, eine breite politische Alternative zu Abbas zu formieren und das PNA-Regime zu Fall zu bringen, vertieft die Misere der gesamten Widerstandsbewegung. Beharrend auf ihren exklusiven Führungsanspruch innerhalb des Widerstandslagers, und unfähig, wenigstens eine gemeinsame Führung im Gazastreifen aufzubauen, wird die Führung von Hamas alleine für die kommenden politischen und militärischen Schlägen verantwortlich gemacht werden.

Für die humanitäre Katastrophe in Gaza, die sich zu einem schleichenden Massenmord auswächst, ist jedoch allein die „freie Welt“ verantwortlich.

Mohammed Aburouss

Bürgerkrieg hat alle Tabus gebrochen

Ahmed Sadaat zieht eine Bilanz des Befreiungskampfes

Ahmad Sadaat, der von Israel inhaftierte Generalsekretär der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) zur gegenwärtigen politischen Lage in Palästina und den drängenden Aufgaben der Palästinenser.

60 Jahre sind seit der Gründung des Staates Israel vergangen und mehr als 100 Jahre seit dem Beginn des Kampfes zwischen der zionistischen Bewegung und der palästinensischen Nationalbewegung. In diesen Jahrzehnten konnte Israel bedeutende Erfolge erringen. Es gelang ihm, die restlichen palästinensischen Gebiete 1967 zu besetzen und seine politischen, militärischen und ökonomischen Möglichkeiten zu entwickeln. Seine Rolle hat sich gewandelt von einem Instrument und marginalen Partner im imperialistischen Projekt zum Hauptpartner der imperialistischen Führungsmacht in der Phase der Globalisierung. Es gelangen ihm auch bedeutende Einbrüche in die Konfrontations- und Kampffront gegen sein imperialistisches und rassistisches Siedlungs- und Vertreibungsprojekt: Angefangen mit dem Rückzug Ägyptens, der größten arabischen Macht aus dem Kampf, der Unterzeichnung des Camp David-Abkommens 1979 sowie der ägyptischen Anerkennung Israels und der Normalisierung der Beziehungen mit ihm. Diesem Einbruch folgten die Unterzeichnung des Oslo-Abkommens zwischen der Führung der PLO und Israel (1993), das Wadi-Araba-Abkommen zwischen Jordanien und Israel (1994) und zuletzt die kollektive arabische Bereitschaft zur Anerkennung Israels und der Normalisierung der Beziehungen mit ihm durch die Arabische Initiative (2007).

Auf der Ebene der strategischen Konfrontation sind die palästinensischen Forderungen abgeschwächt worden: Von der Befreiung des ganzen Landes vom Fluss bis zum Meer auf die Akzeptanz eines palästinensischen Staates auf weniger als 22% der Fläche des historischen Palästinas mit der Bereitschaft, davon die 3%, die

der Fläche der sogenannten großen Siedlungsblöcke entsprechen, zu tauschen. Hinzu kommt die palästinensische Akzeptanz der Formulierung, die in der Arabischen Initiative über das Recht auf Rückkehr steht. Dies wirft die Frage auf, ob es die palästinensische Exekutive mit dem Festhalten am Recht auf Rückkehr ernst meint und ob sie es als rote Linie betrachtet, die nicht überschritten werden kann. Was diese Befürchtungen verstärkt, ist die zweideutige offizielle Position zum sogenannten Genfer Dokument, das alle Optionen zur Lösung des Flüchtlingsproblems vorlegt, außer das Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Häuser, aus denen sie vertrieben worden sind.

Israel kann als Siedlungs-Phänomen in seiner allgemeinen imperialistischen Funktion und als Hauptpartner der USA beim Projekt des *Greater Middle East* zur Befriedung der Region und der Durchsetzung der vollständigen Kontrolle über sie nichts anderes hervorbringen als eine Kultur der rassistischen Diskriminierung und Unterdrückung und den andauernden Hass erstens zwischen den jüdischen und arabischen Bewohnern Palästinas und zweitens zwischen sich und den Völkern der arabischen Welt bzw. der Region, denn seine weitere Existenz ist verbunden mit imperialistischen Kontroll-, Unterdrückungs- und Raubvorhaben.

Die zionistische Siedlungs-Präsenz in Palästina unterscheidet sich in ihren objektiven Charakteristiken nicht von imperialistischen Siedlungs-Phänomenen, wie sie von Staaten und Regierungen einer weißen rassistischen Minderheit in Südafrika, Zimbabwe und Namibia geschaffen wurden und ihr ist dasselbe Schicksal beschieden sein. Der religiöse Deckmantel, der Is-

rael von diesen Systemen unterscheidet, ändert nichts daran, dass es im Kern dasselbe Wesen hat. Die objektiven Charakteristika, die Israel seine Identität und imperialistische Funktion verleihen, sind jedoch nicht die Grundlage oder der entscheidende Faktor für das Ende dieses Projekts. Denn die zionistische Siedler-Präsenz wurde nicht in einem Vakuum errichtet oder in einem Land ohne Volk, sondern im Zusammenstoß mit dem palästinensischen Nationalismus, der sich beginnend mit der Herauskristallisierung des arabisch-nationalistischen Befreiungsprojekts mit seinen zivilisatorischen und progressiven menschlichen Dimensionen seinen Weg bahnte. Es stimmt, dass seine subjektiven Möglichkeiten und seine mangelnde arabische Tiefe ihn nicht dazu befähigten, dem zionistischen Angriff entgegenzutreten und ihn zurückzuschlagen. Aber dennoch ist er in einer ständigen Konfrontation mit dem Phänomen geblieben, sogar in seinem schwächsten Teil, den Massen unseres Volkes im 1948 besetzten Teil Palästinas, welche die Auswanderung verweigert und an ihrem Land festgehalten haben. Alle Maßnahmen zur Vertreibung und ethnischen Säuberung, die Massaker, die Militärherrschaft (1948–1966) oder die rassistischen Ausnahmegesetze, die ihre Staatsbürgerrechte direkt verletzen, haben nicht verhindert, dass unsere Massen in diesem Teil des Landes weiterhin an ihrer nationalen Identität festhalten und sie in der täglichen Konfrontation heraus kristallisieren.

Abgesehen von dem schlechten Gebrauch, den die PLO-Führung und danach die Palästinensische Autorität von den Errungenschaften des Kampfes und des vielgestaltigen Widerstands unseres Volkes, die sich im Oslo-Abkommen widerspiegeln, gemacht hat, war dieses Abkommen insgesamt mitsamt seinen folgenden Texten und praktischen Umsetzungen

vage. Es hat keine klare Perspektive für die Entwicklung der Autonomie-Regierung, die dessen direktes Ergebnis war, zu einem unabhängigen palästinensischen Staat mit uneingeschränkter Souveränität und zur Verwirklichung der unveräußerlichen nationalen Rechte eröffnet und auch nicht für den Versuch derselben Führung, die Errungenschaften der zweiten Intifada für das *Roadmap*-Projekt zu nutzen. Dessen Horizont ist noch begrenzter als der des Oslo-Abkommens, da es den Sicherheitsaspekt bei der Behandlung des Themas Palästina betont und die sogenannten Sicherheitsbedürfnisse Israels zur entscheidenden Instanz für den Verlauf der Verhandlungen und ihrer Ergebnisse gemacht hat. Ungeachtet dieses beschränkten Aufmerksamkeits für die Opfer unseres Volkes und seines unerschrockenen Widerstands ist es ihm durch Standhaftigkeit und Widerstand gelungen, eine Realität durchzusetzen, welche die expansionistischen zionistischen Träume von der Ausdehnung Israels vom Nil bis zum Euphrat zerbrochen hat. Die zionistische Führung ist jetzt bereit, eine ge-

ringere Fläche als die des historischen Palästinas für ihren „jüdischen Staat“ zu akzeptieren. Sie war gezwungen, die militärische und Siedler-Präsenz aus dem Gazastreifen abzuziehen, dessen Siedlungen dem geistigen und praktischen Vater der zionistischen Siedlung in Palästina zufolge in ihrem Rang gleichbedeutend mit Tel Aviv waren. Diese palästinensische Errungenschaft hat die Krise des zionistischen Projekts, die aus seinen verdeckten inneren Bestandteilen resultiert, verstärkt.

Israel ist durch die Interessen, die es vertritt, und durch die Verknüpfung mit dem US-imperialistischen Projekt in der Region eine Kraft, die zur Verwirklichung des Friedens nicht fähig ist. Das stellt in Frage, ob es sinnvoll ist, dass die Führung von Autonomiebehörde und PLO die Verhandlungen mit Israel fortsetze. Dieser Weg wird seit 17 Jahren, seit dem Beginn von Oslo, versucht und bis heute sind die Ergebnisse, die unser Volk geerntet hat, gleich Null oder noch geringer.

Israel benutzt die Verhandlungen als Deckmantel, um die Realitäten seines Siedlungsprojekts am Boden

zu festigen und unserem Volk und der internationalen Gemeinschaft vollendete Tatsachen aufzuzwingen. Es versucht, die Lösung des palästinensisch-zionistischen Konflikts in der Weise fest zu schreiben, dass es sich die größte Fläche an Land mit der geringsten Anzahl an Palästinensern einverleibt und das palästinensische Streben nach Unabhängigkeit auf ein nicht lebensfähiges politisches Gebilde begrenzt, das nicht viel mehr ist als ein israelisches Protektorat.

Israel hat jedes palästinensische Zugeständnis mit neuen Forderungen beantwortet. Seine Anerkennung im Rahmen gesicherter Grenzen ist heute genauer definiert und es fordert die Anerkennung als jüdischer Staat mit politischen Konsequenzen, welche die Interessen unserer Bevölkerung im 1948 besetzten Teil Palästinas verletzen und gleichzeitig dem legitimen Streben nach Rückkehr eine endgültige Grenze setzen.

Die Errungenschaften unseres Volkes stehen in keinem Verhältnis zu den Opfern, die es in seinem Widerstand gegen das zionistische Projekt gebracht hat. Die objektive Seite



war ein Faktor, aber keineswegs der einzige. Hinzu kommt die subjektive Mangelhaftigkeit der Führung in der Leitung des Kampfes gegen die Besatzung. Dieses Eingeständnis ist als Schlussfolgerung und Ergebnis von mehr als zehn Jahrzehnten Kampf, Widerstand und Opfer unseres Volkes zur Verteidigung seiner unveräußerlichen Rechte festzuhalten. Hinzuafügen ist, dass die materiellen und moralischen Erfolge unseres Volkes in Wirklichkeit durch seinen vielfältigen Widerstand erreicht wurden und die Verhandlungen auf der Grundlage der angebotenen internationalen Projekte eine schlechte Investition dieser Erfolge waren. Unser Volk hat seine Führung in den schwierigsten historischen Stadien, mit denen unsere Sache konfrontiert war, keinen einzigen Tag im Stich gelassen, und es stellt den zentralen Faktor in allen Errungenschaften unseres Kampfes dar. Es verdient, dass ihm seine politische Führung Hoffnung gibt, die seine Standhaftigkeit und seinen Widerstand stärkt.

Das Mindeste an Hoffnung ist die politische Bewahrung unseres nationalen Projekts. Das beginnt mit der Abkehr vom Zustand der Spaltung und der inneren Krise, die unsere Sache durchlebt, und der Schaffung eines vereinigten, verantwortungsvollen, demokratischen Rahmens auf Führungsebene, in dem ein umfassender nationaler Dialog stattfinden kann, der auf einer kritischen politischen Aufarbeitung der vergangenen Phase und der Neuformulierung unseres nationalen politischen Projekts basiert. Die Schlussfolgerungen und Ergebnisse dieser Aufarbeitung sollten als Grundlage für den Aufbau unserer Führungsinstrumente und unserer nationalen Einheit genutzt werden. Die nationale Einheit sollte auf der breitesten nationalen Übereinstimmung und einer stabilen demokratischen Grundlage basieren, die die Vielfalt bewahrt und die Freiheit zur Interpretation, zu Meinung und Gegenmeinung garantiert, um aus den Unterschieden und Widersprüchen eine Quelle der Entwicklung und des Aufschwungs zu machen.

Unsere Bevölkerung hat Abstand genommen von jeder Führung – egal,

welche Vorzüge sie hatte –, die versucht hat, sie zu beherrschen und ihr ihre politischen oder sozialen Optionen aufzuzwingen. Sie hat lange gelitten und leidet immer noch unter Unterdrückung und Kontrolle, unter der Strangulierung ihres Willens und der Marginalisierung ihrer Rolle. Sie braucht eine Führung, die ihren Kampf und Widerstand leitet und die zur Bestimmung der Richtung zu ihr zurückkehrt, die alle Ergebnisse respektiert, welche ihr Schiedsspruch hervorbringt, und die deswegen zu ihnen zurückkehrt, weil sie in ihnen die Quelle jeder Legitimität sieht.

Ungeachtet des juristischen Streits über die Legitimität zwischen den beiden Konfliktparteien Fatah und Hamas und der Versuche zur Rechtfertigung der einseitigen Maßnahmen beider Seiten, sind diese nicht zu rechtfertigen. Weder durch die aus der Legitimierung durch die Wahlen oder den Legislativrat hervorgegangene Stärke, noch durch den Missbrauch der Position der PLO, die nicht länger der Besitz einer Seite ist – besonders nicht nach dem Kairo-Abkommen, dessen Umsetzung aufgrund reiner Gruppeninteressen blockiert wurde. Während wir immer noch die Bereitschaft haben, mit Israel zu verhandeln oder einen Waffenstillstand zu vereinbaren, wäre es wichtiger, dass dem eine Beruhigung der internen Lage vorausgeht, indem die gegenseitige Aufwiegelung und die Verletzung der allgemeinen Freiheiten beendet und die Gefangenen auf beiden Seiten freigelassen werden. Es muss ein ernsthafter nationaler Dialog begonnen werden, um den zerstörerischen Zustand der Spaltung zu überwinden, der die nationale Zukunft unseres Volkes bedroht, und die innere Einheit wiederherzustellen, die unserem Widerstand bei der Verteidigung der unveräußerlichen Rechte und in der Konfrontation mit der Aggression der Besatzung gegen unser Volk Stärke und Festigkeit verleiht. Es ist hierbei möglich, auf die Kairo-Deklaration vom März 2005 und das Dokument der Nationalen Übereinkunft vom Juni 2006 aufzubauen und diese zu entwickeln, um den Bereich des (kleinsten) gemeinsamen Nenners im Rahmen des gewählten Nationalrats

zu verbreitern, der das gesamte politische und gesellschaftliche Spektrum unseres Volkes repräsentiert.

Das liefert die notwendigen Voraussetzungen zur Verwirklichung der Einheit, wenn der wirkliche Willen dazu bei beiden Konfliktparteien vorhanden ist. Ich denke, dass der Schlüssel zum Erfolg darin liegt, unser Haus auf einer festen und soliden Grundlage in Ordnung zu bringen, die in der Umsetzung des Kairo-Abkommens besteht, und die PLO wieder aufzubauen und ihren Nationalrat zu wählen. Die Umsetzung dessen ist nicht nur ein Maßstab dafür, wie ernst es eine Organisation mit der Einheit meint, sondern auch für den Grad des Festhaltens dieser oder jener Seite am Recht auf Rückkehr. Dieses verkörpert von seiner Bedeutung her den Kern unserer nationalen Sache und ist sowohl die Brücke, die unser nationales Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung mit unseren historischen Rechten in Palästina verbindet, als auch das Tor zur Errichtung eines demokratischen Staates als umfassende, demokratische Lösung des Konflikts in Palästina und um Palästina.

Die Einheit ist der zentrale Faktor, um unsere nationale Sache politisch zu schützen. Sie ist die notwendige Voraussetzung für den Aufbau des arabischen Schutzes. Durch den palästinensischen und arabischen Schutz werden auch die nötigen Voraussetzungen geschaffen, um die internationale Protektion unseres Volkes zu erlangen und die Sache der UNO zu übergeben, indem eine internationale Konferenz unter ihrer Schirmherrschaft einberufen wird, deren Basis die UNO-Resolutionen sind, die die nationalen Rechte unseres Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates mit der Hauptstadt Jerusalem anerkennen.

Ahmed Saadat

Dieser Text ist entnommen von *www.arabs48.com* vom 29. Juli 2008. Übersetzt und gekürzt von *Petra Wild*.

Ein demokratischer Staat in Palästina

Die Haifa-Konferenz zur Einstaatenlösung

In Haifa fand ein außergewöhnliches Zusammentreffen statt. In dieser Stadt wurde eine Konferenz zur Frage der Einstaatenlösung abgehalten, die weit über die Region hinaus Ausstrahlungskraft hatte. Bloß eine weitere Gedenkveranstaltung zur Nakba oder eine Kurskorrektur der palästinensischen Befreiungsbewegung?

Ein Jahr nach dem Initialaufruf von Abna' al-Balad (Die Einheimischen) und nach sechsmonatiger Vorbereitung seitens der arabischen und antizionistischen Organisationen innerhalb Israels (des 1948 besetzten Teils Palästinas) fand am 20. und 21. Juni 2008 in der Hafenstadt Haifa eine Konferenz mit dem Titel „Für das Rückkehrrecht und einen demokratischen, säkularen Staat in Palästina“ statt.

Erfolgreich, mit mehr als vierzig arabischen, jüdischen und internationalen Rednern und über hundert

Beiträgen von verschiedenen palästinensischen, arabischen und internationalen Organisationen, betonte die Konferenz die Notwendigkeit eines einzigen, demokratischen Staates im gesamten Palästina, in dem alle dort lebenden Menschen gleichberechtigt sind. Das schließt das Rückkehrrecht der vertriebenen Palästinenser sowie die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Israels ein.

Die Konferenz eröffnete einen umfassenden Dialog und setzte sich mit den historischen, politischen, sozi-

alen, juristischen, philosophischen und pädagogischen Aspekten auseinander, zu denen Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen Stellung nahmen.

Ein weiteres Merkmal ist die Tatsache, dass diesmal die Initiative aus dem 48er-Gebiet kommt. In diesem Teil Palästinas, auf dem der offizielle Staat Israel gegründet wurde, leben heute eine Million Araber. Das sind die Nachkommen von etwa 90 000, welche – oft wegen des Bedürfnisses Israels nach billigen Arbeitskräften – die Massenvertreibungen 1948 und 1949 überlebten. Beinahe 20 Jahre unter Militärgesetzen und Ghetto-Bedingungen, seit 1967 formal israelische Staatsbürger (in der Realität Bürger zweiter Klasse), bildet diese einst marginale Gruppe heute eine immer bedeutendere politische Kraft.

Der Schwenk der PLO zur Zweistaatenlösung und das daraus resultierende Oslo-Abkommen bedeutete für diese Menschen eine politische Verwaisung. Die einst „einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes“ überließ sie ihrem Schicksal und betrachtete sie laut Abkommen als israelische Staatsbürger. Die politischen Gruppierungen in diesem Gebiet waren selbst eine Spiegelung des palästinensischen politischen Spektrums: Liberale, die ihre politischen Forderungen auf Gleichberechtigung im israelischen Staat beschränkten, Linke, auf der ursprünglichen Linie der palästinensischen Bewegung Beharrende, und schließlich die islamische Bewegung, die trotz staatlicher Repression immer mehr an Boden gewinnt. Tonangebend waren immer die Kräfteverhältnisse innerhalb der PLO, und später zwischen Fatah und Hamas.

Das Scheitern des Oslo-Abkommens und die Niederlage der zweiten Intifada manövrierte die gesamte palästinensische Bewegung in eine Sackgasse. Die Möglichkeit einer Zweistaatenlösung wurde von der israelischen Politik zunichte gemacht. Die Niederlage der Intifada war der Ausdruck des



Bild: flickr/Hamed Saber

Fehlens eines Alternativprogramms zur Zweistaatenlösung. Auch die islamische Bewegung blieb letztlich in diesem Problem gefangen. Sie zwar auch auf die Befreiung von ganz Palästina berufend, bot sie mit ihrer Perspektive eines islamischen Staates in Palästina keine realistische Alternative für ein Land, in dem schlussendlich eine politische Lösung mit vier Millionen Andersgläubigen (ganz abgesehen von den säkularen Kräften) gefunden werden muss.

Es verwundert daher nicht, dass es diesmal die arabischen Organisationen innerhalb Israels waren, welche die politische Initiative ergriffen. Zum ersten Mal gingen sie über lokale Aktivitäten hinaus, welche die unmittelbare Existenz und die Rechte der Palästinenser im 1948 besetzten Land betreffen, und führten eine koordinierte Aktion gemeinsam mit palästinensischen Organisationen aus den Flüchtlingslagern in Syrien und im Libanon durch (ein weiterer politisch marginalisierter Teil der Palästinenser). Ein Vorgehen, das an die

ursprünglichen Ziele der palästinensischen Bewegung erinnert. Sie erneuerten somit die Forderung nach der einzig möglichen dauerhaften und progressiven Lösung der Palästina-Frage und brachten den Kompass auf die richtige Orientierung zurück.

Die Konferenz fand in einem historischen Moment statt, in dem die palästinensische Bewegung (vertreten durch die politischen und militärischen Organisationen in Westjordanland und Gaza) eine ihrer tiefsten politischen Krisen durchlebt, welche vom Fehlen von konkreten Zielen und plausiblen politischen Programmen gekennzeichnet ist.

Scheinbar ein kleiner Schritt von kleinen politischen Gruppierungen und einigen fortschrittlichen Intellektuellen, bietet diese einzigartige Initiative die Möglichkeit einer politischen Wende in der palästinensischen Befreiungsbewegung. Die unterschiedlichen Reaktionen im palästinensischen, im solidarischen und auch im feindlichen Lager zeigen das Potential an. Es ist an den palästinensischen

Kräften und der Solidaritätsbewegung, darauf aufzubauen.

Die Organisatoren selbst zeigten sich sehr zufrieden und wiesen darauf hin, dass die Konferenz vielleicht jenes Ereignis der palästinensischen Bewegung in den 48er-Gebieten war, das bisher die meiste Beteiligung von solidarischen jüdischen Exponenten erfuhr. Wie weitere Schritte zu einem demokratischen Staat gesetzt werden können, bleibt unter den Protagonisten umstritten. Der ehemalige Knesset-Abgeordnete Azmi Bishara repräsentiert in gewisser Weise den institutionellen Weg von innen. Seine Flucht wegen staatlicher Verfolgung, von der selbst ein Parlamentarier nicht geschützt ist, wenn er Araber ist, zeigt jedoch deutlich die Grenzen auf. Die Organisatoren von Abna' al-Balad meinen daher, dass ein wirklicher Fortschritt nur nach einer substantiellen Niederlage des zionistischen Apparates möglich sein wird.

Mohammed Aburouss

Die Würde mit Füßen getreten

Der ILO-Bericht zur Lage in den besetzten Gebieten

Auszüge und Kommentare zum Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation über die „Lage der ArbeiterInnen in den besetzten arabischen Gebieten“, Internationale Arbeitskonferenz, 96. Sitzung, 2007.

Die ILO veröffentlicht jährlich einen Bericht zur Lage der Arbeiter in den besetzten Gebieten. Der Bericht wird von einem Expertenteam erstellt, das sich vor Ort über die Lage der ArbeiterInnen in den besetzten Gebieten ein Bild macht, und zwar aufgrund von Informationen durch israelische sowie palästinensische Regierungsstellen, Ministerien, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, akademische Institutionen, Organisationen der Vereinten Nationen, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen, internationale und lokale NGOs u. a. Der 43-seitige Bericht kann durch pubvente@ilo.org in englischer oder französischer Sprache bezogen werden. Wir bringen hier daraus einige Auszüge.

In seinem Vorwort weist der Generaldirektor der ILO, Juan Somavia, unter anderem auf die Schwierigkeit hin „in angemessener Weise und in der Sprache eines Berichts dem Gefühl Ausdruck zu verleihen, das das palästinensische Volk angesichts der Kollektivbestrafung, der es ausgesetzt ist, tief in seinem Herzen trägt. Immer wieder kommt einem das Wort ‚Würde‘ in den Sinn, vor allem weil die Würde der PalästinenserInnen in mehr als einer Weise mit den Füßen getreten wird, und auch ob der Würde, mit der sie den Demütigungen und Erniedrigungen, die sie ertragen, ins Auge sehen.“

2007 steht im Zeichen des 40. Jahres der israelischen Besatzung des Westjordanlandes, Gazas, Ost-Jerusalem

und des Golans. Für diese Gebiete bedeutete dies ein weiteres Jahr akuten Leidens aufgrund des sinkenden Lebensstandards, wachsender Armut und Arbeitslosigkeit, zunehmenden sozialen Zerfalls und politischer Wirren zu ertragen. Drei Faktoren trugen zur Verschlechterung der Lage im Vergleich zum letzten Jahr bei. Erstens, das finanzielle, von der internationalen Gemeinschaft gegen die Palästinensische Behörde (PA) verhängte Embargo, das verheerende Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Wirtschaft hatte. Zweitens, die von Israel einbehaltenen Steuergelder, entgegen den Abmachungen von Oslo, was zu einem monatlichen Budgetverlust von 60 Millionen Dollar führte. Drittens, weitere Beschränkungen im Personen- und Güterverkehr innerhalb und zwischen den besetzten Gebieten sowie zwischen letzteren und Israel und anderen Ländern. Die pa-



Bild: flickr/micheleamaliah

lästinensische Wirtschaft war daher gezwungen auf einem minimalen Niveau zu funktionieren.

Der Zugang zu Märkten innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete unterliegt einer strengen Kontrolle durch die israelische Armee. Die Hindernisse zu einem freien Verkehr im Westjordanland mehren sich mit der zunehmenden Zahl von „fliegenden“ Barrieren, zusätzlich zu den bereits bestehenden. Die Handels- und Transportkosten sind dadurch untragbar geworden und wirken sich auf die Preise von Konsumgütern aus. Die Kontrolle der zahlreichen Barrieren und Übergänge innerhalb der besetzten Gebiete gibt der israelischen Armee volle Macht über den Lebensunterhalt der Bevölkerung. Die sich dadurch ausbreitende humanitäre und wirtschaftliche Krise führt zu einer Schwächung der Institutionen, zu Gewalttätigkeit, Kriminalität und Rechtlosigkeit, zu-

sätzlich zu Auseinandersetzungen zwischen politisch uneinigen, schlecht ausgebildeten und nur gelegentlich entlohnten Sicherheitskräften, besonders im Gazastreifen.

Obwohl die finanziellen Hilfeleistungen aufgrund der verschlechterten Lage der palästinensischen Bevölkerung zunahm, änderte sich die Aufteilung der Hilfsgelder insofern, als die Hilfe für humanitäre Zwecke im Vergleich zur Entwicklungshilfe überhand nahm (56% durch die EU im Jahre 2006, aber nur 16% 2005), die für die Entwicklung einer Wirtschaft in einem lebensfähigen palästinensischen Staat notwendig wäre. Mit der Desorganisation der wirtschaftlichen Aktivitäten schrumpft die Produktivkraft der Wirtschaft. Die Verminderung des Angebots und dem daraus folgenden Verlust an Einkommen und Arbeitsplätzen geht Hand in Hand mit einem massiven Absinken

der Nachfrage. Das Resultat ist eine „Ent-entwicklung“, die eine lebensfähige palästinensische Wirtschaft unmöglich macht.

Zu den Hindernissen zur Beschränkung der Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung zählen Kontrollpunkte, Straßenbarrieren, Metallabriegelungen, Erdhügel, Schranken, Gräben und die Trennmauer, die hauptsächlich östlich der Waffenstillstandslinie von 1949, der sogenannten „Grünen Linie“ verläuft und die innerhalb des Westjordanlandes errichtet ist und an der weiter gebaut wird. Das Resultat ist eine Zerstückelung des Gebietes, wodurch palästinensische Wohnorte und -zentren voneinander isoliert werden, insbesondere Ost-Jerusalem, Nablus und das Jordantal.

Die internationale Gemeinschaft betrachtet die Besetzung der eroberten Gebiete als illegal und als einen Verstoß gegen das internationale Recht. Laut der Resolution 465 von 1980 erklärte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen: „Israelische Politik und Praktiken, Teile seiner Bevölkerung und neue Einwanderer in diesen Gebieten ansässig zu machen ist eine flagrante Verletzung der Genfer Konvention ... wie auch ein ernstes Hindernis zu einem gerechten und dauerhaften Frieden im Mittleren Osten.“ Auch die internationale

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Sie wurde im Jahre 1919 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Genf. Die ILO verfügt über eine dreigliedrige Struktur, die im UN-System einzigartig ist: Die 182 Mitgliedsstaaten sind durch Repräsentanten sowohl von Regierungen, als auch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Organen der ILO vertreten. Schwerpunkte der ILO sind die Formulierung und Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialnormen, insbesondere der Kernarbeitsnormen sowie die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit als einer zentralen Voraussetzung für die Armutsbekämpfung.

Arbeitsorganisation nahm 1980 eine Resolution an, welche die Auswirkungen der Siedlungspolitik Israels feststellt: Rückgang an Arbeitsplätzen, psychische und physische Schäden an palästinensischen ArbeiterInnen, flagrante Verletzungen der Rechte im allgemeinen und des Rechts der Versammlungsfreiheit.

Der Bau von jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und in Ost-Jerusalem setzte sich seit 2006 fort. Für Landwirtschaft bestimmtes Land palästinensischer Eigentümer wird von den Siedlern für kommerzielle Zwecke benützt. Die israelische Statistik weist Ende 2005 auf palästinensischem Gebiet 119 jüdische Siedlungen mit 247 500 Einwohnern auf, – über 118 000 mehr seit 1995. Laut der israelischen Organisation „Peace Now“ gab es zusätzlich 101 nicht-autorisierte Siedlungen oder „outposts“. Die Siedlungen, einschließlich sogenannter „geschützter“ oder „gesperrter“ Gebiete machen 40% der besetzten Gebiete aus.

Ein extensives Straßennetz ist bereits angelegt und teilweise noch im Bau für die ausschließliche Benutzung durch Siedler, jüdische Israelis und die israelische Armee. Tunnels und Umgehungsstrassen stellen sicher, dass die palästinensische Bevölkerung nicht mit jüdischen Israelis in Berührung kommt. Andererseits leben in Ost-Jerusalem 182 000 Juden unter 245 000 Muslimen, Christen u. a. Von den zwölf kontrollierten Zugängen zu Ost-Jerusalem können nur vier von in Jerusalem domizilierten PalästinenserInnen benutzt werden.

Am 20. April 2006 wurden Richtung und Länge der Trennungsmauer im Westjordanland von der israelischen Regierung neu festgelegt, und zwar von 670 auf 702 Kilometer verlängert. 2007 waren bereits 59% der Mauer trotz Einspruchs des Haager Internationalen Gerichtshofs und der Resolution der Versammlung der Vereinten Nationen (A/Res/ES-10/15 vom 20. Juli 2004) errichtet. Nur 20% der Mauer folgen der „Grünen Linie“. 575 Quadratkilometer (10,17%) westjordanischen Landes liegen innerhalb der sogenannten „Nahtzone“ zwischen der Mauer und der „Grünen Linie“. In dieser Zone befindet

sich ein großer Teil des fruchtbaren westjordanischen Ackerbodens und der Wasserressourcen. 242 Dörfer mit 260 500 palästinensischen Einwohnern sind in dieser „Nahtzone“ angesiedelt. 12 Dörfer mit 31 400 Einwohnern sind bereits – oder werden – von der Mauer völlig eingeschlossen sein, 28 Dörfer mit 124 300 Einwohnern von drei Seiten, – die vierte Seite mit einem Verschluss oder einer ähnlichen Struktur. Mit dem Mauerbau entstanden Industrieanlagen in der Nähe jüdischer Siedlungen, in denen palästinensische Männer, Frauen und sogar zehnjährige Kinder für Löhne weit unter dem Mindestlohn und ohne Schutz gegen Arbeitsunfälle beschäftigt werden.

Genehmigungen und Passierscheine für Zwecke des Personen- und Güterverkehrs innerhalb der besetzten Gebiete sowie nach und von Israel oder ins Ausland sind kompliziert, undurchsichtig und widersprüchlich. Seit der zweiten Intifada (Jahr 2000) ist die Zahl der Arbeitsgenehmigungen für Beschäftigung in Israel stark gesunken und auf höhere Altersgruppen beschränkt. Die Zahl der illegalen ArbeiterInnen wird auf 15 – 20 000 geschätzt, der in den Siedlungen Beschäftigten auf 11 000.

Israel kontrolliert weiterhin Gazas Grenzen, Küste und Luftraum, drosselt Personen- und Güterverkehr in einem Ausmaß, dass Gaza mit einem Freiluftgefängnis verglichen werden kann. Der israelische Arbeitsmarkt ist für Arbeitssuchende aus Gaza seit April 2006 gesperrt. Die Arbeitslosigkeit ist dementsprechend hoch. (Die Lage in Gaza hat sich seit 2007 sehr verschlechtert und wird im Bericht 2008 behandelt werden).

Die Armutsrate ist in den besetzten Gebieten gewachsen, und zwar von 20% 1998 auf 29,5% 2005. (Die Armutsgrenze liegt bei 4 US-Dollar pro Person pro Tag). Schätzungsweise leben sieben von zehn palästinensischen Haushalten in Armut, – neun von zehn in Gaza, einer von zweien im Westjordanland. Grund für die Zunahme der Armut ist die niedrige Beschäftigungsrate, die der militärischen Besatzung und der finanziellen Isolierung zuzuschreiben ist. Die Beschäftigungsquote sank rapide im Jahre

2006, – um fast 100 000. Die Arbeitslosenrate betrug 23,7% im Jahre 2006 (35% in Gaza). Sie betrug 1998 11,8%. Über 67% aller Arbeitslosen sind junge Menschen zwischen 15 und 24.

Das ILO-Expertenteam stellte fest, dass in den besetzten Gebieten Recht und Gesetz – normalerweise Staatsverantwortung – keine Beachtung zu kommt. Das komplizierte und sich fortwährend ändernde System der Genehmigungen im Personen- und Güterverkehr, die immer beschränktere Niederlassungs- und Bewegungsfreiheit innerhalb der besetzten Gebiete und zwischen Teilen derselben ermöglicht eine willkürliche und diskriminierende Behandlung der Bevölkerung durch die Besatzungsmacht. Der Sonderberichterstatter stellte fest, dass die Erniedrigungen, denen die PalästinenserInnen an den Kontrollpunkten ausgesetzt sind – zusätzlich zu der Zerteilung der Gebiete in „Bantustans“ – zu einer verhaltenen Wut der Betroffenen führt, die „langfristig eine großen Gefahr für die Sicherheit Israels“ darstellt. Er erklärt ferner, dass es „Israel gut tun würde, aus der Erfahrung eines ähnlichen Systems im ehemaligen Apartheid-Südafrika zu lernen.“

Gewalttaten gegenüber palästinensischen Männern, Frauen und Kinder seitens jüdischer Siedler sind weit verbreitet, und zwar durch tätliche Angriffe, Diebstahl, Zerstörung von Eigentum in Häusern, Feldern und Plantagen. Diese Siedler, die oft „Außenposten“ auf Hügeln im Westjordanland besetzt halten, die auch nach israelischen Kriterien illegal sind, erfreuen sich nichtsdestoweniger völliger Straffreiheit und Schutz durch Polizei oder Armee. Diese Übergriffe gehören zum Alltäglichen. Die oft gewaltsame Besitznahme von Land und Wasserressourcen durch Israel wurde vom Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen als „eine Form von Kolonialismus“ beschrieben, die „eine Nichtbeachtung menschlicher Grundrechte“ darstellt, „entgegen der Charter der Vereinten Nationen wie festgelegt in der Erklärung der Vollversammlung zur Unabhängigkeit der Kolonialstaaten- und Völker von 1960“ (Resolution 1514 XV).

Es muss bedacht werden, dass die

für gerichtliche Prozeduren zuständige Regierungsstelle in den besetzten Gebieten völlig außerstande ist Gerichtsbarkeit auszuüben und zu vollstrecken. (Die besetzten Gebiete

unterstehen der israelischen Militärverwaltung.) Der demokratisch gewählte palästinensische gesetzgebende Rat (Palestinian Legislative Council) ist nicht handlungsfähig, solange so

viele seiner Mitglieder sich ohne Anklage in Haft befinden.

Peter Melvyn

„Araber verschwinden lassen“

Rede von Peter Melvyn zum Jahrestages der Nakba

Anlässlich des 60. Jahrestages der Nakba, der gewaltsamen Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat hat Peter Melvyn eine Rede gehalten. Er ist Aktivist der *Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden* und setzt sich in diesem Rahmen für die Rechte der Palästinenser ein. Wir geben hier seine Rede in schriftlicher Form wieder.

Sie werden sich vielleicht fragen, warum eine jüdische Gruppe der Nakba („Katastrophe“), der Vertreibung der Palästinenser im Jahre 1948 gedenkt, während alle offiziellen jüdischen Gemeinden und Organisationen in allen Ländern den 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel feiern. Allen voran natürlich Israel, welches das Westjordanland abriegelt, um bei seinen Feiern nicht gestört zu werden. Die Antwort ist einfach: Wir finden, dass es nichts zu feiern gibt! Wir wollen und können nicht einen Staat feiern, der auf der Grundlage von Terrorismus, Massakern und ethnischer Säuberung geschaffen wurde, einen Staat, der ständig gegen internationales Recht verstößt, der monströse Kollektivstrafen über die Bevölke-

rung von Gaza verhängt und seit 60 Jahren dem palästinensischen Volk die elementarsten Menschenrechte und nationalen Ansprüche verweigert. Dies zu feiern, ginge gegen unser Gewissen.

Wir betrachten die Nakba und ihre Folgen als tiefe Ungerechtigkeit, als koloniale Eroberung des angestammten Landes der Palästinenser, dessen Wirtschaft und Kultur willentlich zerstört wurde und seit 1967 weiterhin zerstört wird. Viele der Vertriebenen und ihre Nachkommen fristen ihr Leben in 58 Flüchtlingslagern im Nahen Osten. 60 Jahre später und nach mehreren Generationen sind sie heute sieben Millionen.

Die Nakba hinterließ eine tiefe Spur von Tränen, Blut und Gewalt. Die

Nakba war nicht nur eine Katastrophe, wie ihr Name sagt, für das palästinensische Volk, sondern auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen von der damaligen zionistischen Führung der jüdischen Minderheit Palästinas – damals ein Drittel der Gesamtbevölkerung – und ihren militärischen Einheiten, der Hagana, sowie der irregulären faschistischen Milizen.

Wie konnte es dazu kommen? Die Propaganda des offiziellen Israel stellte jahrzehntelang die Nakba als eine unbeabsichtigte Folge der Kriegswirren von 1948 dar. Das ist eine Lüge. Die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung war seit Jahrzehnten geplant und vorbereitet, um Platz zu schaffen für eine erhoffte jüdische Masseneinwanderung aus aller Welt, und nach 1945 für die Überlebenden des Holocaust, mit dem die Palästinenser nicht das Geringste zu tun hatten! Es wird ferner behauptet, die Palästinenser hätten aufgrund von



Bild: aboutpixel.de/Stefan Hiller

Aufrufen ihrer Führer und der arabischen Staaten, die Israel den Krieg erklärten, ihre Heimat verlassen, um nach einem arabischen Sieg zurückzukehren. Es gibt aber keinerlei Beweise für solche Aufrufe. Außerdem hätten ja die arabischen Truppen, die in Teile Palästinas eindrangen, die einheimische Bevölkerung als Unterstützung für Lebensmittel, Wasser und Treibstoff gebraucht.

Palästinensische Historiker wie Wailid Khalidi und Nur Masalha sowie eine neue Generation israelischer Historiker wie Benny Morris, Ilan Pappé u. a. konnten aufgrund der seit 1978 zugänglichen Archive und Protokolle der israelischen Regierung, der Armee und zionistischer Organisationen die Argumente, die ich vorher nannte, entkräften. Die palästinensische Bevölkerung hat ihre Heimat nicht freiwillig verlassen. Sie wurde zu einem großen Teil gezwungen – durch Einschüchterung, Drohungen, Terror, Massaker – Hals über Kopf zu fliehen, unter Zurücklassung ihres gesamten Hab und Guts, ihrer Felder, ihrer Plantagen, ihres Viehs, ihrer Häuser und Werkstätten, ihrer Bankguthaben. All dies – eine riesige Masse von palästinensischem Privateigentum – fiel dem entstehenden Israel in die Hände, ohne jegliche Entschädigung. Auf diese Weise wurden nach UNO-Berichten 750 000 Palästinenser vertrieben – aus 531 Dörfern und elf Städten. 300 000 Hektar Land – die Palästinenser besaßen 93% der Gesamtfläche Palästinas – fielen ebenfalls Israel zu.

Die Planung und Vorbereitung der Vertreibung zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Zionismus, bereits vor 1914 und dann während der 30 Jahre des britischen Mandats 1918–1948. Den Anfang machte Theodor Herzl, der Begründer des Zionismus, der schon Ende des 19. Jahrhunderts von der „Aus-siedlung“ der Palästinenser sprach wie später Chaim Weizmann, David Ben Gurion und andere, oft unter dem Deckmantel eleganterer Ausdrücke wie „Transfer“ oder „Bevölkerungsaustausch“. „Die Araber“ (man gebrauchte noch nicht den Begriff „Palästinenser“) „verschwinden zu lassen“ war, wie ein israelischer Historiker

schrrieb, „nicht nur ein zentraler Bestandteil des zionistischen Traums, sondern auch eine unabdingbare Voraussetzung für seine Verwirklichung“.

Mit dem Abzug Großbritanniens 1948 bot sich der zionistischen Führung die lang erhoffte Gelegenheit zur Vertreibung. Bereits Ende 1947 begann ihre Armee (die Haganah) eine etappenweise Offensive gegen die zivile palästinensische Bevölkerung. So z. B. wurden die Einwohner der Städte Ramle und Lydda – 70 000 Menschen – innerhalb weniger Stunden auf Befehl David Ben Gurions von den Einheiten Yitzchak Rabins verjagt und Mitte Juli, zu Fuß, ohne Wasser und Nahrung, in Richtung jordanische Grenze getrieben. Viele starben vor Erschöpfung. 50 000 Menschen wurden durch Artilleriebeschuss aus Jaffa vertrieben. Ähnliches geschah in zahlreichen Dörfern, obwohl kein Widerstand geleistet wurde. Dieses Schicksal erlitt das Dorf Deir Yassin, in dem 254 Männer, Frauen und Kinder von den Milizen des späteren Premierministers Begin ermordet wurden. Der Zweck dieses Massakers war, eine Welle des Terrors auszulösen, um die Flucht der Palästinenser zu beschleunigen. Die gleiche Methode wurde auch in anderen Dörfern angewandt.

Wie ich bereits sagte, war die Vertreibung genau geplant. Am 10. März 1948 trafen sich 11 Männer, hohe zionistische Führer und junge Armeeoffiziere, im Tel-Aviver Hauptquartier der Haganah. Dort beschlossen sie die sofortige Durchführung des sogenannten Plan D, den Plan der systematischen Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Noch am selben Abend bekamen militärische Einheiten überall im Lande genaue Anweisungen, wie die Vertreibungen in den von ihnen kontrollierten Gebieten auszuführen seien. Jede Einheit erhielt eine Liste der Dörfer, die es zu erobern oder zu zerstören und deren Einwohner zu vertreiben galt. Die Angriffe erfolgten meist nachts und zwar von drei Seiten. Ein Weg wurde offen gehalten in Richtung der Grenze des nächsten arabischen Staates. Diese Aktion wurde durch Pläne über jedes einzelne Dorf in der Hand der Ha-

ganah erleichtert, denn seit 1939 gab es genaue Angaben über alle palästinensischen Dörfer und Städte, die ständig erneuert wurden. Sie enthielten demografische Daten, Informationen über Zugangswege, Bodenqualität, Landwirtschaft, Handwerk, die Namen der Notabeln etc. sowie eine Einschätzung, ob und wie feindselig das Dorf umliegenden jüdischen Siedlungen gegenüber eingestellt war, über die Teilnahme an der Revolte gegen die Briten und jüdische Einrichtungen in den Jahren 1936–1939. Innerhalb von sechs Monaten war die Vertreibung abgeschlossen.

Dies ist, sehr kurz gefasst, die Geschichte der Nakba. Aus Zeitmangel kann ich nicht auf Details eingehen, auf Details des Schreckens und der Verbrechen seitens der zionistischen militärischen Verbände, wie Vergewaltigungen, willkürliche Hinrichtungen, Plünderungen in den Städten und Dörfern. Wie berichtet, war selbst Ben Gurion darüber entsetzt – nicht über die Vertreibung selbst, sondern was sie begleitete – ebenso wie Politiker und junge Soldaten aus den damals noch existierenden linkssozialistischen Parteien und Siedlungen.

Die Nakba ist kein lang zurückliegendes historisches Ereignis. Sie ist andauernde Realität, die nach der neuerlichen Vertreibung von 375 000 Palästinensern im Juni 1967 an jedem Tag zugegen ist. Doch im Gegensatz zu 1948 können die Palästinenser des Westjordanlands und Gazas heute in keines der arabischen Nachbarländer fliehen. Die Nakba geht weiter, mit dem Bau der Mauer, die Israel quer durch enteignetes palästinensisches Land baut, sie ist präsent in jedem Flüchtlingslager im Libanon, in jedem Gefängnis Israels, an jeder Straßensperre, in jedem palästinensischen Haus, das von der israelischen Armee abgerissen und auf jedem Stück Land, das zugunsten der jüdischen Siedler enteignet wird. Die österreichische Schriftstellerin Ingeborg Bachmann schrieb einmal: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Leider trifft dies auf das palästinensische Volk nicht zu, dessen Würde damals wie heute von Israel mit den Füßen getreten wird.

Peter Melvyn

Das große Warten auf den Krieg

Konfessionalismus und antiimperialistischer Widerstand im Libanon

Der Libanon ist einer der Brennpunkte des antiimperialistischen Widerstands. Vor zwei Jahren gelang es der Hizbullah in sensationeller Weise, den israelischen Angriff zu parieren. In der Folge forderte die Koalition des Widerstands angesichts ihres gewachsenen politischen Gewichts die Beteiligung an der Macht. Doch die prowestliche Regierung weigerte sich starrköpfig. Erst durch eine überwältigende militärische Machtdemonstration der Hizbullah in Beirut im Frühjahr 2008 konnte die Konfrontation zugunsten der Opposition gelöst werden.

Nach dem Gefangenenaustausch mit Israel im Sommer scheint die Hizbullah vorläufig an einem neuen Höhepunkt ihrer Machtentfaltung angelangt zu sein. Doch den proimperialistischen Kräften im Land eine entscheidende Niederlage zuzufügen, scheitert indes am Konfessionalismus und am regionalen Kräftegleichgewicht. Alles wartet auf den Showdown zwischen den USA und Israel auf der einen Seite und dem Iran auf der anderen.

Abwehr des Angriffs

Im Sommer 2006 griff Israel den Libanon abermals frontal an. Anlass war ein Grenzzwischenfall, bei dem es der Hizbullah gelang, zwei israelische Soldaten gefangen zu nehmen und mehrere andere zu töten. Zweck solcher Aktionen ist letztlich die Befreiung inhaftierter Libanesen in Israel, die zwei Jahre später auch gelang. Deklariertes Kriegsziel Israels war es, die Hizbullah vernichtend zu schlagen. Doch der Widerstand verteidigte sich glänzend gegen die überlegene Armee. Letztlich wandelte er sich in eine demütigende Niederlage des Zionismus, die Einfluss und Prestige der Hizbullah in der gesamten arabischen Welt auf einen neuen Höhepunkt trieb.

Zum zweiten Mal war es der Volksmiliz gelungen, Israel zu schlagen - etwas, was regulären arabischen Armeen, geführt von rachitischen Eliten, bisher versagt geblieben war.

Natürlich handelt es sich um einen Teilerfolg, denn Israel weiß den gesamten Westen hinter sich. So musste die Hizbullah entsprechend der UN-Resolution 1701 die Entsendung vor allem europäischer Truppen in den Südlibanon akzeptieren. Trotz

der Beteuerung, nicht in innerlibanesischen Konflikte eingreifen zu wollen, kam die grundsätzliche Parteilichkeit der UNIFIL von Anfang an zum Ausdruck, als von einer möglichen

Ausweitung des Mandats auf die gesamte libanesische Grenze schwadroniert wurde – um der Hizbullah den Nachschub an Militärmaterial abzuschneiden. Zwar blieb diese Idee ein Testballon, doch zeigt sie deutlich an, dass die UNIFIL-Truppen unter veränderten Umständen gegen den Widerstand zum Einsatz gebracht werden könnten.

Zweijährige Blockade

In der Folge des veränderten Kräfteverhältnisses forderte die Oppositi-



Bild: flickr/Paul Keller



Bild: flickr/ Jaume d'Urgell

on – im Wesentlichen die Hizbullah, die Amal und die Freie Patriotische Bewegung des General Michel Aoun – de facto ein Vetorecht in der Regierung. Sie verlangten ein Drittel plus einen Sitz in der Regierung sowie baldige Neuwahlen. Nachdem die Regierungskoalition, geführt von Fuad Siniora, das verweigerte, trat die Opposition geschlossen aus dem Kabinett zurück. Es sollte eine fast zwei Jahre andauernde Konfrontation folgen, die das politische System des Landes lähmte und es an den Rand des Bürgerkriegs trieb.

Die Opposition argumentierte – übrigens zutreffend –, dass die Regierung die realen politischen Verhältnisse im Land nicht mehr widerspiegeln würde. Tatsächlich war diese im Frühjahr 2005 nach Wahlen an die Macht gekommen, die von der Ermordung des starken Mannes Rafik Hariri sowie dem darauf folgenden Abzug der Syrer aus dem Land geprägt waren.

Kurz zu den historischen Umständen: Der Anschlag auf Hariri am 14. Februar 2005 zog weit reichende Konsequenzen nach sich. Er brachte den bereits überfälligen Abzug der syrischen Truppen ins Rollen und führte bei den Wahlen zum Sieg der konsolidierten prowestlichen Koalition. Überfällig war der syrische Rückzug deswegen, weil die Militärpräsenz von

einem Großteil der Bevölkerung bis weit hinein in die linken und antiimperialistischen Kräfte als Besatzung und Fremdbestimmung angesehen wurde. Die Massenbewegung gegen Syrien, obwohl nicht vollständig kongruent mit den prowestlichen Eliten, stärkte letztere dennoch enorm. Nach dem Vorbild der proimperialistischen „oranen Revolution“ in der Ukraine oder der „Rosenrevolution“ in Georgien wurden die Ereignisse als „Zedernrevolution“ gefeiert. Doch die Freude am scheinbaren „regime change“ währte nicht lange.

Dabei bleibt zu erwähnen, dass sich die Hizbullah an der neuen Koalitionsregierung durchaus beteiligte. Die neue Mehrheit war auch dank lokaler Wahlbündnisse mit der Hizbullah zustande gekommen (die dem byzantinischen konfessionellen Wahlsystem geschuldet sind). Die Hizbullah richtete sich auch nicht gegen den Abzug der Syrer. Der tiefe Bruch kam erst später, als der proamerikanische Charakter der Siniora-Regierung voll durchschlug.

Bis heute ist nicht geklärt, wem die Verantwortung an dem Attentat zukommt. Der Westen beschuldigt Syrien. Aber eines ist offensichtlich: Die Aktion schadete in erster Linie dem syrischen Regime selbst. Sie wurde in einem bürokratisch-mi-

litaristischen Geist konzipiert, dem der Kampf um politische Hegemonie fremd ist. Wenn Elemente des syrischen Geheimdienstes beteiligt waren – ihrer Handschrift entspräche es –, bedeutet das nicht automatisch auch eine Verstrickung Assads selbst. Politisch ging es übrigens um die Verlängerung des auslaufenden Mandats des Präsidenten Emil Lahoud, den Damaskus als seinen Gewährsmann im Zedernland ansah.

Nach dem israelischen Angriff und dem Erfolg des Widerstands auf dem Schlachtfeld traten diese Fragen jedoch in den Hintergrund. Zutage kam vielmehr die Untätigkeit und Unfähigkeit der Regierung in der Verteidigung des Landes, die wie ein stillschweigendes Einverständnis mit dem Aggressor wirkte. Während der zivile Apparat der Hizbullah einen effektiven Wiederaufbau in den betroffenen Gebieten betrieb, der bewusst nicht nur ihre schiitische Klientel bediente, liefen die Bemühungen der Regierung nur sehr langsam an und waren von Anfang an von Klientelismus und Korruption geprägt. Hauptsorge der Regierung blieb weiterhin die Entwaffnung der Hizbullah nach UN-Entscheidung 1559 aus dem Jahr 2004, obwohl die Hizbullah gerade erst ihre Nützlichkeit zur Verteidigung des Landes eindrucksvoll un-

ter Beweis gestellt hatte.

So eskalierte die Opposition Schritt für Schritt ihre Proteste. Eine ursprünglich gewerkschaftlich motivierte Aktion im Januar 2007 wurde von der Opposition aufgegriffen. Die Streiks wuchsen zu Straßenprotesten an, an denen sich an die zwei Millionen Menschen (etwa die Hälfte der Bevölkerung) beteiligten. Eine derartige Hegemonie und Mobilisierungskraft sind auch global gesehen historische Ausnahmen. Doch die Paralyse des Landes drohte in konfessionell motivierte Konflikte abzugleiten, die auch einige Todesopfer forderten. Daher zog die Hizbullah die Notbremse und hob die Straßenblockaden auf. Fortan beschränkten sich die Proteste neben dem institutionellen Boykott der Regierung auf eine symbolische Blockade vor dem Sitz der Regierung.

Indes blieb die Koalition aus sunnitischen Hariri-Gruppe, traditioneller christlich-maronitischer Rechter und dem drusischen Wendehals Walid Jumblat hart. Nur dank der Rückendeckung aus Washington konnte sie sich weiterhin weigern, der Forderung der Opposition nach einer „Regierung der Nationalen Einheit“ stattzugeben. Denn die Opposition hatte nicht nur bewiesen, dass sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatte, sondern auch signifikante Unterstützer in allen Konfessionen hinter sich vereinigen konnte.

Stolperstein Konfessionalismus

Das politische System, das die politische Macht entsprechend konfessioneller Paritäten aufteilt und dabei die prowestlichen Eliten strukturell bevorzugt, hat der Libanon der französischen Kolonialherrschaft zu verdanken. Paris hinterließ es, um den Maroniten die Herrschaft zu sichern.

Es bedurfte eines blutigen fünfzehnjährigen Bürgerkriegs, nicht um sich von dem System überhaupt zu emanzipieren, sondern um das konfessionelle Gleichgewicht den neuen Gegebenheiten anzupassen. De facto lautete die im Frieden von Ta'if 1989 vereinbarte Formel die Aufgabe der auch demografisch nicht mehr haltbaren Vormachtstellung der Maroniten. Die Schiiten, die früher völlig

marginalisiert gewesen waren, erhielten mehr Gewicht. Doch der eigentliche Nutznießer war die sunnitische Handelselite um die Familie des mit Saudiarabien verbundenen Milliardärs Hariri, die zum Kern des politischen Systems gekürt wurde. Der alte christlich-muslimische Konflikt mutierte sukzessiv zu einem sunnitisch-schiitischen, angeheizt auch durch die Veränderungen in der Region, insbesondere die saudisch-iranische Rivalität.

Für die Hariri-Gruppe scheint sich die konfessionelle Mobilisierung gegen die Schiiten als letzter Trumpf gegen die Hizbullah zu erweisen. Nicht nur sie, sondern fast alle proamerikanischen Regime im ostarabischen Raum reagierten mit einer hysterisch und gar paranoid anmutenden Steigerung der antischiitischen Kampagne. Für sie wirkten die nach dem Sieg der Hizbullah im Sommer 2006 in den Straßen der arabischen Hauptstädte auftauchenden Konterfeis von Hassan Nasrallah wie ein Alarmsignal. Einzig Gamal Abdel Nasser war jemals eine ähnliche Popularität im Volk zuteil geworden. Wenn in Damaskus flächendeckend selbst in Ämtern neben dem Bild von Bashar al-Assad jenes des Hizbullah-Führers hängt, kann man das noch mit der Allianz Teheran–Damaskus–Hizbullah sowie der alawitisch-schiitischen Verwandtschaft erklären. Ganz recht kann eine solche Gleichsetzung einem autoritären Staatschef indes nicht sein, gereicht sie doch in Wirklichkeit zu seiner Herabsetzung. Doch unerhört wird es in Amman und Kairo, wo es keine autochthonen Schiiten gibt und der Dreibund amtlich als Feind gilt – zumal dort Nasrallah allein, ohne den eigenen Machthaber, die Scheiben zierte.

Der Hariri-Gruppe wird nachgesagt, dass sie gegen den steigenden Einfluss der Hizbullah versucht, im sunnitischen Bereich die logische Gegenbewegung, den Salafismus, zu mobilisieren. Nach dem Zusammenbruch des arabischen Nationalismus, der unter den Sunniten historisch dominierte, hat der sunnitische Islamismus vor allem unter den subalternen Schichten stark an Einfluss gewonnen, zumal die Hariri-Führung

keinerlei eigene Ideologie als Business und Klientelismus zu bieten hat. Doch diese Instrumentalisierung hat enge Grenzen, die sich in der Schlacht um das palästinensische Flüchtlingslager Nahr al-Bared im Herbst 2007 klar und deutlich zeigten, als sich die der al-Qa'ida nahe stehende Gruppe Fatah al-Islam gegen die libanesische Armee erhob. Die salafitische Agenda hat bekanntlich eben nicht nur die Schiiten im Auge, sondern vor allem auch den Westen und die USA. Diese sind bereit, das Spiel mit dem Feuer, wenn überhaupt, dann nur am Rande zu akzeptieren. Und die sunnitische Elite wird sich hüten, ihren wichtigsten Verbündeten mit solchen Hasard-Aktionen zu vergraulen.

Die Hizbullah tut sich indes mit der konfessionellen Mobilisierung denkbar schwer und reagiert entsprechend defensiv. Das Bündnis der Opposition ist zwar im Gegensatz zum Bündnis der Regierungsmehrheit tatsächlich interkonfessionell, umfasst also alle Konfessionen. Es ist jedoch keineswegs suprakonfessionell in dem Sinne, dass es die Konfessionsgrenzen überwinden würde. Nicht nur, dass Hizbullahs schiitischer Bündnispartner Amal voll der konfessionellen Logik folgt und sich im Gegensatz zur Hizbullah auch gewalttätige Übergriffe zu schulden kommen hat lassen. Auch die Partner in den anderen Konfessionen verfolgen Interessen, die auf Konflikte in den Konfessionsgruppen zurückgehen und nicht unbedingt systemoppositionell oder gar antiimperialistisch motiviert sind.

Die Bewegung des wichtigsten Bündnispartners, des Christengenerals Aoun, repräsentiert sicher einen Bruch mit den traditionellen maronitischen Eliten und dominanten Familienklans insofern als sie volksnäher und weniger konfessionalistisch ist. Doch darüber darf nicht vergessen werden, dass es Aoun wesentlich darum geht, seine innerchristlichen Gegner auszuhebeln. Das Bündnis mit Hizbullah dient dafür als Mittel zum Zweck. So war Aoun der schärfste Gegner Damaskus' und sein „Befreiungskrieg“ gegen die syrische Präsenz die letzte Episode des Bürgerkriegs. Bis vor nicht allzu langer Zeit rühmte er sich, Architekt der UN-Resolution

1559 zur Entwaffnung der Hizbullah zu sein. Seine prosyrische Wende ist sicher prinzipientreuer als die antisyrische Wende der Regierungsmehrheit. Denn immerhin wurde seine Forderung nach Abzug der syrischen Truppen erfüllt, während die ehemaligen Handlanger von Damaskus sich nach dessen Rückzug in opportunistischer Weise in Gegner verwandelten. Insbesondere der Drusenführer Jumblat gilt als Lehrmeister des Seitenwechsels jeweils zum Stärkeren. Insofern kann die Haltung Aouns durchaus als patriotisch bezeichnet werden: unter syrischer Schirmherrschaft gegen Syrien, unter amerikanischer gegen Amerika. Doch darf Aoun weder zum Gegner des Konfessionalismus und schon gar nicht zum Antiimperialist stilisiert werden, so wertvoll auch das Bündnis mit ihm gegen die proimperialistischen Eliten ist. Es ist die innere Logik des Konfessionalismus, die Aoun treibt, und nicht eine antagonistische Opposition dagegen. Geänderte Umstände können nur zu gut einen neuerlichen Seitenwechsel bewirken.

Noch mehr gilt das für die mit der Hizbullah verbündeten drusischen Gegenspieler der Jumblat-Dynastie, namentlich den Klan der Arslan. Am ehesten antiimperialistisch motiviert sind noch die Reste des arabischen Nationalismus im sunnitischen Milieu, die sich aber der konfessionellen Logik auch nicht gänzlich entziehen können. Einzig die nicht religiöse Linke kann das, doch diese spielt nur mehr eine Nebenrolle, denn sie musste das Heft des antiimperialistischen Widerstands an die Hizbullah abgeben.

So drückt die Hizbullah nicht nur das libanesische Paradoxon aus, sondern zeigt ein globales Problem des antiimperialistischen Widerstands auf: den Kulturalismus.

Die Hizbullah ist als einzige der großen konfessionellen Formationen des Libanon gegen das konfessionelle System und für die Einführung einer repräsentativen Demokratie. Indes verdankt sie ihren Aufstieg der Fähigkeit, die antiimperialistischen, nationalen und sozialen Forderungen der alten Linken den Volksmassen in eine religiös-kulturelle Sprache übersetzt und so zur Hegemonie fähig gemacht

zu haben. Doch Übersetzung bedeutet unweigerlich auch Veränderung. Der libanesische Bürgerkrieg begann 1975 als antiimperialistischer und antizionistischer Klassenkrieg, also als echte Volksrevolution von unten unter Einschluss der explosiven palästinensischen Frage. Doch schon bald zerfiel die revolutionäre Front entlang konfessioneller Linien, auch angesichts des feindlichen Eingreifens Syriens. Die Positionen der Hizbullah waren ursprünglich extrem konfessionalistisch und gegen die Linke gerichtet. Allerdings: Je mehr die Linke verschwand, desto stärker bewegte sich die Hizbullah nach links und übernahm ihre Rolle, denn die Schiiten stellten die Volksklasse¹ der Unterprivilegierten dar, die historisch zur Linken und den Kommunisten tendiert hatte.

So sehr der Antiimperialismus und viele der linken Forderungen auch von der Hizbullah weiter getragen werden, so sehr hat ihr universeller Anspruch gelitten. Entkleidet man indes den Kern der Forderungen der Hizbullah ihrer schiitischen Form, streicht man das spezifisch schiitische weg, so würde derzeit nicht viel an Unterstützung im Volk übrig bleiben. Selbst eingefleischte Säkularisten bestätigen das. Der dafür zu zahlende Preis ist aber sehr hoch. So scheint das derzeitige interkonfessionelle Bündnis der Hizbullah das Maximum des Erreichbaren, eine echte suprakonfessionelle, antiimperialistische Front unmöglich. So bitter es ist: Antiimperialismus der Massen scheint heute global nur in kulturalistischer und konfessionalistischer Form zu haben sein, der es notwendig an universeller, globaler Anziehungskraft gebricht.

Vor dem gleichermaßen vom Imperialismus an die Wand gemalten wie von den Antiimperialisten gewünschten gewaltsamen Sturz des prowestli-

che Regimes in Beirut schreckt die Hizbullah konsequent zurück. Sie fürchtet die unweigerliche konfessionalistische Interpretation eines solchen revolutionären Gewaltakts, der ihr die anderen Konfessionen entfremden würde. Allem Anschein nach hat sie mit dieser Einschätzung recht, was das heute gegebene Patt erklärt.

Das Doha-Abkommen

Zurück zur Chronologie: Die Mobilisierung der Opposition gegen die Regierungsmehrheit und deren Intransigenz zerrüttete das staatliche Gefüge zunehmend und führte nach dem Auslaufen des Mandats des Präsidenten zu einer veritablen Verfassungskrise. Zwar einigte man sich auf einen Kandidaten für das Präsidentenamt, den maronitischen General Michel Suleiman, doch knüpfte die Opposition dessen Wahl an die Forderung nach einer Regierungsumbildung, da die Regierung aus ihrer Sicht andernfalls verfassungswidrig wäre.

An diversen gewalttätigen Konflikten der Parteien zeigte sich die Zuspitzung des gefährlichen konfessionellen Potenzials, das früher oder später in bürgerkriegsähnlicher Form zum Ausbruch kommen würde. Schon hörte man Gerüchte über die Aufrüstung diverser konfessioneller Milizen.

Schließlich entschloss sich die Hizbullah, ihre absolut überlegene militärische Macht zu demonstrieren, um der unerträglichen Situation ein Ende zu bereiten. Anlass war die Absetzung des schiitischen Kommandanten des internationalen Flughafens sowie die Abschaltung des von der Hizbullah betriebenen Telefonnetzes. Gemeinsam mit der Amal brachte die Hizbullah im Mai 2008 in einem Handstreich innerhalb von nur zwei Tagen das gemischte, aber mehrheitlich doch sunnitische Westbeirut mitsamt dem Regierungsviertel unter ihre Kontrolle. Anderswo waren auch linke Kräfte beteiligt. Der Medienapparat der Hariri-Gruppe wurde ausgeschaltet und die Regierung in ihren Amtsgebäuden eingeschlossen. Während die Armee strikt Neutralität bewahrte, vermochten die sunnitischen Hariri-Milizen keinen ernsthaften Widerstand zu leisten. Sie zerfielen förmlich

¹ „Volksklasse“ ist eine vom belgischen Trotzkisten Abraham Leon entwickelte Kategorie, mit der er die jüdische Abwehr der Assimilation zu fassen versucht. So ökonomistisch vereinfachend sie für das Judentum heute anmutet, so sehr passt sie auf die Schiiten als Klasse der Unterprivilegierten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Bürgerkriegs. Leon wurde von den Nazis in Auschwitz ermordet.

unter dem überwältigenden Druck der Hizbullah, die damit zeigte, wer der Herr im Haus ist oder besser sein könnte. Denn sehr schnell wurde klar, dass sie die eroberten Positionen nicht behielt, sondern sie der Armee übergab. Mit allen Mitteln versuchte die Hizbullah den Eindruck einer konfessionellen Motivation ihres Über-raschungscoups zu vermeiden.

Das Resultat der Machtdemonstration ließ nicht lange auf sich warten. Noch vor Monatsfrist unterzeichneten die Konfliktparteien das Abkommen von Doha. Die Siniora-Regierung konnte zwar ihr Gesicht wahren, doch in der Substanz gab sie den Forderungen der Opposition nach. Diese wurde mit einem Drittel plus einem der Sitze im Kabinett bedacht. Um zu retten was zu retten war, gaben die proimperialistischen Kräfte nach – eine Notwendigkeit, die scheinbar auch der Westen eingesehen hatte. Pikanterie am Rande: Einer der prononciertesten Gegner der Hizbullah, Walid Jumblat, dessen Milizen sich bei den Kämpfen in den Mai-Tagen eine blutige Nase geholt hatten, maßigte seinen Ton entschieden – bester Indikator für eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses.

Im Juli 2008 erntete die Hizbullah gleich die nächste Frucht ihres Sieges von 2006. Israel stimmte einem Gefangenen austausch zu, bei dem die sterblichen Überreste der 2006 in die Gewalt der Hizbullah gekommenen israelischen Soldaten gegen in zionis-

tischen Händen befindliche Libanesen und Palästinenser ausgetauscht wurden. So konnte die Hizbullah der ehemaligen Besatzungsmacht, die sie weitgehend vom nationalen Territorium (mit Ausnahme der Shib'a-Höfe) vertrieben hatte, auch noch die letzten Gefangenen abringen. Nicht einmal die libanesische Regierung konnte sich dem nationalen Jubel entziehen und musste gute Miene zum bösen Spiel machen.

Äußerer Faktor

Eine noch größere Machtentfaltung der Hizbullah scheint kaum möglich, ohne die Grundfesten des libanesischen Regimes zu erschüttern. Schon die substanzielle Regierungs-beteiligung der Hizbullah ist so starker Tobak, dass sie der Westen nur akzeptierte, da er keine andere Wahl hatte. Denn ein abermaliges militärisches Eingreifen Israels ohne westliche militärische Unterstützung scheint sinnlos. Eine neue Front aufzumachen, neben dem Irak und Afghanistan, muss Washington aber als Verzettelung vorkommen. Denn als Amerikas Hauptproblem erweist sich der Iran, dessen Aufstieg zur Regionalmacht in der Folge der US-Besatzung des Irak zur entscheidenden Herausforderung für das Imperium Americanum wurde. Dieses Gegengewicht gibt den anti-imperialistischen Volksbewegungen im Nahen Osten wie der Hizbullah oder der Hamas Bewegungsspielraum. Die Hizbullah kann daher nur

durch die substanzielle Schwächung Teherans eingedämmt oder geschlagen werden.

Nicht nur, aber auch deswegen ist ein Militärschlag gegen den Iran mit dem Ziel des regime change aus israelischer Sicht unbedingt notwendig – und eigentlich auch aus amerikanischer Perspektive. Doch in Washington gibt es große Zweifel an den Erfolgsaussichten und in den europäischen Hauptstädten überwiegt überhaupt die Angst vor einem Misserfolg und der daraus resultierenden Schwächung des imperialistischen Systems als Ganzem. Greifen die USA den Iran nicht an, so hätte das unweigerlich die Schwächung des Zentrums zur Folge und bedeutete einen Schritt zur multipolaren Welt. Es gäbe auch den antiimperialistischen Bewegungen in aller Welt mehr Luft zum Atmen.

Wilhelm Langthaler

War der „Surge“ erfolgreich?

Die Neutralisierung des sunnitischen Widerstands

Washington feiert den Erfolg seiner temporären Truppenaufstockung im Irak, genannt „Surge“. Der starke Rückgang der militärischen Aktivitäten gegen die US-Truppen sowie die danach erfolgte leichte Reduzierung der Truppenbestände kann jedenfalls nicht geleugnet werden. Die Akkordierung eines Teilrückzugs steht in Aussicht. Nun gelte es noch, dem schiitischen Störenfried Muqtada as Sadr die Flügel zu stützen und damit auch dem iranischen Erzfeind Einhalt zu gebieten. Und schwupps wäre das Fiasko „regime change“ zur Erfolgsgeschichte verwandelt.

Die wirklich neue Entwicklung des letzten Jahres ist die strategische Niederlage al-Qa'idas. Diese kann nicht in erster Linie mit dem militärischen Druck der USA erklärt werden. Sie hängt mit der grundlegenden politischen Unfähigkeit des Salafismus zusammen, Konsens und Hegemonie zu schaffen.

Im Grunde hätten die Ausgangsbedingungen im Irak für al-Qa'ida & Co nicht besser sein können. Auf der einen Seite stand eine bewaffnete Volksbewegung gegen die amerikanische Besatzung, in der sie schwimmen konnten. Auf der anderen Seite bot sich ein schiitisch dominiertes Marionettenregime als Feind dar, das, unter dem Vorwand gegen Ba'th vorzugehen, die über tausendjährige sunnitische Herrschaft an den Wurzeln auszureißen versuchte.

Nach einer anfänglichen Phase der sunnitisch-schiitischen Einheit gegen die Besatzer blieb Washington nichts anderes übrig, als auf das Spektrum des schiitischen Islamismus zu setzen. An diesem Punkt setzte Al-Qa'ida den Hebel an und konnte – auch dank ihrer überlegenen Ressourcen – für ihre antischiitische Linie starken Zulauf gewinnen. Zwar gingen den meisten Sunniten und vor allem auch den Widerstandsgruppen die Anschläge auf Schiiten zu weit, doch gelang es al-Qa'ida diese eine Zeit lang als Schläge gegen die Kollaboration zu rechtfertigen. Die schiitischen konfessionellen Milizen, selbst nicht ohne Chauvinismus, reagierten heftig.

So setzte sich 2006-2007 die Spirale eines konfessionellen Bürgerkriegs in Gang, in dem sich die schiitische Seite durch die Kontrolle des Staatsapparats zunehmend als überlegen

herausstellte. Fast ganz Bagdad wurde in schmutzigen Straßenkämpfen von Sunniten „gesäubert“, die sich in ganz wenige Viertel zurückziehen mussten, unterbrochen immer wieder von hinterhältigen Anschlägen auf Schiiten.

Der Zyklus, der al-Qa'ida zunächst die Rolle als sunnitische Schutztruppe zu spielen erlaubte, belegte in der Folge deren Unfähigkeit als solche. Die sunnitische Bevölkerung und insbesondere die Widerstandsgruppen, die al-Qa'idas Anmaßungen bisher hingenommen hatten, erkannten al-Qa'ida zunehmend als eines ihrer zentralen Probleme und sahen sich schließlich gezwungen sich zum Selbstschutz an die Besatzer zu wenden.

Bruch mit Al-Qa'ida

Im Gegensatz zur anfänglichen amerikanischen Propaganda, die undifferenziert alle unter Terrorismus subsumierte, war die sunnitische Widerstandsbewegung und al-Qa'ida nie deckungsgleich, auch wenn es Überlappungen gab. Der Widerstand mag von starken antiiranischen Ressentiments geprägt sein, in dem antischiitische Untertöne unweigerlich mitschwingen. Der autochthone Salafismus, den es auch im Irak gibt, hat natürlich auch antischiitischen Charakter. Insgesamt gibt es geschichtlich bedingt in beiden Konfessionen konfessionalistische Tendenzen. Doch keine einzige Gruppe hätte je den Angriff auf Schiiten als Schiiten gerechtfertigt. Selbst al-Qa'ida getraute sich das nicht. Sie versuchte immer eine politische Rechtfertigung zu finden oder stritt die Urheberchaft der schlimmsten Attentate ab.

Doch aufgrund ihrer Kampfkraft

gegen die Besatzer, ihrer Ressourcen und der Eskalation des konfessionellen Bürgerkriegs versuchten die Widerstandsgruppen mit al-Qa'ida ein stillschweigendes Bündnis oder zumindest einen Nichtangriffspakt zu schließen. Solange sie nicht mehr als eine unter vielen Gruppen waren, schien dies mehr schlecht als recht zu funktionieren.

Am Höhepunkt des Bürgerkriegs, als al-Qa'ida zu einer der dominanten Kräfte aufgestiegen war und in ihrem Größenwahn einen islamischen Staat proklamierte, kam es zum unüberbrückbaren Bruch nicht nur mit den Stammesstrukturen, sondern vor allem auch mit dem Widerstand. Al-Qa'ida forderte nicht nur die bedingungslose Unterordnung aller anderen Gruppen. Ihre extremistische Interpretation des Islam ging selbst den meisten Salafiten zu weit und verletzte die traditionellen Gepflogenheiten und Hierarchien. Zudem konnte man die antischiitische Überspitzen, die sich nun in eine blutige Niederlage verwandelte, nicht mehr weiter hinnehmen.

All das führte dazu, dass al-Qa'ida im sunnitischen Bereich zunehmend als Feind im Inneren angesehen wurde. Das von al-Qa'ida produzierte Fiasko zeigt die grundsätzliche Unfähigkeit des militanten Salafismus, in einer modernen, kapitalistischen Gesellschaft, die der Irak letztlich ist, seinem politischen Projekt Hegemonie zu verleihen. Selbst in konfessionell homogeneren Gesellschaften gelingt ihm das nicht, geschweige denn im mehrheitlich schiitischen Irak. Dieser reaktionäre, militaristische und extremistische Antimperialismus führte letztlich zum Gegenteil des Intendierten, zum Hilferuf an den Imperialismus.

Verrat des Widerstands?

In der Zwischenzeit hatten auch die USA die Notwendigkeit eines abermaligen Strategiewechsels begriffen. Die antisunnitische Schlagseite musste zurückgenommen werden, auch



insofern als man sich mit der Konsolidierung des schiitischen Regimes den iranischen Einfluss eingehandelt hatte. Der Iran war zwischenzeitlich zu Washingtons neuem Hauptfeind avanciert.

Erster Testballon war 2006 die westliche Provinz Anbar, die als Hochburg des Widerstands und auch al-Qa'idas galt. Man instrumentalisierte die Stammesstrukturen, um al-Qa'ida Herr zu werden. Das konnte nur gelingen, weil signifikante Teile der Bevölkerung einem solchen Unterfangen letztlich positiv gegenüber standen. Unter dem Namen „Sahwa“ (Erwachen) wurden Scheichs finanziell ausgestattet und auch bewaffnet, um gemeinsam mit den US-Truppen gegen al-Qa'ida vorzugehen und gleichzeitig auch der Bevölkerung eine politische Repräsentanz zu geben. Denn die rachsicheren sunnitischen Parteien, die an den Wahlen Ende 2005 teilgenommen hatten und im Bagdader Parlament nur den Zweck des sunnitischen Aufputzes erfüllen, konnten nicht als solche dienen. Mit der zumindest einigermaßen erfolgreichen Herstellung der öffentlichen Ordnung kam auch eine gewisse Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivitäten. In-

nerhalb eines Jahres wurde Anbar von einer der Provinzen mit den meisten Anschlägen auf US-Truppen zu einer der ruhigsten überhaupt.

Der zweite, viel wichtigere Streich gelang im städtischen Bereich Ende 2007 und 2008. Die in einem aussichtslosen Dreifrontenkrieg gegen schiitische Milizen, al-Qa'ida und die Besatzer verstrickten Widerstandsgruppen traten in Gespräche mit der US-Armee ein. Sie erhielten von dieser gegen al-Qa'ida Unterstützung und man ließ sie in der Selbstverteidigung gegen die schiitischen Milizen gewähren. Schließlich errichtete man hohe Betonmauern um die verschiedenen Viertel, die zwar heftig abgelehnt wurden, insofern sie die konfessionelle Trennung im wahrsten Sinne des Wortes zementierten, die aber der drangsalierten Zivilbevölkerung dennoch zusätzlichen Schutz boten.

Daraus entstanden die sunnitischen Sahwa-Milizen, die heute ca. 100.000 Mann umfassen und einen Sold erhalten. Sie bestehen zum großen Teil aus ehemaligen Kämpfern des Widerstands. Die Bildung dieser Verbände brachte den Durchbruch im Kampf gegen al-Qa'ida. Denn insofern auch al-Qa'ida in der lokalen Bevölkerung

rekrutierte, kannte man sich. Mit der Militärmacht der USA im Rücken und der Unterstützung der Bevölkerung konnte al-Qa'ida aus den meisten Gebieten vertrieben, oder doch stark zurückgedrängt werden. Gleichzeitig bedeutete das die weitgehende Einstellung des Guerillakampfes gegen die USA. Der erste große Erfolg der USA ist also durch einen politischen Kurswechsel induziert.

Heißt das, dass die hunderttausenden Kämpfer des Widerstands und ihre millionenfache Unterstützung von heute auf morgen Freunde der Besatzung geworden wären? Unter den Sunniten, und entsprechend auch im Widerstand, ist es weit verbreitet, von der iranisch-amerikanischen Besatzung zu sprechen und damit die Übermacht der schiitischen Bagdader Regierung zu meinen. Dieses Weltbild trägt so abstruse Blüten, wie al-Qa'ida als iranische Machination anzusehen, fast so wie auch Bush seinen jeweiligen Feinden ein Naheverhältnis zu al-Qa'ida unterstellt. So absurd solche Annahmen zu einem Zeitpunkt erscheinen, wo der Konflikt Washington-Teheran das wichtigste globale Krisenmoment darstellt, so sehr gab und gibt es teilweise in Form des Bag-

Bild: flickr/Russell Lee Klika



dader Regimes doch eine ungewollte amerikanisch-iranische Interessenkoinzidenz im Sinne der Herstellung von Stabilität. So unterstützte Teheran das von den USA eingesetzte, aber vom schiitischen politischen Islam dominierte Regime sowie alle Schritte zu seiner Stabilisierung. Für viele Sunniten stellt sich also der Kampf gegen die Besetzung zuerst als Abwehr des Iran dar, gegen den man auch die Amerikaner instrumentalisieren zu können glaubt. (5) Übrigens genauso wie der schiitische politische Islam letztlich die USA zur Errichtung einer schiitischen Herrschaft über den Irak zu verwenden vermochte – zumindest bis auf weiteres.

Die USA haben mit der Anwendung von *divide et impera* unbestritten einen Teilerfolg erzielt. Doch die Unwägbarkeiten bleiben groß. Washington betreibt die Eingliederung der Sahwa-Milizen in den Si-

cherheitsapparat. Doch die schiitische Regierung sperrt sich und will ihren Staat nicht von konfessionellen Feinden unterwandern lassen. Bleiben die Versprechungen von der Beteiligung an der Macht, bei der oft auch die Wiederherstellung der sunnitischen Vorherrschaft mitschwingt, unerfüllt – und das werden sie ohne neuerlichen Krieg wohl –, dann geht von diesen Milizen erhebliches Unruhepotential aus, zumal sie ebenfalls gegen die amerikanische Besetzung gerichtet sind.

Von einem einheitlichen, die Konfessionen integrierenden Staatsapparat im Irak sind die USA weiter denn je entfernt.

Iranische Unterstützung

Bush & Co führen die anhaltenden Probleme im Irak letztlich immer wieder auf eine Ursache zurück: die iranische Hand, die den politischen und militärischen Widerstand gegen die

USA dirigiert. Als deren schlimmster Finger wird Muqtada as-Sadr angesehen. Doch man muss nur etwas näher hinsehen, um zu erkennen, dass es sich dabei um ein Geflecht aus Halbwahrheiten, Selbsttäuschung und anti-iranischer Propaganda handelt. Versuchen wir das aufzulösen.

Es ist eine leicht zu überprüfende Tatsache, dass es die in Bagdad herrschende Koalition der „moderaten Schiiten“ ist, die über die besten Beziehungen zu Teheran verfügt, auf politischer, kultureller und militärischer Ebene. Die Koalition ist nicht einheitlich. Ihr Kern ist die klerikale Dynastie der Familie al Hakim, die den *Islamic Supreme Council of Iraq* (ISCI) sowie die Badr-Milizen führen. Sie waren die einzigen im heute relevanten schiitischen Spektrum im Irak, die sich im Krieg Iran-Irak auf die Seite des Gegners gestellt hatten. Zudem wird den Badr-Milizen nachgesagt, dass sie Teil der iranischen Revolutionsgardien seien oder zu ihnen zumindest ein sehr enges Verhältnis hätten. Die Hakim-Familie ist gleichzeitig mit den wichtigsten Klerikern in Teheran und Qom, dem religiösen Zentrum, eng verbunden. Die Badr-Milizen waren es, die unmittelbar nach dem Sturz Saddams die Jagd auf Ba‘thisten begannen und die (neben den kurdischen Peschmerga) als erste lokale Kraft von den Amerikanern adoptiert wurden.

Der heutige Regierungschef Maliki kommt von der Dawa-Partei. Diese ist Teheran nicht gleichermaßen hörig wie der ISCI. Er vertritt einen weniger radikalen Föderalismus und lehnt die Vereinigung der südlichen ölfreien und fast homogen schiitischen Provinzen zu einem quasi unabhängigen schiitischen Ministaat, wie sie vom ISCI vertreten wird, ab. Welche Linie dem Regime in Teheran näher ist, kann nicht leicht gesagt werden. Historisch sicher jene der panschiitischen Angliederung des Südirak. Doch im Sinne eines dem Iran freundlich gesinnten und stabilen Regimes in Bagdad, dem bisher obersten Ziel des Mullah-Regimes, erscheint Malikis Variante günstiger.

Das dritte Schwergewicht der Regierung ist Großayatollah Sistani. Obwohl der Nationalität nach selbst Per-

ser, befindet er sich theologisch über Kreuz mit dem politischen Klerus in Qom, denn er lehnt in vorrevolutionärer schiitischer Mehrheitstradition die direkte politische Herrschaft des Klerus ab (*vilayat-e fakih*). Im Sinne der Stabilität unterstützt er die heutige Regierung im Irak von außen. Die Besatzung wird so gegenüber dem Widerstand zum kleineren Übel.

Diese gegenwärtig an der Macht befindliche Koalition repräsentiert letztlich die schiitischen Eliten und die Mittelklasse. Sie sind mit dem Sturz Saddams zufrieden, wünschen sich eine rasche Stabilisierung und Normalisierung auch mit den USA, und sind – in unterschiedlichem Ausmaß – an guten Beziehungen zu Teheran interessiert. Den Widerstand – einschließlich eines möglichen schiitischen – lehnen sie entschieden ab. Paradoxiere Weise stützen sich sowohl Washington als auch Teheran auf diese Koalition. So sehr sich Maliki im Kampf gegen seine Feinde im Inneren auf die Amerikaner verlässt, so sehr getraut er sich gleichzeitig gegen eine unbegrenzte amerikanische Truppenpräsenz aufzutreten, in einer Weise wie es für ein klassisches Marionettenregime undenkbar wäre. Dies erklärt sich nur aus der Rückendeckung durch Teheran.

Sadr als Hauptfeind

Indes scheint es von Washington zumindest in erster Lesung nicht irrational, die Bewegung Sadrs zum Hauptfeind zu erklären. Es hat sich bis zum Boulevard durchgesprochen, dass es sich um eine Bewegung der Unterklassen handelt. Muqtada selbst hat die amerikanische Besatzung heftig kritisiert und einen verbindlichen Zeitplan hin zum vollständigen Truppenabzug der Besatzer gefordert. Seine Mahdi-Armee neigt zu Attacken auf die US-Armee, auch wenn sie entscheidende Konfrontationen scheut, zumindest gegenüber den USA letztlich defensiv bleibt und sich zurückzieht.

Die Sadr-Bewegung lehnt auch die Auslieferung der Ölreserven an die westlichen Öl-Multis, so wie sie die neue neoliberale Gesetzgebung vorsieht, ab. Saddam hatte die gesamte Erdölwirtschaft verstaatlicht.

Doch im Gegensatz zu den amerikanischen Behauptungen ist ihr Verhältnis zum Iran sehr gespalten. Die Sadristen gelten als eingefleischt arabisch und stellen sich auch öffentlich immer wieder gegen die iranische Einflussnahme. Sie lehnen den Föderalismus strikt ab und treten für einen einheitlichen Irak ein. Das heißt jedoch nicht, dass Sadr im Iran keinen Unterschlupf erhalten würde. Teheran hält sich die Kanäle zu allen offen. Die Badr-Milizen sind sein Stand-, Sadr sein Spielbein.

Bisher haben die Iraner deswegen gezögert, die Sadristen mit Waffen zu versorgen. Das belegen ihre schlechte Bewaffnung und die im Vergleich zum sunnitischen Widerstand dilettantische Form antiamerikanischer Anschläge. Nicht umsonst wichen sie jedem ernsthaften Zusammenstoß mit der US-Armee aus, denn sie wären im Grunde nichts als Kanonenfutter.

Der Mahdi-Armee wird der konfessionelle Bürgerkrieg gegen die Sunniten angelastet – und zu einem guten Teil zu recht. Aber nicht, weil die regierungsnahen Kräfte so viel besser wären. Die Badr-Milizen haben ihr blutiges Werk schon hinter sich und ihnen fehlt nunmehr einfach die flächendeckende Verankerung in der Bevölkerung. Die Sadristen sind auch keineswegs konfessionalistischer oder fundamentalistischer als die Regierungsschiiten, so sehr das von der westlichen Propaganda auch herausgestellt wird.

Sadr hatte immer einen Fuß inner- und den anderen Fuß außerhalb des Regimes. Er spielte mit der Möglichkeit des Widerstands, um letztlich doch das Regime zu stützen, aber zu einem möglichst hohen Preis.

Die USA haben Maliki und die Regierungsschiiten bisher in jedem Feldzug gegen Sadr unterstützt, zuletzt beim Angriff auf die sadristischen Bastionen in Basra und in Bagdad im Frühjahr 2008. Sadr musste jeweils zurückweichen und Stellungen aufgeben. Wie beschrieben, vermied er bisher frontales Kräftemessen. Angeblich vermittelten die Iraner hinter den Kulissen, um den aus ihrer Sicht schiitischen Bruderkrieg nicht eskalieren zu lassen. Jedenfalls konnten

im Gegensatz zu den amerikanischen Jubelmeldungen die Sadristen nicht substanziell geschlagen werden. Die Mahdi-Armee tauchte bisher unter, um unverhofft immer wieder aufzutreten.

Für den einseitigen Waffenstillstand vom August 2007 und die Inaktivität insgesamt, die Sadr seiner Mahdi-Armee diktierte, gibt es auch eine zusätzliche plausible Interpretation. Ihre größte Machtentfaltung verzeichnete die Mahdi-Armee während des konfessionellen Bürgerkriegs. Der Krieg gegen die Sunniten, der zumindest notdürftig durch die Selbstverteidigung gegen al-Qa'ida gerechtfertigt wurde, entwickelte eine Eigendynamik. Schnell gewachsen und ohne starken Zusammenhalt oder Kommandostruktur, degenerierten Teile in den Banditismus. Nicht nur Sunniten wurden beraubt, erpresst und ermordet, sondern auch die schiitische Mittelklasse. Hier diente die politische Gegnerschaft oft als Legitimation für die Aneignung ihres Eigentums oder für Gewaltverbrechen. Teile der Unterklassen sahen in der Situation des Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung die Gelegenheit, ihrer Notlage durch bewaffnete Kriminalität zu entkommen. Einzelne Kommandanten wurden zu regelrechten Mafia-bossen. Die Zugehörigkeit zur Mahdi-Armee diente manchmal nur mehr als Vorwand, als politische Fassade.

Diese untragbare Situation führte zu heftigen Gegenreaktionen, die die Regierung und die USA zum Aufbau von Sahwa-Kräften auch im schiitischen Bereich zu nutzen versuchten. Diese sind bislang aber nur eine Randerscheinung geblieben.

Jedenfalls zog Muqtada mit dem Befehl, alle militärischen Aktivitäten einzustellen, die Notbremse. Auch einige der Milizenführer, die sich Verbrechen zu Schulden kommen ließen, wurden entfernt. Die zweifellose militärische Schwächung bedeutet aber aus dieser Sicht gleichzeitig auch eine Wiedergewinnung verlorenen politischen Terrains.

Stabilisierung nicht in Sicht

Die USA mögen für kürzere oder auch längere Zeit den sunnitischen Widerstand neutralisiert haben. Diesen

Schachzug können sie guten Gewissens als Erfolg verbuchen. Ein nennenswerter Schritt zur Schaffung eines stabilen Regimes ist es indes nicht.

Das Problem der Schaffung eines Staatsapparates, der sowohl Schiiten als auch Sunniten, integriert und gleichzeitig einen *modus vivendi* mit den Kurden findet, bleibt völlig ungelöst. Das zeigt sich in der Diskussion um den Föderalismus und die versprochene und unerfüllt bleibende Verfassungsänderung gegen eine all zu große Dezentralisierung.

Die Regierungsschiiten wollen unter dem Vorwand der Angst vor der Rückkehr der Ba'histen die Kontrolle über den Staatsapparat nicht mehr abgeben und sunnitische Kräfte nicht substantiell beteiligen. Die Sadristen, die gegen die De-facto-Abspaltung der Schiiten auftreten und damit trotz der Wunden des Bürgerkriegs eine mögliche Brücke zu den Sunniten bilden könnten, werden vom herrschenden Block von den Schalthebeln der Macht fern gehalten; gerade auch von Maliki, der selbst eine ähnliche Position vertritt, trotzdem aber lieber mit dem ISCI geht.

Die einzig wirklich proamerikanische Kraft mit Wurzeln im Volk, die kurdische Führung, besteht nicht nur auf die Föderation, sondern zielt sogar auf eine Abspaltung hin. Das ist für die meisten Araber völlig inak-

zeptabel, vor allem angesichts der ökonomischen und demografisch gemischten Stadt Kirkuk, die sich die Kurden gerne einverleiben würden.

Die für Oktober 2008 vorgesehenen regionalen Wahlen könnten eine wesentliche Verschiebung der Kräfte weg von der Regierungskoalition und hin zu Formationen einschließlich jener Muqtadas bringen, die sowohl den Föderalismus als auch die amerikanische Präsenz ablehnen. Daher versucht die Regierung Maliki die Wahlen entweder nicht stattfinden zu lassen, zu verschieben oder aber als gefährlich angesehene Gegner mit allerlei Tricks von der Teilnahme auszuschließen. An sich müssten sich die USA über die Schwächung ihres störischen und gleichzeitig proiranischen Partners freuen. Weitsichtigere Berater empfehlen daher die Abhaltung der Wahlen ohne allzu parteiliches Eingreifen zu garantieren. Doch Washington hat panische Angst vor der Stärkung Muqtadas, gegen den es weiterhin militärisches Vorgehen unterstützt. Damit liefert es sich jedoch seinen proiranischen Freundfeinden aus. Wo immer man dreht, um ein Problem zu lösen, wird ein anderes aufgerissen.

Auf der Basis von Teile-und-Herrsche scheinen die USA den Widerstand höchstens neutralisieren zu können. Die US-Truppen empfehlen sich

dadurch zumindest als ein scheinbar über den Konflikten stehender Richter und können ihre verlängerte Präsenz rechtfertigen. Ein stabiler Staat kann aber auf diesem Weg nicht geschaffen werden. Der wichtigste mögliche Faktor der Stabilität wäre das Einvernehmen mit dem Iran, mit dem auch bisher schon *nolens volens* kalkuliert werden musste. Doch genau das will Washington gerne aufkündigen.

Denkt man diese Variante konsequent zu Ende, kann sie nur den Sturz des heutigen Regimes bedeuten – und der wäre wiederum nur mit einem neuen Krieg zu bewerkstelligen, denn freiwillig werden die neuen Machthaber die eroberten Positionen wohl nicht räumen. Ein solcher Krieg ist aber nur denkbar bei einem gleichzeitigen Angriff auf den Iran, wofür man sich wohl die Unterstützung sunnitischer Hilfstruppen sichern würde. (Also praktisch zurück an den Start 2003.) Entscheiden sich die USA, dieses enorme Risiko nicht einzugehen, dann können sie jedenfalls nicht verhindern, dass es vor allem der Iran ist, der letztlich die Früchte ihres Krieges und ihrer Besatzung erntet.

Wilhelm Langthaler

Das Ende der letzten Metapher

Zum Tod des Dichters Mahmoud Darwish

Am 9. August 2008 starb der palästinensische Dichter Mahmoud Darwish bei einer Herzoperation. Politisch sehr umstritten, poetisch einer der höchstrangigen modernen arabischen Dichter, ist mit seinem Tod eine Symbolfigur der arabischen, aber vor allem der palästinensischen Kulturbewegung von uns gegangen.

Geboren im Jahr 1941 in Barwa in Nordpalästina, erlebte Darwish als Kind die Nakba von 1948, wo bei der Gründung des Zionistenstaates eine Million Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Seine Familie floh in den Libanon, kehrte aber sogleich über Schleichwege nach Palästina zurück. Das zerstörte Dorf Barwa durf-

te nicht wieder aufgebaut werden und Darwish wuchs als „Flüchtling im eigenen Land“ auf.

Als Araber in „Israel“ Bürger zweiter Klasse, schloss er sich der israelischen Kommunistischen Partei an und schrieb in Haifa in ihrer arabischen Zeitung *al-Ittihad* („Die Einheit“). Für seine ersten Gedichte und

seine politische Aktivität wurde Darwish mehrmals (1961, 1962 und 1967) von den israelischen Militärbehörden verhaftet und gefoltert, seine Werke oft zensuriert. (Für die Araber Israels galten bis 1967 Militärgesetze.)

Damals völlig isoliert und getrennt vom restlichen arabischen Raum, gründeten Darwish und andere junge Dichter wie Samih Qassim und Tawfiq Zayad aus den „48er-Gebieten“ eine neue Richtung in der arabischen Lyrik, welche das Bild des arabischen Gedichtes für Jahrzehnte prägen sollte.

Sich rhythmisch vom klassischen Gedicht emanzipierend, und, abgehend vom traditionellen Bild, sich auf Metaphern stützend, wurde diese neue Generation von Dichtern geboren. Entdeckt wurden die jungen Dichter vom palästinensischen Schriftsteller Ghassan Kanafani (1972 in Beirut vom israelischen Geheimdienst ermordet), der ihnen seine erstmalige Studie „Dichter aus dem besetzten Land“ widmete. Die modernen Texte verbreiteten sich und wurden im gesamten arabischen Raum Texte für Liedkompositionen. Sie wurden zu Kultursymbolen der palästinensischen Bewegung und Antriebe zur Modernisierung des arabischen Liedes.

Darwish selbst verließ Haifa im Jahr 1970 und verbrachte ein Jahr in Moskau, bevor er nach Kairo ging, wo er vom arabischen Kulturmilieu herzlich empfangen wurde.

1972 schloss sich Darwish der PLO an und zog mit ihr in den Libanon. Er arbeitete im Palästinensischen Studienzentrum und leitete es zwischen 1976 und 1980. Er war Chefredakteur der Zeitschrift „Palestinian Issues“.

Nach der israelischen Invasion des Libanon 1982 verließ Darwish Beirut und begleitete Arafat auf dem Schiff ins neue Exil. Er lebte in Tunis, wo er auch vom palästinensischen Nationalkongress zum Mitglied des Exekutivkomitees der PLO ernannt wurde.

Die Phase nach 1982 war für Darwish literarisch die bedeutendste. Es entstanden seine wichtigsten Werke. Er übertraf sich von einem Werk zum nächsten und revolutionierte die arabische Lyrik mehrmals.

Sein Werk über den Libanon-Krieg, „Lob des hohen Schattens“, schlug Wellen im gesamten arabischen Raum. Viele Teile davon wurden von verschiedensten Sängern zu berühmten Liedern verarbeitet.

„Gotteslästerung“

Einige Teile seines Werkes wurden jedoch als blasphemisch angesehen:

„Beirut ist der Test Gottes,
Wir haben dich ausprobiert, oh Gott,
wir haben dich ausprobiert
Wer gab dir dieses Rätsel, wer gab dir
den Namen?
Wer hat dich über unsere Wunden er-

Bild: flickr/Tish



*hoben, damit er dich siebt?
So zeig dich! Wie sich die Sphinx aus
den Aschen zeigt ...“*

[Übers. M. A.]

So fügte er seiner Beziehung zur aufsteigenden islamischen Bewegung irreparablen Schaden zu. Dies erklärt u. a. die Kälte, mit welcher sein Tod z. B. bei Hamas zur Kenntnis genommen wird.

Darwish verstand es, durch intelligentes Einsetzen des Wortes und des Bilderspiels, aus der palästinensischen Misere, der brutalen Realität und dem blutigen Alltag, verschmolzen mit Elementen aus der Geschichte, der Kultur und der allgemeinen menschlichen Werte eine schöne, ästhetische Welt zu schaffen. Er ist einer der wenigen arabischen Dichter, die international geachtet und anerkannt werden. Wegen ihrer universellen Bedeutung wurden seine Gedichte in fast alle Sprachen übersetzt.

Hoch gelobt und prominent, stand er über jede Kritik erhaben. Sein Gewicht als Symbolfigur setzte die Kriterien der Kritik außer Kraft. Bekannt aus vielen Liedern, überschritten seine Gedichte die Grenzen des intellektuellen Milieus und genossen eine Popularität, wie sie moderner arabischer Poesie niemals zuvor zuteil wurde.

Kapitulationskurs der PLO

Für viele galt Darwish politisch als der Apologet Arafats im Feld der Kultur. Kritisiert wird er auch für sein Stillschweigen über die Unterdrückung von palästinensischen Intellektuellen durch Arafat und seinen Apparat. Dieser schreckte, wie im Fall

des Karikaturisten Naji Ali, auch vor Mord nicht zurück. Das machte Darwish zunehmend zum „Hofdichter“ der PLO.

Nach der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens trat die Hälfte des Exekutivkomitees der PLO zurück. Darunter auch Darwish, der eine erstmalige poetische Kritik an Arafat lieferte: „Wer wird unsere Fahnen aus unseren Mauern entfernen, Du oder sie?“ Er kehrte jedoch mit dem PLO-Apparat nach Ramallah zurück und blieb dem Establishment treu. Hochstilisiert als Kultursymbol der PNA, präsierte er mehrere literarische Gremien, stand über den politischen Ereignissen und bereiste den arabischen Raum, wo er nach prominenten Auftritten hohe Orden und Auszeichnungen von fast allen arabischen Regenten erhielt.

Nach dem Tod Arafats und beim Konflikt der PNA mit der Widerstandsbewegung hielt sich Darwish zurück und versteckte sich hinter seinen Metaphern. Weniger metaphorisch wurde er nach der Machtübernahme der Hamas in Gaza, wo er in einem Gedicht mit der Parteinahme für die korrupte PNA von Ramallah ziemlich eindeutig war.

Wenn auch poetisch eines der wenigen Dinge, bei denen es unter den Palästinensern Konsens gibt, ist Darwish politisch ein weiterer Teil jener verblichenen PLO-Ära, deren Symbolfiguren sukzessive am Untergehen sind. Vielen seiner Leser geriet sein Tod zur politischen Rettung seiner Poesie.

Mohamed Aburous

Der Iran und das Atomwaffenmonopol

Zur anhaltenden Aggression der USA

Der UN-Sicherheitsrat hat den Iran erneut aufgefordert, die Anreicherung von Uran und damit sein Atomprogramm zu suspendieren. Die Mächte, die den Iran seit Jahren drangsalieren – USA, EU, Deutschland, England, Frankreich, Russland, und nolens volens China – hatten Teheran im Gegenzug angeboten, die Beantragung neuer UN-Sanktionen für sechs Wochen auszusetzen.

Zur Versüßung hatten sie eine Liefergarantie für nuklearen Brennstoff und eine Hilfefuzage für den Bau eines Leichtwasserreaktors draufgelegt und sogar Verhandlungen über die Beendigung der seit langem wirkenden ökonomischen Sanktionen in Aussicht gestellt. Die Westpropaganda pries das als ein „großzügiges Angebot“. Die iranische Regierung hat sich davon nicht beeindrucken lassen. Sie hat bisher standhaft ihr unveräußerliches Recht verteidigt und will es auch in Zukunft tun. Ahmadinedschad versprach: „Wir werden kein Jota von unseren nuklearen Rechten abweichen.“

Illegale Sanktionen

Es bleibt also wie gehabt. Die Welt wollte keine neuen Atomwaffenstaaten haben und die Kernwaffen abschaffen. Zu diesem Zweck und mit diesem Versprechen wurde vor 40 Jahren der Atomwaffensperrvertrag (NPT) abgeschlossen. Iran hat diesen Vertrag unterzeichnet. Die übrigen Unterzeichnerstaaten haben daher das Recht, die iranischen Atomanlagen durch die Kontrollbehörde IAEA inspizieren zu lassen und jedem Hinweis auf nicht zivile Nutzung der Kernkraft nachzugehen. Aber der NPT sichert ausdrücklich allen Signataren das unveräußerliche Recht zu, den gesamten nuklearen Brennstoffzyklus für zivile Zwecke zu implementieren und verpflichtet die Nuklearstaaten zum Austausch von technologischen und wissenschaftlichen Daten. Ohne die Rechte zur zivilen Nutzung wäre der NPT von kaum einem der 180 nuklearen Habenichtse unterzeichnet worden. Der Beitritt zum NPT ist freiwillig. Sanktionen sind nicht vorgesehen. Die IAEA hat zwar Verdachtsmomente auf ein nicht ziviles

Atomprogramm des Iran, hat aber trotz penibler Nachforschungen in fünf Jahren keine Verletzung des Abkommens nachweisen können. Daher hat der Sicherheitsrat kein Recht, den Stopp der Anreicherung zu fordern und Sanktionen gegen den Iran zu verhängen. Sie sind unrechtmäßig.

Kernwaffenmonopol verteidigt

Der Sicherheitsrat gibt vor, im Dienste der Nonproliferation zu handeln. Aber das ist bestenfalls ein frommer Schein. Denn der NPT verpflichtet die offiziellen Nuklearmächte zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens *in naher Zukunft* und zur nuklearen Abrüstung. Diese Zukunft begann vor 40 Jahren! Solange die Nuklearmächte diese Verpflichtung vollkommen ignorieren, ist ihr Bestehen auf Vertragserfüllung durch die anderen Staaten nichts als die Verteidigung eines Monopols. Um diese hässliche Blöße zu kaschieren, haben die Nuklearmächte im Mai 2000 einmütig ihre Absicht bekräftigt, die Kernwaffen zu eliminieren. Es blieb, wie in den 32 Jahren zuvor, bei dieser hohlen Proklamation. Im krassen Widerspruch zu ihren Worten modernisieren sie allerdings ihre Kernwaffen, entwickeln Präzisionsträger, Mini-Nukes und Bunkerbuster und bereiten die Stationierung im Weltraum vor. Die USA, England, Frankreich und Russland haben allesamt in den letzten sechs Jahren damit gedroht, ihre Kernwaffen präventiv, und sogar gegen Staaten einzusetzen, die keine solchen Waffen besitzen. Für den Westen, der ständig mit den Menschenrechten hausieren geht, gehört ein Leben ohne Bedrohung mit Massenvernichtungswaffen offenbar nicht dazu. Hier macht nur China eine Ausnahme. Die Chinesen haben immer betont, dass sie

Kernwaffen niemals als erste einsetzen werden. Das ist insofern ein gewaltiger Unterschied, weil die Waffen dann zwar zur Vergeltung, aber nicht zur Erpressung taugen, wozu die anderen sie so gerne benutzen. Auch die Bundesrepublik Deutschland verletzt den NPT fortwährend, weil sie es zulässt, dass auf ihrem Territorium Kernwaffen lagern und weil sie über die NATO „nuklearer Teilhaber“ ist. Es gibt ca. 23000 existierende Kernwaffen, mit denen die Nuklearmächte die Menschheit bedrohen. Und solange diese 23000 Kernwaffen nicht auf der Agenda des Sicherheitsrates stehen, hat seine Sanktionspolitik gegen den Iran nur einen erkennbaren Zweck – das Atommonopol der Atomkräfte zu erhalten, die in ihm das Sagen haben.

Der Sicherheitsrat behauptet ferner, dass der Verzicht des Iran auf die Anreicherung ein Beitrag wäre, den „Nahen Osten frei von Massenvernichtungswaffen zu machen“. Auch das klingt gut, ist aber ebenso unglaublich. Wenn der Sicherheitsrat auf einen atomwaffenfreien Nahen Osten hinwirken wollte, wie er vorgibt zu tun, müsste er zuerst die USA und Israel, evtl. auch Briten, Franzosen und Russen auffordern, ihre Kernwaffen aus dem Golf, dem Indischen Ozean und dem östlichen Mittelmeer zu verbannen und die faktische Bedrohung des Iran zu beenden. Die Anreicherung von Uran ist mit der Errichtung von atomwaffenfreien Zonen vollkommen kompatibel, die atomar bewaffneten amerikanischen Flotten und israelischen Tridentunterseeboote sind es sicher nicht. Die Sanktionspolitik des Sicherheitsrates lässt sich daher weder mit der Schaffung von atomwaffenfreien Zonen, noch mit der Aufrechterhaltung des Nichtverbreitungsregimes rechtfertigen.

Ausweglose Verhandlungen

Versuchen wir eine objektive Bewertung des „großzügigen Angebots“. Ohne die gewohnheitsmäßige westliche Arroganz gegenüber den isla-



Bild: aboutpixel.de/svair

mischen Ländern kann man darin nichts entdecken, was den Iran zum Nachgeben bewegen könnte. Der Iran soll garantierten Zugang zu nuklearem Brennstoff erhalten. Welche Sicherheit aber können dieselben Staaten geben, die dem Iran gerade durch Erpressung das hoch und heilig zugesicherte Recht auf die ungeteilte friedliche Nutzung der Kernenergie streitig machen, und dabei ausdrücklich mit Gewaltanwendung drohen? Teheran würde ein hohes, international verbrieftes Recht gegen eine mindere Garantie der Nuklearmächte eintauschen. Die Iraner würden die Unterstützung der Nichtnuklearstaaten verlieren, die in ihm einen Vorkämpfer für die Verteidigung ihres Rechts auf die zivile Nutzung der Kernenergie sehen.

Ernüchternd kommt hinzu, dass die Iraner schon schlechte Erfahrungen mit Verträgen über nukleare Zusammenarbeit gemacht haben. Das Kernkraftwerk in Bushehr wurde 1970 begonnen, zunächst mit deutscher Hilfe. Siemens ist nach der Revolution 1979 aus dem Projekt ausgestiegen. Die Russen haben es 2003 gegen amerikanischen Widerstand übernommen, aber die Fertigstellung verzögert sich nun von Jahr zu Jahr.

Schließlich – und das ist die Hauptsache – können die Iraner keinesfalls erwarten, dass die Drangsalierung und Sanktionen aufhören, selbst

wenn Teheran sich der Erpressung beugt. Die USA haben Sanktionen sofort nach der iranischen Revolution betrieben, also längst vor den Verdächtigungen des Waffenprogramms, und sie werden mit dem Atomprogramm nicht enden. Weil es im Kern nicht um dieses Programm geht, ganz gleich ob es existiert oder nicht. Man braucht sich nur die Frage zu stellen, wie Teheran den Nachweis führen sollte, dass die Anreicherungsanlagen in Natanz und der Brüter in Arak stillgelegt sind. Die iranische Regierung beteuert seit Jahren, dass ihr Atomprogramm ausschließlich zivile Zwecke verfolgt – völlig vergeblich. Die IAEA hat zwar Verdachtsmomente und einige ungeklärte Fragen, sie hat aber keinen Beweis für die Verletzung des Vertrages vorgelegt. Auch die Abwesenheit eines Beweises genügt den USA nicht, sie verlangen den Beweis der Abwesenheit eines Waffenprogramms. Den Erkenntnissen des CIA zufolge hat Iran sein Waffenprogramm vor fünf Jahren eingestellt, aber die US-Regierung gibt sich auch damit nicht zufrieden. Sie wird unweigerlich die Einrichtung eines Kontrollsystems mit amerikanischer Beteiligung verlangen. Sie hat ein ähnliches Spiel zehn Jahre lang mit dem Irak betrieben, Massenvernichtungswaffen postuliert, das Land mit Sanktionen ruiniert und schließlich unter einem Schwall von Lügen militärisch

überfallen und unter der anschließenden Besatzung vollkommen verwüstet. Woraus man klar erkennen kann, dass es nicht die Besorgnis über Massenvernichtungswaffen war, die die USA umtrieb. Mit dem geheimen Atomprogramm, das sie dem Iran unterstellen, verfolgen sie das gleiche Ziel. Es dient als Hebel, um den Iran zu isolieren und zu erpressen, schließlich zu demütigen und ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Dazu ist ein Waffenprogramm, dessen Nichtexistenz Teheran nicht beweisen kann, geradezu ideal geeignet.

Abnahme der Kriegsgefahr

Die USA haben ihre Erpressungspolitik gegenüber dem Iran mit offenen Drohungen, militärischen Manövern und demagogischer Verteufelung seiner Führung begleitet. Ein Präventivkrieg gegen die Atomwaffen, über die der Iran allenfalls in einigen Jahren verfügen könnte, schien eine längere Zeit auf der Tagesordnung zu stehen. Manche befürchten sogar, dass die Bush Regierung die noch verbleibende kurze Frist nutzen wird, um unwiderrufliche Fakten zu schaffen. Und nachdem hochrangige israelische Politiker einen Angriff auf die iranischen Atomanlagen für unvermeidlich halten, wird über den Point of no return und einen israelischen Alleingang spekuliert. Obwohl man eine solche Katastrophe nicht ausschließen

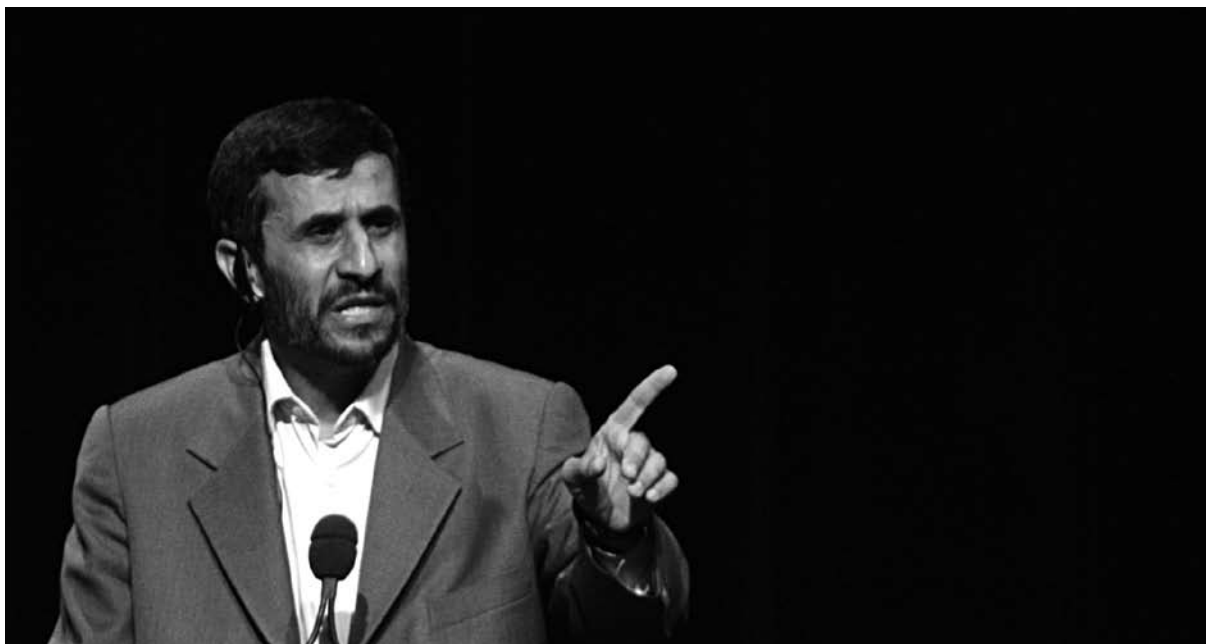


Bild: flickr/Daniella Zalcman

kann und Wachsamkeit weiter Not tut, gibt es eine Reihe von Gründen, dass der Krieg unwahrscheinlicher geworden ist.

Da sind zunächst ein paar offenkundige Entspannungssignale. Erstmals seit 1979 nahm ein US-Beamter aus der oberen Hierarchie an Gesprächen über das iranische Atomprogramm teil. Die USA erwägen die Errichtung einer Botschaft in Teheran. Dies sind – zugegeben – flüchtige Signale, aber Ahmadinedschad hat sie positiv quittiert: „Wir sehen eine neue Haltung der Vereinigten Staaten und von Beamten der Vereinigten Staaten.“

Da ist weiter eine Reihe von längerfristigen Entwicklungen, die mit akuter Kriegsgefahr nicht ohne weiteres vereinbar sind. Wenn die Amerikaner beschlossen haben, in nächster Zukunft Gewalt gegen den „Schurkenstaat“ anzuwenden, brauchen sie in Osteuropa längerfristig keine Abwehrraketen gegen eine potenzielle iranische Bedrohung einzurichten. Ein Krieg gegen den Iran müsste einem Enthauptungs- und Entwaffnungsschlag nahe kommen, also schon ein größerer Krieg sein. Die Amerikaner würden das iranische Militär, die Luftwaffe und die Trägersysteme nicht verschonen. Einfache Luftschläge gegen die iranischen Atomanlagen können allenfalls das Problem der Israelis lösen, und deren rein militärische

Überlegenheit über die Region sichern. Das reicht für ihre säkulare Politik des Landraubes. Die Amerikaner aber haben imperiale Ziele. Sie nervt der unbeugsame Selbstbehauptungswille der iranischen Nation. Den wollen sie brechen. Das erreicht man nicht mit ein paar Bomben. Die wären geradezu kontraproduktiv, würden auf lange Sicht unversöhnlichen Hass erzeugen. Sie würden auch den Israelis allenfalls kurzen Aufschub gewähren, aber nachwachsende reale Bedrohung und den unerbittlichen Vorsatz für Vergeltung schmieden helfen. Das werden die Amerikaner auch den Israelis klarmachen.

Zweitens ist der US-Geheimdienst CIA im Herbst 2007 zu dem Ergebnis gekommen, dass der Iran kein nukleares Waffenprogramm hat, und wenn er je eins gehabt hätte, dieses spätestens 2003 eingefroren habe und nicht vor 2015 über eine Atomwaffe verfügen könne. Fünfzehn weitere US-Geheimdienste sind zu demselben Schluss gekommen. Das ist eine sehr schlechte propagandistische Ausgangssituation für einen unpopulären Angriffskrieg. Bush hat zwar mehrmals explizit erklärt, dass er alle Optionen offen hält, er hat aber auch mehrmals versichert, dass er das Problem Iran mit diplomatischen Zwangsmitteln lösen will. Hersh's wiederholte Berichte im New Yorker, dass die USA ihre geheimdienstlichen Sa-

botageaktionen im Iran mit vielen Dollars sponsern und verstärken, stehen damit durchaus im Einklang – bis auf den Titel „Die Vorbereitung des Schlachtfeldes“. Außerdem ist die US-Regierung keine Einmannshow und daher wird auch die scheidende Mannschaft nicht den geringen Rest an Glaubwürdigkeit unnötig verspielen. Täuschung spielt zwar in jedem Krieg eine große Rolle, aber die USA verfügen allemal das Potenzial für einen militärischen Überraschungsangriff. Das deutschsprachige Europa konnte sogar eine Wende in der publizistischen Desinformation verzeichnen. Ahmadinežad hatte im Oktober 2005 Khomeini mit der Äußerung zitiert, dass das Besatzungsregime in Jerusalem aus den Seiten der Geschichte verschwinden müsse. Obwohl jeder rechtschaffene Mensch dieses Ziel unterstützen muss, hat die Journaille das Zitat im Stile der Emser Depesche in eine Holocaust-Drohung gegen die Juden verfälscht und die zahlreichen Hinweise auf die Fehlerhaftigkeit der Übersetzung standhaft ignoriert. Die Fälschung ist gut zwei Jahre lang unzählige Male zur Brunnenvergiftung wiederholt worden. Inzwischen haben u. a. die Süddeutsche Zeitung, die NZZ und sogar die Bundeszentrale für politische Bildung die korrekte Übersetzung veröffentlicht.

Drittens – und das ist die Hauptsache – stehen die Amerikaner vor einer

strategischen Umgruppierung ihrer Machtprojektion in Asien. Maliki, der irakische Präsident von US-Gnaden, darf die Forderung nach einem Plan für den Abzug der amerikanischen Truppen stellen. Sie passt zwar vordergründig zu den Wahlkampfversprechungen Obamas, wichtiger aber ist, dass es inzwischen einen parteiübergreifenden Konsens gibt, die Besatzung im Irak auszudünnen. Ein Teilabzug ist bereits im Gange. Damit scheint das Ringen hinter den Kulissen gegen den Einsatz von Gewalt gegen den Iran vorerst entschieden zu sein. Ein Teil der Truppen wird nach Afghanistan verlagert. Die USA haben an Macht verloren und müssen sich auf die Hauptaufgabe konzentrieren, Russlands Comeback zu verhindern und Chinas rapiden Aufstieg zu bremsen. Ein größerer Krieg würde einen Großteil des amerikanischen Militärpotenzials auf längere Zeit weit hinter ihrer strategischen Front gegen Russland und China binden.

USA verfehlen Angriffsziel

Nach dem Untergang der Sowjetunion sah alles viel rosiger aus. Es gelang der einzigen Weltmacht schnell, die ehemals sowjetische Machtsphäre in Osteuropa abzuwickeln. Dann kam Zentralasien an die Reihe. Öl hin oder her, der Hauptzweck war immer, das Aufkommen von strategischen Rivalen zu verhindern und insbesondere Russland und China daran zu hindern, ihren Einfluss in diesem Raum auszuweiten. Der eurasische Balkan, sprich die Golfregion und Zentralasien, spielt in diesem Jahrhundert die Rolle des Zankapfels, die dem europäischen Balkan am Anfang des 20. Jahrhunderts zukam. Nach dem Anschlag vom 11.9. ergriff das Pentagon die willkommene Chance, Afghanistan mit einem Schein des Rechts zu erobern und damit einen weit vorgeschobenen Brückenkopf in Zentralasien zu errichten. Ein paar Militärstützpunkte in den Nachbarländern fielen den Amerikanern quasi in den Schoß. Ihr strategischer Plan sah nun weiter vor, den eurasischen Balkan vom Westen her systematisch aufzurollen und damit zugleich den afghanischen Vorposten zu sichern. Zug um Zug wurden Pakistan erpresst,

der Irak geschlagen und Syrien bedroht. Der Iran war nun eingekreist und wurde isoliert. Er sollte über kurz oder lang fallen.

Aber der kühne Plan der Neokons, die US-Hegemonie über den Mittleren Osten und Zentralasien mit Blitzkriegen und Regimewechseln unter den Titeln „Krieg gegen den Terror“ und „Demokratisierung“ zu errichten, ist vollkommen gescheitert. Die schnellen Erfolge in Afghanistan und im Irak haben sich als Pyrrhussiege erwiesen. Es war leicht zu siegen, aber umso schwieriger, die Herrschaft zu behaupten. Die Amerikaner haben dabei schwere Fehler gemacht, ihre Kräfte gewaltig überschätzt und den wachsenden Widerstand der Unterdrückten unterschätzt. Im blinden Vertrauen auf ihre überlegene Militärmacht haben sie ihre Fähigkeit, zu führen und mit indirekten Mitteln zu kontrollieren, weitgehend eingebüßt. Ihr Ansehen und ihre Glaubwürdigkeit sind auf einem historischen Tiefpunkt angelangt. Das eigentliche Ziel, das Aufkommen von strategischen Rivalen zu verhindern, wurde verfehlt. Russland und insbesondere China haben ihren Einfluss zu Lasten der USA schnell vergrößern können.

Geänderte Prioritäten

Der irakische Widerstand hat dem Iran eine Schonzeit verschafft. Heute fehlt den Amerikanern die Kraft, im Iran mehr als Verwüstung und Chaos zu stiften. Bei einem Überfall auf den Iran könnten die USA heute nur israelischer Unterstützung sicher sein. Nun droht Afghanistan ihrem Zugriff zu entgleiten und Pakistan wird widerspenstig, noch bevor das rückwärtige Terrain gesichert und unter Kontrolle gebracht ist. Da müssen die Prioritäten neu gesetzt müssen. Die USA müssen halten, was noch zu halten ist und die Kräfte umgruppieren. Bush ist nach Peking gereist, um den Hegemonieanspruch der USA in Asien zu bekräftigen. Die Freunde Amerikas sollten sich nicht zu sehr mit China einlassen. Es sei oft so, dass man mit einem und nicht zugleich mit einem anderen Freundschaft aufrechterhalten könne.

Es sind objektive Bedingungen, die die USA zwingen, ihre Strategie an-

zupassen und den Konfrontationskurs gegenüber dem Iran zu dämpfen. Selbstverständlich kann man eine kriegerische Entwicklung nicht mit Sicherheit ausschließen. Allerdings ist sie nicht mehr sehr wahrscheinlich und es gibt keinerlei Hinweise auf Torschlusspanik. Der Krieg gegen den Irak wird weitgehend als Debakel angesehen. Daher wird die offene Aggression zurückhaltender eingesetzt werden. Die US-Politik wird dadurch nicht friedfertiger oder wohlwollender oder minder hegemonial. Die US-Regierung wird nur versuchen, eine *zweite Chance* zu erhalten, wie Brzezinski das nennt - mehr das zu tun, was dieser imperiale Strategie schon vor 10 Jahren geraten hatte, was aber die Neokons konterkariert hatten. Wenn aber der Krieg gegen den Iran unwahrscheinlicher wird, dann werden die realen Sanktionen zum größeren Übel. Und deshalb müssen sie beendet werden.

Jost Kaschube

Boliburgesia oder die Revolution der Titten

Venezuela zwischen Radikalisierung und Bürokratisierung

Nach Jahren der Bestätigung in Wahlen hat die Chávez-Regierung im Dezember 2007 erstmals eine Niederlage beim Referendum über eine Verfassungsänderung erlitten. Im November 2008 stehen Regionalwahlen bevor, deren Ausgang keineswegs so gewiss ist, wie das in den Jahren zuvor angenommen wurde. Wo steht der bolivarianische Prozess nach zehn Jahren seines Bestehens?

Eines wird allein durch einen Besuch in der venezolanischen Hauptstadt Caracas offensichtlich: Die Massenbewegung, die den bolivarianischen Prozess seit Jahren getragen und ihn immer wieder gegen die Angriffe der Opposition verteidigt hat, ist zurückgegangen. Dies mag den konjunkturellen Wellen politischer Massenmobilisierung geschuldet sein, die in der Natur der Sache liegen. Sie zeigt außerdem jedoch eine spezifische Ermüdung und Frustration der Massen. Begründet ist diese sicher durch die Niederlage beim Referendum im Dezember 2007. Darüber hinaus und bereits davor gab es jedoch erhebliche Unzufriedenheit mit den Bürokratisierungstendenzen, die den bolivarianischen Prozess seit einigen Jahren erfasst haben. Die Niederlage beim Referendum 2007 ist auch im Lichte dieser Unzufriedenheit zu interpretieren. Nicht die Nein-Stimmen waren gegenüber früheren Wahlen angestiegen, vielmehr war die stark gestiegene Wahlenthaltung letztendlich ausschlaggebend für die Niederlage des Referendums.

Tatsächlich ist in den vergangenen Jahren, begünstigt durch den hohen Ölpreis und die entsprechenden Staatseinnahmen, eine neue bürokratische Schicht entstanden, vielfach die «boliburgesia» genannt (von burgesia bolivariana – „bolivarianische Bourgeoisie“). Diese Schicht von Bürokraten im Staatsapparat bzw. in den vielen durch den Prozess entstandenen Parallelstrukturen, wie etwa den sozialen Reformmaßnahmen («misiones») hat sich teilweise schamlos bereichert und sich schließlich in eine bremsende Kraft verwandelt. Nicht mehr die gesellschaftliche Transformation in Richtung Sozialismus, wie sie die Regierung ausrief, sondern der

Erhalt des Status quo ist das Ziel dieser Schicht. Damit ist es jedoch praktisch zu einer Verdopplung der Bürokratie gekommen: Die Missionen waren ursprünglich gegründet worden, um den bürokratisierten Staatsapparat, der jegliche Reformversuche sofort im Keim erstickt hatte, zu umgehen und die Massen in den Genuss sozialer Basisdienstleistungen kommen zu lassen. Es gelang dadurch jedoch nicht, die Bürokratie im Staatsapparat zu entmachten, vielmehr ist eine bürokratisierte Parallelstruktur entstanden, die im Ernstfall nicht einmal durch die formal existierenden Mechanismen kontrolliert werden kann.

Darüber hinaus hat die sichtbare Bereicherung der neuen Bürokraten-schicht den Unmut der armen Bevölkerungsteile beschleunigt. Zweifellos sind die Verbesserungen der letzten Jahre für die breite Masse der Bevölkerung deutlich spürbar: Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Verbesserungen im Wohnbau und v. a. nie gekannte Möglichkeiten der politischen Partizipation sind anerkannte Errungenschaften des bolivarianischen Prozesses und haben den Lebensstandard der Massen erheblich gehoben. Dennoch deutet die sichtbare Existenz von Armut und die typischen Merkmale halbkolonialer Gesellschaften, wie etwa ein hoher Anteil an informeller Wirtschaft, mangelhafte Infrastruktur, hohe Kriminalität und große soziale Unterschiede, darauf hin, dass der Umverteilungsprozess ins Stocken geraten ist. „Wo sind die Petrodollars der letzten Jahre hingeflossen, wenn nicht in die Taschen der alten und neuen Bourgeoisie?“ ist eine vielerorts gestellte Frage.

Grenzen gesellschaftlicher Transformation

Die Schwierigkeiten, innerhalb der bestehenden staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen, die zweifellos die eines halbkolonialen kapitalistischen Systems sind, eine neue Gesellschaft aufzubauen, sind in Venezuela offensichtlich. Zwar hat der Erdölreichtum des Landes den gegenwärtigen Transformationsprozess überhaupt erst ermöglicht, da er einen beträchtlichen Spielraum an finanziellen Ressourcen schuf, die die Chávez-Regierung umverteilen konnte, ohne die herrschenden Klassenverhältnisse anzutasten. Ohne diesen Spielraum wäre der bolivarianische Prozess unter den gegebenen nationalen, regionalen und globalen Kräfteverhältnissen längst am Widerstand der Eliten gescheitert, der sich noch viel entschiedener organisieren hätte können. Doch andererseits erweist sich der Erdölreichtum in vielerlei Hinsicht als Hemmschuh für die Weiterentwicklung des Prozesses.

Mit dem Modell der endogenen Entwicklung hat die Chávez-Regierung versucht, einen dringend notwendigen wirtschaftlichen Diversifizierungsprozess ins Leben zu rufen. Kleinere Produktionskreisläufe sollen sich an lokalen Bedürfnissen orientieren und neben der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung auch einen Prozess politisch-demokratischer Selbstbestimmung und kultureller Identitätsstiftung jenseits kapitalistisch-imperialistischer Modelle begünstigen. Die Umstrukturierung der Produktionsverhältnisse in der staatlichen Industrie im Sinne der «empresas de producción social» („Unternehmen der sozialen Produktion“) ist ebenfalls als konkreter Versuch sozioökonomischer Transformation zu werten. Sie beinhaltet neben Maßnahmen zur Demokratisierung der Produktionsverhältnisse (Arbeiter/innenselbst- bzw. -mitbestimmung) und zur Aufhebung der traditionellen Arbeitsteilung und der damit verbundenen sozialen Stratifizierung auch Maßnahmen zum Aufbau von engmaschigen sozialen und wirtschaftlichen



Verbindungen zwischen den Betrieben und den Gemeinden in der Umgebung, die ebenfalls lokale Entwicklungsprozesse in Gang setzen sollen.

Diese Versuche können zwar nicht als gescheitert betrachtet werden – insbesondere deuten die Verstaatlichung der Erdölindustrie sowie jüngst jene in der Stahl- und Zementindustrie, die auch aufgrund massiven Drucks der Arbeiter/innen zustande gekommen sind, darauf hin, dass der Wille zur wirtschaftlichen Transformation gegeben ist –, doch ihre Grenzen innerhalb des gegebenen Systems sind offensichtlich. Die Fähigkeit der traditionellen Eliten, die Regierung unter Druck zu setzen, ist nicht so sehr auf politischer als vielmehr auf wirtschaftlicher Ebene intakt. Während der Kampagne für das Referendum im Dezember 2007 war das Land aufgrund von bewusst gesteuerten Engpässen in der Distribution wochenlang mit zentralen Grundnahrungsmitteln wie Milch, Reis und Bohnen unterversorgt. Bei einer Nahrungsmittelimportabhängigkeit von 70% ergibt sich daraus eine Machtfülle für die überwiegend in privater Hand befindlichen Distribution, die von der Opposition politisch auch geschickt genutzt wurde.

Hier zeigt sich eine weitere Schwierigkeit der wirtschaftlichen Reformversuche der Chávez-Regierung, die mit der Erdöl-basierten Wirtschaftsstruktur in Verbindung gebracht werden kann. In den letzten Jahren wurden massive Anstrengungen zum Aufbau nationaler landwirtschaftlicher Produktion (die seit den 1930er Jahren von der Erdölindustrie geschluckt worden war) und eines alternativen Verteilungsmechanismus unternommen. Die Geschwindigkeit dieses Aufbaus, die notwendig wäre, um die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen und einer Erpressung durch die Eliten und Großgrundbesitzer zuvorzukommen, scheitert am Mangel gut ausgebildeter und politisch bewusster Techniker/innen. Hinzu kommt eine allgemeine soziale, politische und kulturelle Beliebigkeit, die als Produkt einer jahrzehntelangen konsumorientierten Rentenkultur angesehen werden kann und insbesondere den Aufbau kleinteiliger Produktionsformen, wie Bauernkooperativen, torpediert. Damit zeigt sich die Zentralität des subjektiven Faktors – eine immense Schwachstelle des bolivarianischen Prozesses. Doch dazu später mehr.

Die Missionen, Mechanismen zur

sozialen Basisversorgung der Massen, haben zwar deutliche Verbesserungen gebracht. Insbesondere die Basisgesundheitsversorgung durch die «Misión Barrio Adentro» und die verschiedenen Bildungsmissionen haben Millionen von Menschen Zugang zu bislang verwehrt Dienstleistungen eröffnet. Allerdings wird nach zehn Jahren die Problematik der Parallelstrukturen in einem ansonsten kaum angetasteten System sichtbar. Tatsächlich wurde das reguläre Gesundheitssystem nicht reformiert, was bedeutet, dass jenseits der Basisversorgung auf Ebene der Krankenhäuser und spezifischer Gesundheitsdienste die alten Verhältnisse weiter bestehen: Zugang und Qualität nur für jene, die es sich leisten können. In der Bildung hat die hitzige Diskussion um eine Schulreform im vergangenen Jahr gezeigt, wie groß der Widerstand ist, wenn es darum geht, ein System zu verändern, das wesentlich zum Machterhalt der Eliten beiträgt. In diesem Sinne leistete die Propaganda der Opposition, der Staat wolle die christlichen Grundwerte im Unterricht durch sozialistische Indoktrination ersetzen, einen nicht unwesentlichen Beitrag zum Ausgang des Referendums.

Eine der interessantesten Kon-



Bild: flickr/Carlos-Adampol

zepte des bolivarianischen Prozesses bezieht sich auf die Transformation der Machtstrukturen. Die «consejos comunales», die Planungsräte der Gemeinden, sollen eine Alternative zu den korrupten und dem alten System verschriebenen Verwaltungsstrukturen aufbauen und diese sukzessive ersetzen. Dieses Konzept löste vor rund eineinhalb Jahren eine vielversprechende politische Dynamik unter den Massen aus. Heute zeigt sich auch hier, dass der Versuch zwar nicht gescheitert ist, doch die Dynamik an den Grenzen des alten Staats- und Verwaltungsapparates zerschellt und einem schwerfällig werdenden, zunehmend von oben verordneten Mechanismus Platz macht.

Letztendlich erweist es sich in Venezuela als unmöglich, einen an sozialistischen Zielen orientierten Veränderungsprozesses unter Bedingungen eines intakten bürokratisch-kapitalistischen Staatsapparates zu unternehmen. Hinter dieser marxistischen Binsenweisheit verbirgt sich allerdings die äußerst komplexe Frage revolutionärer Praxis unter ungünstigen Kräfteverhältnissen. Tatsächlich hat es in Venezuela seit und auch schon vor der Machtübernahme Chávez' nie die Möglichkeit eines revolutionären Umsturzes gegeben, d. h. die Möglichkeit, den kapitalistischen Staatsapparat zu zerschlagen und ihn durch einen revolutionären zu ersetzen.

Klassenkampf in der Partei anstatt durch die Partei

Präsident Chávez stellte Anfang 2007 das Konzept der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) der Öffentlichkeit vor. Im Grunde ging es darum, einerseits ein Instrument zu schaffen, das die unstrukturierte Massenbewegung politisch organi-

sieren und organisch in den Prozess integrieren könnte. Andererseits war die PSUV als Mechanismus gedacht, um der Bürokratisierung im Staatsapparat Herr zu werden. Eine erste Bilanz fällt ambivalent aus. Zwar ist es durch das engmaschige Organisationsnetz der PSUV durchaus gelungen, eine große Zahl an unorganisierten Personen in den Barrios zu politisieren und ihren Aktivismus in einem zentralen Instrument zu strukturieren. Insbesondere für die Frauen der Unterschichten hat sich dadurch eine Möglichkeit zur politischen Aktivität und in der Folge zur Veränderung ihrer Lebenssituation eröffnet. Es ist allerdings nicht gelungen, mittels der PSUV der Bürokratie Herr zu werden, bzw. diese auch nur zurückzudrängen. Ganz im Gegenteil, die neue Bürokratenschicht hat sich gerade in der neuen Partei niedergelassen. So kommt es, dass zahlreiche Kandidat/innen für die bevorstehenden Regionalwahlen nicht aus dem Kreise der Basismitglieder und Aktivist/innen kommen, sondern allseits bekannte und ungeliebte „Bolibourgeois“ sind. Die Antwort der Massen darauf wird sich möglicherweise in einer hohen Wahlenthaltung ausdrücken.

In jedem Fall ist die PSUV nicht das erhoffte Instrument für den Klassenkampf, sondern vielmehr ein zentraler Ort, an dem sich der Klassenkampf abspielt.

Starker Mann und schwache Linke

Venezuelas Besonderheit drückt sich in einem gesellschaftlichen Transformationsprozess aus, der sich von einem simplen Umverteilungsversuch hin zum Anspruch (nicht der Tatsache), eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, weiterentwickelt

hat. Dies ist in erster Linie der politischen Entwicklung einer einzigen Person, nämlich des Präsidenten Hugo Chávez geschuldet. Das Paradoxon dieses Prozesses liegt gerade darin, dass er sich nur unter den Bedingungen von Chávez' Präsidentschaft nach links entwickeln konnte und dass andererseits die Abhängigkeit von der Führung durch einen einzigen starken Mann eine zentrale strategische Schwäche darstellt.

Dieses Paradoxon hat allerdings nicht so sehr etwas mit dem im politisch korrekten Europa so verpönten lateinamerikanischen Caudillismo zu tun. Vielmehr sind seine Wurzeln in der politischen Geschichte Venezuelas zu finden, die im lateinamerikanischen Vergleich von einer schwachen Linken und nur lose organisierten Massenbewegung gekennzeichnet ist. Tatsächlich sind die Träger oder Subjekte dieses Prozesses auch nicht die linken Organisationen bzw. die von ihnen angeführten Massen, sondern einerseits Chávez und andererseits die unorganisierten Massen, das sprichwörtliche «pueblo», das sich v. a. aus der breiten Schicht der urbanen Barrio-Bevölkerung zusammensetzt.

Dieses «pueblo» hat zwar bei zentralen Konfliktpunkten seine Kampfkraft unter Beweis gestellt, nämlich als es 2002 den Putsch durch die Opposition abwehrte und den entführten Chávez nach Caracas zurückholte und als es 2002/2003 die monatelange andauernde Erdölblockade erfolgreich aussaß. Doch gingen aus diesen Momenten höchster politischer Anspannung keine weiterentwickelten Formen politischer Organisation hervor, die sich durch größere Stabilität, Konstanz und politische Strategiefähigkeit auszeichnen würden. Die Linke ist zwar durchaus Teil dieser Massenbewegung und steht nicht etwa abseits von ihr. Doch ist es ihr nicht einmal in Ansätzen gelungen, eine kritische Masse an politisch gefestigten Kadern hervorzubringen, die eine kollektive Führung bilden könnten.

So stellen sich in Venezuela nach zehn Jahren des bolivarianischen Prozesses zwei zentrale Fragen, nämlich die der revolutionären Partei und im Zusammenhang damit, wie eine seit Jahrzehnten verankerte Kultur des

passiven, abwartenden Konsumismus im revolutionären Sinn überwunden werden kann.

Revolution der Titten?

Was auf den ersten Blick als nebensächlich erscheinen mag, stellt sich bei genauerem Hinsehen tatsächlich als ein Grundproblem für einen revolutionären Prozess in Venezuela heraus. Am anschaulichsten kann die Kulturfrage an der Absurdität der so genannten „Tittenrevolution“ dargestellt werden. Auffällig hoch ist im Straßenbild die Anzahl an Frauen jeden Alters, die sich einer Brustvergrößerung unterzogen haben. Die Statistiken bestätigen dies. Dieses Phänomen ist nun allerdings kein Relikt der kolonial entfremdeten Kultur aus der Zeit vor dem bolivarianischen Prozess. Vielmehr hat erst die durch die finanzielle Umverteilung gestiegene Massenkaukraft dieses Phänomen hervorgerufen. Nicht nur vom Blickwinkel eines eurozentristischen Revolutionspuritanismus erklärt sich daher, dass diese bis in die Poren von Konsumorientie-

rung und warenförmigen Beziehungsmustern durchdrungene Kultur eine Hürde für die revolutionäre Weiterentwicklung darstellt. Daraus ergibt sich auch der Stellenwert, den praktisch alle Instanzen des Prozesses von der Regierung bis hin zu den kleinsten linken Organisationen, der Massenbildung im Sinne von Politisierung zuschreiben.

Gold, auch wenn es nicht glänzt

So ernüchternd die Bilanz des venezolanischen bolivarianischen Prozesses nach zehn Jahren ausfallen mag, so ist es dennoch notwendig, sich seine immense Bedeutung im Sinne der Verschiebung der lateinamerikanischen und internationalen Kräfteverhältnisse und im Sinne einer politischen Rehabilitierung sozialistischer Konzeptionen zu vergegenwärtigen. Tatsächlich hat das bolivarianische Venezuela in Lateinamerika eine linke Dynamik ausgelöst, die natürlich an Schwierigkeiten und Grenzen stößt, wie etwa die zentrifugalen Tendenzen in Bolivien zeigen. Dennoch hat es

die Dekade der neoliberalen Reaktion und tiefen Agonie der lateinamerikanischen revolutionären und Volksbewegungen beendet.

Auf politischer Ebene bleibt darauf zu verweisen, dass es wenig hilfreich ist, vom hohen Ross des marxistischen Puritanismus die Nase über den venezolanischen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu rümpfen, der zweifellos keiner ist. Vielmehr gilt es, diesen Prozess zu analysieren und bis ins Detail zu verstehen. Dann wird klar, dass sich die mitunter verzweifelten Versuche, unter den Bedingungen klarer kapitalistisch-imperialistischer Überlegenheit eine egalitäre Gesellschaftstransformation zu unternehmen, als höchst wertvolles Laboratorium der dringend notwendigen Reflexion darüber erweisen, wie heute ein revolutionärer Prozess in den Untiefen gesellschaftlicher Praxis aussehen kann.

Margarethe Berger

Linke Literatur im Netz: www.che-chandler.com



Brauns/Tsalos (Hg.): Naher und mittlerer Osten. Krieg, Besatzung, Widerstand

Zum ersten Mal schreiben deutschsprachige Journalisten und Analysten & Vertreter palästinensischer, libanesischer, irakischer und afghanischer Volksbewegungen in einem Buch über eine Region, die einer permanenten imperialistischen Aggression ausgesetzt ist.

Pahl-Rugenstein, 208 S., brosch.
ISBN 978-3-89144-385-9 16,90 (D)



Sebastian Baryli: Zwischen Stalin und Kafka. Ernst Fischer zwischen 1945 und 1972

Vor dem Hintergrund des persönlichen Werdegangs Ernst Fischers spiegeln sich entscheidende Abschnitte der österreichischen Zeitgeschichte wider. Gleichzeitig wird ein Panorama der Ideengeschichte der kommunistischen Bewegung entworfen.

Pahl-Rugenstein, 256 S., brosch.
ISBN 978-3-89144-400-9 22,90 (D)



BREITENGRADE.
Schriftenreihe Internationalismus

Karin Leukefeld: Türkei

Start einer Reihe, die in einem Streifzug durch die Geschichte historische wie aktuelle Bruchlinien jeweiliger Länder und Regionen benennt und Basiswissen vermittelt, das nationale und internationale Konflikte besser einzuschätzen hilft. Weitere Bände in Vorbereitung.

Pahl-Rugenstein, ca. 120 S., brosch.,
9,90 (D), erscheint Oktober 2008

BASKISCHE BIBLIOTHEK

Literatur aus einem Land, das es nicht gibt.

- Anjel Lertxundi – Domingos letzte Wette
Die dunkle Seite der Idylle. Ein baskischer Klassiker vom Lande.
- Aingeru Epaltza – Rock'n'Roll
Die chaotische Suche nach einer Leiche. Ein rasant-satirischer Krimi.

Bereits erschienen

Arantxa Urretabizkaia – Das rote Heft / Edorta Jimenez – Der Lärm der Grillen

www.zubiak.de



Der umfassendste Überblick über linke Literatur im deutschsprachigen Raum. Neue und antiquarische Titel.
Che & Chandler | Breite Str. 47 | D-53111 Bonn | Tel: 0228 / 63 23 66 | Fax: 0228 / 63 49 68 | info@che-chandler.com

Kolonialstrafrecht des 21. Jahrhunderts

Die „Internationale Strafgerichtsbarkeit“

Im ersten Teil wurde als fortschrittliches Element des bestehenden Völkerrechts hervorgehoben, dass sein Geist dem Recht des Stärkeren entgegengesetzt ist, indem es konsequent auf dem Prinzip der Staatssouveränität aufgebaut ist. Es wurde dargestellt, wie der Bruch dieses Rechtssystems durch die imperialistischen Mächte sich propagandistisch hinter hohen Idealen versteckt, bis hin zur Verbrämung eines Angriffskriegs als „humanitärer Intervention“. Im zweiten Teil beschäftigt sich der Autor mit den imperialistischen Aspekten des „Völkerrechts“.

1. Nürnberg und die *ad-hoc*-Tribunale für Jugoslawien, Ruanda und Sierra Leone

Schuld an den „Menschenrechtsverletzungen“ im Krieg ist letztlich und in der Hauptsache der, der schuld am Krieg ist. Das war die Rechtsauffassung, die am Nürnberger Internationalen Militärtribunal (IMT) herrschte. Deshalb setzte die Londoner Charta des Tribunals das Verbrechen gegen den Frieden an oberste Stelle, deshalb erklärten die Richter im Urteil gegen die Hauptkriegsverbrecher:

„Die in der Anklageschrift enthaltenen Beschuldigungen, dass die Angeklagten Angriffskriege geplant und durchgeführt haben, sind äußerst schwerwiegende Beschuldigungen. Der Krieg ist seinem Wesen nach ein Übel. Seine Folgen beschränken sich nicht nur auf die kriegführenden Staaten, sondern betreffen die ganze Welt.

Einen Angriffskrieg zu eröffnen ist daher nicht nur ein Verbrechen zwischen Völkern; es ist das oberste Verbrechen zwischen Völkern, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur darin unterscheidet, dass es das aufgehäuften Übel im Ganzen in sich schließt.“¹

Wegen dieser Weisheit verdient das IMT für alle Zeiten Anerkennung. Die Londoner Charta erklärt auch, warum es sich in Nürnberg nicht um „Siegerjustiz“ handelte: Es ging gar nicht um eine Aufrechnung, wer wann wo welche Konvention verletzt hat, (wobei die Nazis auch hier alles in den Schatten gestellt hätten,) sondern

es ging um die grundsätzliche Frage, wer denn dieses Unheil für die ganze Menschheit, den blutigsten Krieg in der Geschichte, über die Welt gebracht hat. „Kriegsverbrechen“ aufzuzählen, ohne sie in den allgemeinen Zusammenhang zu stellen, welche Seite einen gerechten, welche einen ungerechten Krieg führt, wäre völlig sinnlos gewesen. Und welche Verhöhnung der Völker, die gegen den Faschismus gekämpft hatten, hätte es dargestellt, ihre Angehörigen wegen Verstößen gegen das Kriegsrecht zu belangen, wo doch in jedem Krieg die Aggressoren die Spielregeln vorgeben!²

Das Recht der Siegermächte, die Rechtsprechung über Deutsche innerhalb der ehemaligen deutschen Grenzen auszuüben, gründete sich übrigens auf die Tatsache, dass Deutschland bedingungslos kapituliert hatte, der deutsche Staat vollständig zerschlagen war, wodurch allein der Krieg hatte beendet werden können. Die Sieger-

² Das soll nicht bedeuten, dass automatisch jedwede Kriegshandlung auf alliierter Seite, z. B. die amerikanischen Atombombeneinsätze in Japan, gerechtfertigt wäre, weil sie formal Bestandteil des Kriegs gegen die Achsenmächte war. Zu fordern ist die umfassende Betrachtung und Analyse jedes fraglichen Kriegereignisses. Dem entsprach der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Ganz anders verhielt sich das Internationale Militärtribunal für den Fernen Osten, das per Befehl des US-Generals Douglas MacArthur eingesetzt worden war, bei der Verurteilung der japanischen Hauptverantwortlichen. Hier sehen wir schon viele Züge der internationalen Siegerjustiz, die uns fünfzig Jahre später bei den *ad-hoc*-Tribunalen unter UNO-Flagge in ihrer ganzen Monstrosität begegnen wird.

¹ Eigene Übersetzung.

mächte hatten nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, auf deutschem Boden eine Militärverwaltung einschließlich einer Militärgerichtsbarkeit aufrechtzuerhalten.

Man kann nicht gerade behaupten, dass eine solche historische Ausnahmesituation bestanden hätte, als der UNO-Sicherheitsrat 1993 per Resolution 827 einen „Internationalen Strafgerichtshof zur Verfolgung von Personen, die für schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts verantwortlich sind, die auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien seit 1991 begangen worden sind“, (engl. Kurzform: *International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia*, ICTY) errichtete. Im Gegenteil: Alle Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien waren UNO-Mitglieder und damit als vollberechtigte Inhaber der Staatssouveränität anerkannt.

Das ICTY wird seitdem als ein „Unterorgan“ des Sicherheitsrats behandelt. Die Tatsache, dass das höchste Exekutivorgan der UNO ein judikatives Organ unter seiner Kontrolle einrichtet, sollte schon genügen, um die rechtliche Untragbarkeit dieser Entscheidung klarzumachen. Als Sahnehäubchen kommt noch oben drauf, dass dieses judikative Organ gemäß seinem Statut „Rechtsprechung über natürliche Personen“ besitzen und das Prinzip der „individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit“ anerkennen soll – im Gegensatz zum höchsten judikativen Organ der UNO, dem ICJ, vor dem, wie bereits im ersten Teil erwähnt, nur Staaten als Rechtssubjekte gelten! Es ist also, noch einmal zur Verdeutlichung, so, als würde die Regierung eines Landes ein ihr direkt unterstelltes „Gericht“ gründen, an dem völlig andere Rechtsgrundsätze gelten als an den regulären Gerichtshöfen dieses Landes – genau so verhielt es sich allerdings mit dem „Volksgerichtshof“ der Nazis.

In der Absicht, die Gründung des ICTY durch den Sicherheitsrat zu rechtfertigen, ist oft gesagt und geschrieben worden, dass der Sicher-

Bild: flickr/Takomabibelot



heitsrat „gemäß Kapitel VII der UN-Charta“ gehandelt habe. Das ist eine sehr vage Erklärung, denn im Kapitel VII der Charta steht, welche Befugnisse der Sicherheitsrat im Falle einer „Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit“ hat. Hier heißt es, dass der Sicherheitsrat zuerst die beteiligten Parteien dazu aufrufen soll, sich an die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen zu halten, wobei diese Maßnahmen keine Partei in ihren Rechten verletzen dürfen; dass er im nächsten Schritt Sanktionen verhängen kann: „Sie können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschließen“; als letzte Maßnahme erlaubt Artikel 42 dem Sicherheitsrat, „mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durch[zuführen]. Sie können Demonstrationen, Blockaden und sonstige Einsätze der Luft-

See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschließen.“

Weit und breit steht hier nichts von einer Befugnis zur Einrichtung eines Strafgerichtshofs – und anders kann es auch gar nicht sein, denn das würde die Grundsätze und den Aufbau der UNO verletzen, die Charta widerspräche sich mithin selbst. Die Tatsache, dass das Statut des ICTY Zuständigkeit nicht nur für jugoslawische Staatsbürger, sondern für Bürger aller Staaten der Welt beansprucht und die SR-Resolution 827 alle UNO-Mitglieder zur Zusammenarbeit auffordert, bedeutet, dass alle Staaten der Welt ihrer Justizhoheit beraubt wurden, was dem oben zitierten siebten Grundsatz der UNO offen widerspricht!³

Was aber ist von der inzwischen zu einem Allgemeinplatz gewordenen Behauptung zu halten, die Errichtung des ICTY stehe „in der Tradition von Nürnberg“?

Bekanntlich hatte Jugoslawien kei-

³ In Deutschland wurde im Jahr 2000 durch den Bundestag kurzerhand das im Grundgesetz festgeschriebene Auslieferungsverbot eingeschränkt, um diesen Skandal nicht so skandalös aussehen zu lassen.

nen Raubkrieg gegen seine Nachbarländer und die ganze Welt vom Zaun gebrochen. Der Krieg, der sehr irreführend als „jugoslawischer Bürgerkrieg“ bezeichnet wird, war im Gegenteil ein Angriffskrieg der NATO gegen diesen Staat. Es wurde die *divide-et-impera*-Balkanpolitik Hitlers und Mussolinis wiederbelebt, die darin bestand, den Nichtserben, vornehmlich Kroaten und Albanern, Honig ums Maul zu schmieren und sie als Verbündete gegen die serbischen „Untermenschen“ zu gewinnen. Im Zweiten Weltkrieg hatte es einen „Unabhängigen Staat Kroatien“ gegeben, regiert von der Ustaša, die Hunderttausende Serben, Juden und Roma ermordete. Es hatte kroatische, bosnisch-muslimische und kosovo-albanische SS-Divisionen gegeben.

1991 erklärten die Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina mit starker westlicher Unterstützung einseitig ihre Unabhängigkeit von Jugoslawien. Die Sezession Mazedoniens verlief völlig reibungslos; auch Slowenien wurde fast ungehindert ziehen gelassen, obwohl slowenische Separatisten Grenzsoldaten der Jugoslawischen Volksarmee ermordet hatten. In Kroa-

Bild: flickr/pingnews



tien und Bosnien-Herzegowina gab es allerdings große zusammenhängende serbische Siedlungsgebiete, und die dort lebenden Serben hatten den berechtigten Wunsch, weiterhin zu Jugoslawien zu gehören. Als ihnen dies gewaltsam verwehrt wurde, griffen sie, unterstützt von Serbien, zu den Waffen, um ihr Recht zu verteidigen. Die NATO-Länder, die eben noch die Unabhängigkeit Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas ohne Wenn und Aber anerkannt hatten, verurteilten daraufhin die Serben als Monster, die ein „Großserbien“ schaffen wollten, und griffen auf Seite der Separatisten in den Krieg ein.

Hätte das ICTY tatsächlich „in der Tradition von Nürnberg“ gestanden, dann hätte sein Statut das Verbrechen gegen den Frieden ebenfalls an erste Stelle gesetzt. Aber von einem Verbrechen gegen den Frieden oder einem vergleichbaren Verbrechen ist im Statut des ICTY nicht die Rede.

Die Rechtsauffassung des ICTY enthält genau, was das IMT ausschließen sollte: Eine willkürliche Verfolgung einzelner – angeblicher! – Kriegsverbrechen, die von der grundlegenden Situation, der Frage, wer der Aggressor ist und wer sein Selbstverteidigungsrecht ausübt, absieht.

Nein, das ICTY hatte von Anfang an nicht das geringste mit Nürnberg zu tun, sondern es stellt gerade das Gegenteil dar: Hier wird nicht über die Aggressoren zu Gericht gessen,

sondern die Aggressoren selbst verurteilen ihre Opfer als „Kriegsverbrecher“!

Das vom Sicherheitsrat beschlossene Statut des ICTY wurde übrigens vom damaligen UNO-Generalsekretär Boutros Boutros Ghali verfaßt. Was den grundlegenden Aufbau und die Rechtsgrundsätze des ICTY betrifft, folgt dieses Statut dem „Entwurf eines Statuts“, den die damalige US-Botschafterin bei der UNO und spätere Außenministerin Madeleine Albright an den UNO-Generalsekretär geschickt hatte.

Auch durfte im Statut des ICTY der Straftatbestand des Völkermordes nicht fehlen. Denn dass die Verleumdung Jugoslawiens als eines „Völkergefängnisses“ bald den gegen die Serben gerichteten Vorwurf des „Völkermordes“ nach sich ziehen würde, war bereits kalkuliert. Hier konnte man es sich schon wiederholt zunutze machen, dass die Definition des Völkermordes in der internationalen „Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ von 1948 geradezu zum Missbrauch auffordert. Es wird nämlich eine Tat (wie Tötung, Deportation, Sterilisation und andere), selbst im Falle, dass sie nur an einer einzigen Person verübt wird, als Völkermord bezeichnet, sobald sie „in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Hier soll also das

Tatmotiv das entscheidende Kriterium für den Straftatbestand des Völkermordes bilden – nicht die physisch begangene Tat. Abgesehen von der Einzigartigkeit einer solchen Straftatsdefinition zeigt sich doch bei geringer Überlegung, dass diese Definition das Gegenteil von dem enthält, was der gesunde Menschenverstand unter Völkermord verstehen sollte, nämlich dass es dabei auf die Radikalität und Systematik der Tat ankommt und nicht auf das subjektive Tatelement.

Überragende Bedeutung bei der Fabrikation von Urteilen kommt der Zurechnungstheorie des „gemeinschaftlichen kriminellen Unternehmens“ (*Joint Criminal Enterprise, JCE*) zu, die zwar nicht im Statut des ICTY vertreten, aber von Anklägern und Richtern wie selbstverständlich angewandt wird. Teilnehmer am JCE sind Personen, die ein gemeinsames kriminelles Ziel verfolgen. (Zum Beispiel: Ethnische Säuberung zwecks Errichtung eines „Großserbien“.). Damit sind sie für alle Taten verantwortlich, die zur Erreichung dieses Ziels begangen werden.

Die Rolle des ICTY bestand von Anfang an nicht nur darin, der Goebbelschen Kriegspropaganda der NATO ein richterliches Siegel zu verpassen, sondern auch in der moralischen Unterstützung laufender politischer und militärischer Kampagnen.

Der spektakulärste ICTY-Prozess fand bekanntlich gegen den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević statt. Milošević war im Oktober 2000 nach dem Bombenkrieg, unter dem Druck von Sanktionen und erneuter direkter militärischer Bedrohung durch die NATO von der desillusionierten jugoslawischen Bevölkerung abgewählt worden. Am 28. Juni 2001, dem höchsten serbischen Feiertag, an dem der Schlacht auf dem Amsfeld gedacht wird, wurde Milošević nach Den Haag verschleppt – die nationale Demütigung hätte nicht vollkommener sein können. Der Prozeß zog sich über vier Jahre hin, und der sich selbst verteidigende und aller Mittel beraubte „Angeklagte“ brachte den hochorganisierten NATO-Propagandisten eine Niederlage nach der anderen bei – während der Beweisaufnahme der Anklage durch vernichtende Kreuzverhöre, dann durch die von ihm selbst geladenen Zeugen. Nach Ablauf der Anklagezeit mussten die Richter bereits die propagandistisch so wichtige Völkermordanklage aus der Anklageschrift streichen, später musste die Anklage den Vorwurf zurückziehen, Milošević habe die Errichtung eines „Großserbien“ angestrebt, was doch seit Jahren der Dreh- und Angelpunkt aller Anschuldigungen gegen ihn gewesen war. Bevor Milošević seine wichtigsten Zeugen laden konnte, starb er unter ungeklärten Umständen.

2. Der Internationale Strafgerichtshof (ICC)

1998 wurde in Rom das Statut über die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (International Criminal Court, ICC) unterzeichnet, das 2002 in Kraft trat. Der ICC hat seine Arbeit in Den Haag aufgenommen. Inzwischen haben 105 Länder diesen internationalen Vertrag ratifiziert. Diese Art des Zustandekommens gibt dem ICC den Anschein einer höheren Legitimität als ICTY und ICTR (ähnliche Tribunale, mit Zuständigkeit für Ruanda) sie besitzen.

Natürlich kann das nichts daran ändern, dass der ICC, indem er ein internationales Organ darstellt, an das die Mitgliedsstaaten (wie „frei-

willig“ auch immer) teilweise ihre Justizhoheit auf ihrem Territorium abgeben, sich damit im Gegensatz zum 7. Grundsatz der UNO befindet, und, indem er so das Prinzip der Staatssouveränität untergräbt, mindestens eine Hintertür für die Wiederherstellung des imperialistischen Rechts des Stärkeren bildet.

Sehen wir uns diese Hintertür genauer an.

Das Statut führt wie das ICTY und das ICTR in der Liste der zu ahnenden Verbrechen an erster Stelle Völkermord auf – nach der zum Missbrauch einladenden Definition von 1948. Dann folgen die drei Verbrechen, die den Verbrechen der Londoner IMT-Charter entsprechen – allerdings in genau umgekehrter Reihenfolge: Verbrechen gegen die Humanität, Kriegsverbrechen und das Aggressionsverbrechen.

Das Aggressionsverbrechen entspricht, wenn auch unvollständig, dem Verbrechen gegen den Frieden, das in Nürnberg nicht nur an oberster Stelle stand, sondern auch von den Richtern als „das oberste Verbrechen zwischen Völkern“ aufgefasst wurde. Es bildet in Den Haag das Schlusslicht. Aber damit nicht genug. Die Rechtsprechung über das Aggressionsverbrechen bleibt am ICC so lange ausgesetzt, bis sich die Mitgliedsstaaten auf eine Definition dieses Verbrechens geeinigt haben – das haben sie nämlich noch nicht getan. Und dieser Umstand ist wiederum höchst bemerkenswert, da es doch, im Ersten Teil bereits zitiert, seit 1974 eine von der UNO-Generalversammlung beschlossene Definition des Aggressionsverbrechens gibt, die in ihrer Einfachheit und Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt. Es wurde eine Arbeitsgruppe damit betraut, eine Definition des Aggressionsverbrechens zur Aufnahme ins Statut auszuarbeiten, der die Mitgliedsstaaten zustimmen können. Sollte diese Arbeitsgruppe tatsächlich irgendwann einmal zu einem Ergebnis kommen, dann würde es zwei unterschiedliche internationale Definitionen einer und derselben Sache geben. Schon an diesem Fall wird überdeutlich, dass der ICC keineswegs nur eine harmlose „Ergänzung“ des bestehenden Völkerrechts

darstellt, sondern es dreist ignoriert.

Als oberstes Kontrollorgan des ICC fungiert die Versammlung der Staaten, die das Statut von Rom unterzeichnet haben (*Assembly of States Parties, ASP*). In der ASP sitzen also Länder wie Burundi, Liberia, Niger oder Malawi, deren jedes bis heute weniger als 300 Euro zum Budget des ICC beitragen konnte, mit Deutschland, das bis Ende 2006 41 Millionen Euro beisteuerte, oder England und Frankreich, die beide jeweils 28 Millionen Euro gezahlt haben. Die 25 westlichen Mitgliedsländer kamen insgesamt für 88% aller bisher gezahlten Beiträge auf, die 29 afrikanischen Mitgliedsländer für weniger als 1%. Ländern, die mit ihren Zahlungen im Rückstand sind, wird automatisch das Stimmrecht entzogen. Die Vertreter der ärmsten Länder können übrigens nur dank freiwilliger Spenden überhaupt zu den ASP-Sitzungen in Den Haag und New York anreisen. Von den ohnehin bestehenden politischen Abhängigkeitsverhältnissen ganz zu schweigen. Man kann sich die von vielen Gelehrten gerühmte „demokratische Struktur“ des ICC also leicht vorstellen: Differenzen werden innerhalb einer kleinen Clique mächtiger Staaten ausgetragen, die übrigen dienen ihren Herren nur als Stimmvieh.

Diese ASP entscheidet über die Einsetzung und Abberufung von Richtern und Anklägern, Definition einzelner Verbrechen, Aufstellung und Änderung der Prozeßordnung, Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit. Das heißt: Die ASP kann alle Aktivitäten des ICC so steuern, daß Richtern und Anklägern nur noch eine ausführende Rolle zukommt.

Das vom Statut vorgesehene Prozessrecht des ICC öffnet der politischen Manipulation Tür und Tor:

Als wichtigste „Innovation“ muss die Abschaffung der Anklageschrift betrachtet werden. Prozesse am ICC werden auf Grundlage von „Vorwürfen“ geführt, die sich im Wesentlichen auf den Haftbefehl stützen, aber offenbar jederzeit nach Belieben ergänzt, fallengelassen oder verändert werden können.¹ Hatte Milošević im dritten Jahr seines Prozesses am ICTY

1 S. Art. 61 des Statuts

es noch als Farce gebrandmarkt, daß die Ankläger selbst nicht mehr wissen, was sie ihm eigentlich vorwerfen, soll dies am ICC wohl der Normalzustand sein.

Es wird auch die Möglichkeit geboten, dass die Richter selber vorläufige Änderungen der Prozessordnung beschließen. Judikative und Legislative haben wieder zueinander gefunden.

Das im Statut verbriefte Recht eines Angeklagten, sich durch einen Verteidiger „seiner Wahl“ vertreten zu lassen, wird durch die Prozessordnung konterkariert, die nur die Wahl aus einer vom Obersten Rechtspfleger des ICC genehmigten Liste von Anwälten zulässt.

Man darf sich also von vornherein keine Illusionen über den ICC machen. Ein abhängiges Land, das ihm beitrifft, unterschreibt, dass im Falle eines bewaffneten Konflikts die Rechtsprechung über die beteiligten politischen und militärischen Führer an einen von imperialistischen Mächten beherrschten Gerichtshof übergeht, der mit allen in Jugoslawien, Ruanda und Sierra Leone erprobten Wassern gewaschen ist, und an dem kein einziger fairer Prozess geführt werden wird, sowie die Verpflichtung zur Auslieferung jeglicher auf seinem Territorium befindlicher Personen, gegen die der ICC Haftbefehl erlassen hat – es unterschreibt also nichts anderes als die Aufgabe seiner nationalen Souveränität.

Drei ICC-Mitgliedsländer – die „Demokratische Republik“ Kongo, die Zentralafrikanische Republik und Uganda, alle derzeit von treuen Verbündeten des Westens regiert – haben den Ankläger selber ersucht, gegen Führer von in ihrem Land operierenden Rebellen Gruppen zu ermitteln. Im Fall der DR Kongo begann bereits der erste Prozess am ICC gegen Thomas Lubanga Dyilo, und im Fall Ugandas sind Haftbefehle erlassen worden. Im Fall der Zentralafrikanischen Republik wurde kürzlich der kongolesische Oppositionsführer Jean Pierre Bemba in Brüssel verhaftet und an den ICC überstellt. Fünf Wochen später wurde die Freilassung des Thomas Lubanga Dyilo angeordnet, angeblich, weil die Anklagebehörde die Prozessordnung verletzt hätte.

Man darf wohl eher vermuten, dass so verhindert werden sollte, dass der eine dem anderen als wichtiger Zeuge dient.

Vom UNO-Sicherheitsrat wurde der Ankläger ersucht, Ermittlungen bezüglich der Ereignisse in Darfur im Sudan einzuleiten. Der Rat forderte den Sudan, der kein ICC-Mitglied ist, auf, mit dem ICC zusammenzuarbeiten, was natürlich die Ausführung von Haftbefehlen einschließt. Damit ist das einzige Argument für die Legitimität des ICC – freiwillige Anerkennung durch die Mitgliedsstaaten – auch schon wieder hinfällig. Tatsächlich erließ der ICC 2007 einen Haftbefehl gegen zwei sudanesischen Staatsbürger, darunter den Innenminister. Am 14. Juli 2008, drei Tage vor dem zehnjährigen Gründungsjubiläum des ICC, beantragte der Chefankläger Luis Moreno-Ocampo den Haftbefehl „wegen Völkermordes“ gegen den sudanesischen Präsidenten Umar al-Bashir. Die politische Rolle des ICC trat damit so offen zutage, dass selbst UNO-Generalsekretär Ban Ki Mun und der erste Präsident des ICTY, der italienische Rechtsprofessor Antonio Cassese, Moreno-Ocampo scharf kritisierten.

Wie man sieht, führt der ICC derzeit nur auf einem ganz bestimmten Fleckchen der Erde Ermittlungen durch: Im wegen seiner Bodenschätze von den Imperialisten begehrten Kongo und in dreien seiner Nachbarländer.

Sonst gibt es nach Ansicht des Chefanklägers nirgendwo auf der Welt schwere Kriegsverbrechen großen Ausmaßes, oder wenn es sie gibt, dann tun die verantwortlichen Staaten schon alles, um sie zu verfolgen, so dass der ICC nicht tätig werden muss. So hat das Büro des Anklägers nach eigenen Angaben bis zum 1. Februar 2006 1732 Hinweise aus 103 Ländern auf Kriegsverbrechen erhalten. Kein einziger dieser Hinweise führte zu Ermittlungen. Da es sehr viele Hinweise auf Kriegsverbrechen der Koalitionstruppen im Irak gab, hat Moreno-Ocampo dazu im Februar 2006 eine Stellungnahme veröffentlicht, worin es allen Ernstes heißt: „Die derzeit verfügbaren Informationen bieten eine vernünftige Grundlage für die Schät-

zung, daß es vier bis zwölf Opfer vor-sätzlicher Tötung und eine begrenzte Zahl von Opfern unmenschlicher Behandlung gab, alles in allem weniger als 20 Personen.“ Weil aber keine Hinweise auf einen groß angelegten und systematischen Angriff auf die Zivilbevölkerung vorlägen, sei die Zuständigkeit des ICC nicht gegeben.

Der Autor wagt die Prophezeiung, dass wir auch keine Ermittlungen im ICC-Mitgliedsland Georgien wegen des mörderischen Blitzkriegs der georgischen Streitkräfte gegen die südossetische Zivilbevölkerung im August 2008 erleben werden.

Der ICC muss wegen aller dieser Tatsachen als ein oberstes Kolonialstrafgericht charakterisiert werden, wo die herrschenden Mächte anticolonialistische Bestrebungen in den Kolonien ahnden. Alles im Namen der Menschenrechte und unter dem Deckmantel demokratischer Strukturen, damit fortschrittliche Kräfte auf der ganzen Welt, die sich gegen Kolonialismus und Krieg wenden, getäuscht werden und dieses Organ nicht nur nicht bekämpfen sondern sogar gutgläubig unterstützen.

3. Das Verhältnis der USA zum ICC

Zur Sicherstellung dieser gutgläubigen Unterstützung wäre es kontraproduktiv gewesen, wenn die USA als aggressivste imperialistische Macht sich offen am ICC beteiligt hätten. Die angebliche Ablehnung des ICC durch die USA ist in erster Linie ein minutiös inszeniertes Theaterstück, das einzig und allein dem Ziel dient, dem ICC mehr Glaubwürdigkeit bei fortschrittlich denkenden Menschen zu verleihen.

Das Konzept der Internationalen Strafgerichtsbarkeit als Werkzeug zur Aushebelung des Völkerrechts ist maßgeblich in den USA entwickelt worden. Die USA üben die meiste Kontrolle über die Arbeit des ICTY, ICTR und SCSL aus, (wie auch über die Arbeit des „Sondertribunals für den Libanon“ und der „Außerordentlichen Kammern am Gerichtshof von Kambodscha“, von denen hier wegen ihrer Besonderheiten nicht die Rede war).

Am 31. Dezember 2000 unterzeich-

Herbst 2008

neten die USA noch unter der Präsidentschaft Clintons das Statut von Rom. Clinton veröffentlichte am gleichen Tag eine Erklärung, in der es heißt:

„Mit der Unterschrift sind wir in der Lage, die Herausbildung des Gerichtshofs zu beeinflussen, ohne Unterschrift wären wir es nicht. (...) Ich werde meinem Nachfolger nicht empfehlen, den Vertrag dem Senat zur Beratung und Abstimmung vorzulegen, solange unsere grundlegenden Bedenken nicht ausgeräumt sind.“ Diese Bedenken bestünden angeblich darin, dass der ICC amerikanische Soldaten, die sich in Auslandseinsätzen befinden, anklagen könnte. Nachdem die Struktur und Funktion des ICC dargestellt worden ist, muss man fragen, ob Clinton wirklich so blöd gewesen sein kann, zu glauben, dass dieses Organ jemals gegen den Willen der US-Regierung handeln könnte, egal ob die USA das Statut ratifiziert haben oder nicht! Wir können sicher sein, dass weder Clinton noch sein Nachfolger Bush den ICC derart falsch eingeschätzt haben.

Am 6. Mai 2002 zog Präsident Bush öffentlich die amerikanische Unterschrift unter das ICC-Statut zurück. Ein pflichtschuldiger „Aufschrei“ ging durch die Leitartikelspalten der Weltpresse. Niemandem fiel auf, dass Bush nur dem Rat seines Vorgängers gefolgt war.

Am 30. Juli 2003 verabschiedete der US-Kongress das „Gesetz zum Schutz amerikanischer Truppenangehöriger“ (*American Service-Members' Protection Act, ASPA*), in dem beschlossen wird, die militärische Unterstützung für Länder, die dem ICC beigetreten sind, sofern es sich nicht um enge Verbündete handelt, einzufrieren, sowie „Bilaterale Immunitäts-Vereinbarungen“ (*Bilateral Immunity Agreements, BIA*) mit ICC-Mitgliedsländern zu schließen, in denen sich diese Länder allerdings höchst unilateral verpflichten, keine US-Bürger an den ICC auszuliefern. Da das Gesetz den Präsidenten wörtlich ermächtigt, „jedes notwendige Mittel anzuwenden, um



Bild: flickr/Michael Galkovsky

die Freilassung jedweder Person herbeizuführen, (...) die durch den Internationalen Strafgerichtshof, in seinem Namen oder auf sein Verlangen festgehalten oder gefangen gehalten wird“, hat es den Spottnamen „Gesetz zur Invasion in Den Haag“ erhalten. Zur Begründung dieser Maßnahmen wird im Gesetzestext unverhohlen ausgesprochen, dass amerikanische Truppenmitglieder durchaus als Kriegsverbrecher angeklagt werden könnten, sowie allen Ernstes die Befürchtung geäußert, dass der Präsident und andere hohe US-Politiker Ziel der Strafverfolgung durch den ICC werden könnten. Wenn die Kongressabgeordneten, die das Gesetz ausgearbeitet und verabschiedet haben, daran wirklich glaubten, dann würde die Gesetzgebung der USA in der Hand von Hirntoten liegen. Dieses Gesetz ist in Wahrheit nicht gegen den ICC gerichtet, sondern es hilft ihm vielmehr, seine Glaubwürdigkeit zu wahren, indem es ihm ein bequemes Alibi für seine Untätigkeit gegenüber den USA verschafft.

Nur sekundär können als Gründe für die vehemente US-amerikanische Ablehnung des ICC noch angeführt werden:

Erstens, dass die juristischen Strippenzieher der ICTY-, ICTR-, und SCSL-Prozesse aus den USA wie David Scheffer, Michael Scharf und William Schabas besonders im Milošević-Prozeß die Tücken dieser imperialistischen „Internationalen Strafjustiz“ kennen lernten, und eine direkte koloniale Strafjustiz forderten, wie sie mit dem „Irakischen Sondertribunal“ Wirklichkeit wurde.

Zweitens, dass durch die Nichtbeteiligung tatsächlich die direkte Kontrolle über den ICC aus der Hand gegeben und allein der EU überlassen wurde, was gewisse Konkurrenzängste nähren dürfte; insofern stellen die BIA, die schon mit mehr als 100 Ländern abgeschlossen worden sind, vielleicht – abgesehen von ihrer Alibi-Funktion für den ICC – eine Art symbolische Loyalitätsbekundung dar.

Jedenfalls muss dem Glauben an Bushs zur Schau gestellte „Angst“ vor dem ICC als einem geschickten Täuschungsmanöver entgegengetreten werden, das den Blick vom imperialistischen und kolonialistischen Wesen des ICC ablenkt.

Das ICC-Statut ist die Keimzelle einer globalen faschistischen „Rechts“ordnung, die sich hinter dem Rücken des bestehenden Völkerrechts herausbildet. Der ICC muss daher energisch bekämpft werden, genauso wie das Konzept der „Internationalen Strafgerichtsbarkeit“ und die ganze „Menschenrechts“-Ideologie, die kein Menschenrecht auf Brot, Kleidung, Wohnung, Arbeit, Bildung und Kultur gelten lässt, sondern nur als propagandistischer Deckmantel für die räuberischen Mächte dient, die uns von Tag zu Tag dem Dritten Weltkrieg ein Stück näher bringen.

Sebastian Bahlo

Harte Zeiten

Der Einbruch der Weltwirtschaft

Nachdem der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre an der Mehrheit der Bevölkerung vorbeigegangen ist, folgen nun erst Inflation, dann höhere Arbeitslosigkeit. Die Weltwirtschaft befindet sich in einem deutlichen Einbruch.

Vor einem Jahr, kurz nach dem Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 haben wir, damals noch in den *bruchlinien*, erklärt,¹ dass eine Rezession unausweichlich wäre. Zumindest in den USA. Nach einem Jahr hier nun der erneute Versuch den Zustand der Weltwirtschaft aufzurollen:

Nach der kurzen US-Rezession Anfang des Jahrtausends ist die Weltwirtschaft in eine Phase sehr rascher Expansion eingetreten. Gerade die letzten drei Jahre waren von außergewöhnlich hohen Wachstumsraten gekennzeichnet (jeweils über fünf%), Werte, die seit 30 Jahren nicht mehr zu beobachten waren. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn man bedenkt, dass die Schwerpunkte der Expansion, Indien und China, in der Spätphase des Zyklus auch Russland und die Erdöl produzierenden Länder waren, die ein verhältnismäßig geringes Gewicht in der Weltwirtschaft aufweisen, wenn ihre Wirtschaftsleistung in Dollar berechnet wird. (China entspricht dann in etwa Deutschland, Indien und Russland in etwa Kanada). Ein solches Maß täuscht ein wenig: China verbraucht ein Drittel der Weltproduktion an Stahl und 40% des Zements.

Die Expansion hat zu einer nachhaltigen Hausse der Rohstoffpreise geführt, am auffälligsten wohl beim Öl, das sich 2005 von der Marke von 25 Dollar gelöst hat und im Frühjahr 2008 in der Spitze auf 147 Dollar gestiegen ist (getrieben wohl auch von exzessiver Spekulation). Andere Rohstoffe sind gefolgt: Agrarprodukte, Stahl, Industriemetalle, zuletzt auch die Kohle – und haben auch damit verbundene Produkte in die Höhe gerissen, etwa Frachtraten für den Roherttransport, oder die Charraten für Schiffe für die Erdölexploration.

¹ Stefan Hirsch, Das Wachstum der Oligarchen, Zum Zustand der kapitalistischen Weltwirtschaft *bruchlinien* 2007, Nr. 21.

(Die Ölindustrie investiert heute etwa doppelt so viel in das Auffinden neuer Ölfelder wie noch 2003, weil die Kapazität der spezialisierten Schiffe und geologischen Teams aber nicht so schnell erweitert werden kann, wird kaum mehr nach Öl gesucht als vor fünf Jahren. Nur die Preise der entsprechenden Dienstleister haben sich verdoppelt.)

Noch im Frühjahr 2008 kann man bei oberflächlicher Betrachtung der Zahlen glauben, dass die Weltwirtschaft nach einem seit Jahrzehnten beispiellosen Boom eher mit einer Überhitzung zu kämpfen hat, als mit einer Rezession: Chinas Wachstum liegt 2007 über elf%, und Russland revidiert seine Wachstumsprognosen nach oben. Ein scharfer Anstieg der Inflation wird von den Rohstoffpreisen befeuert, Richtung vier% in den Industriestaaten, in den USA ein bisschen mehr, und Richtung 10% in den Schwellenländern. Es fehlen auch nicht die typischen Zeichen der Hybris in der Spätphase einer solchen Überhitzung: Etwa großwahnsinnige Tourismus- und Airlineprojekte in Dubai (die angeblich der Diversifizierung der Wirtschaft dienen und tatsächlich am Tropf der Petrodollars hängen). Oder die Idee, das höchste Gebäude der Welt in Riad zu errichten (wo die wirtschaftliche Rechtfertigung eines Hochhauses einzig im hohen Bodenpreis liegen kann – denn Platz gibt es in der arabischen Wüste eigentlich reichlich). Dazu eine auf den ersten Blick extrem lockere Geldpolitik: Die US-amerikanische Notenbank verschenkt Geld, ihr Leitzinssatz liegt mehr als 2% unter der Inflationsrate, negative Realzinsen gibt es aber auch in Ländern Osteuropas (Tschechien), in Lateinamerika und Asien. In der Eurozone beträgt der Leitzinssatz real etwa einen Viertel%punkt. Noch einmal: oberflächliches Betrachten dieser Zahlen deu-

tet auf eine überhitzte Weltwirtschaft, mit einer Inflationsrate, die möglicherweise gleich außer Kontrolle gerät – weil die Notenbanken nicht gegensteuern.

Tatsächlich ist der Boom allerdings zu Ende: Seine Grundlagen brechen eine nach der anderen zusammen wie Dominosteine. Die Rezession in den USA ist mittlerweile Realität, weitere Länder werden folgen.

Boom and Bust

Wenn man sich ein etwas vereinfachtes Bild der Weltwirtschaft bis in das Frühjahr 2007 ansieht, dann ergibt sich folgender Eindruck: Ein wesentlicher Teil der weltweiten Nachfrage kommt aus einer US-amerikanischen Kreditblase – aus der in der Folge die Luft entweichen wird.

1. Eine Immobilienblase aus hoher Kreditvergabe, steigenden Hauspreisen und in der Folge weiter steigenden Hauspreisen und neuen Krediten treibt den Konsum rasend voran, natürlich auf Kosten der Ärmern, die keine Häuser besitzen. Die Hauspreise in den USA sind seit 1997 etwa um das 2,5-fache gestiegen, in Großbritannien um das dreifache. Seit dem Jahr 2000 sind die Kredite an Private (also die Schulden privater Haushalte) in den USA um 80% gestiegen, in Großbritannien um 125% und in Spanien um mehr als 250%. Bereinigt um steigende Einkommen und Geldentwertung sind die Zahlen zumindest für die USA weniger schockierend, aber es bleibt ein deutlicher Aufbau privater Verschuldung. In den USA (aber auch in Großbritannien oder Spanien) expandiert der private Konsum praktisch hemmungslos und kreditgestützt. Bei einer Sparquote von null bis ein% müssen gigantische Mengen Kapital importiert werden, um Investitionen zu tätigen und Immobilienkredite zu geben. Interessant ist dabei allerdings der Hintergrund der Kreditblase, das billige Geld. Die letzten Jahre waren eine Phase außergewöhnlich niedriger Zinssätze, welche wiederum durch äußerst niedrige Inflationsraten ermöglicht wurden.

Herbst 2008

Und deren Hintergrund ist wiederum eine praktisch global sinkende Lohnquote, der Angriff auf den Lebensstandard breiter Massen. Sinkende Löhne ermöglichen niedrige Preise. Niedrige Preise ermöglichen niedrige Zinsen. Niedrige Zinsen führen zur Kreditexpansion – was freilich dann zum Problem wird, wenn die Überschuldung eintritt.

Der rasch steigende Privatkonsum, gemeinsam mit der Verlagerung industrieller Arbeitsplätze in die Schwellenländer, hat dann für einen gewaltigen Importsog gesorgt. Ein US-Leistungsbilanzdefizit von zuletzt über 700 Milliarden Dollar ist die Folge – doppelt so hoch wie zu Beginn des Booms im Jahr 2003.

2. China (und mit ihm eine Reihe anderer Schwellenländer) kann den amerikanischen Konsum voll nützen, exportiert am Ende etwa zehn% seines BIP direkt in die USA, ein großer Teil des Rests wird von gigantischen Investitionen getragen (welche, ähnlich wie der US-Konsum, auch auf sehr billigem Geld beruhen.) Das Exportwachstum ist die Lokomotive der rasenden chinesischen Konjunktur, die ihrerseits die Rohstoffpreise in die Höhe treibt und damit rohstoffproduzierende Volkswirtschaften mit in die Hochkonjunktur reißt.

3. 2006, relativ spät und auf Grund der restriktiven rot-grünen Finanzpolitik ausschließlich vom Außenhandel getragen, erreicht der Aufschwung dann Deutschland. Deutschland baut die Maschinen, die das Zeug produzieren, das die Amerikaner konsumieren. Sehr vereinfacht. Der japanische Fall ist übrigens ähnlich.

Das konnte so nicht ewig gut gehen und bald ist der Zeitpunkt gekommen, als die ersten Investoren ob der Zahlungsfähigkeit der Schuldner im US-Immobilienmarkt und der Nachhaltigkeit der explosiven Hauspreisentwicklung Sorgen bekamen. Die ersten Mittel fließen ab, und die steigenden Hauspreise, einer der wesentlichen Gründe für die Kreditexpansion in den USA, beginnen schon 2006 zu stagnieren, um dann langsam zu sinken. Im Sommer 2007 lassen Zahlungsausfälle und sinkende Preise dann den Markt für Anleihen aus US-Hypothekarkrediten zusammen-



Bild: flickr/FrançoisRoche

brechen. Dabei sind die tatsächlichen Zahlungsausfälle gar nicht das Hauptproblem (diese summieren sich bis jetzt auf 50 bis 80 Milliarden Dollar), sondern die zusammengebrochenen Sekundärmärkte für Kreditderivate. Die Risikoneigung der Investoren schlägt um, Kredite verknappen sich, Anschlussfinanzierungen für auslaufende kurzfristige Schuldpapiere sind nicht mehr verfügbar.

Im Juli 2008 war Merrill Lynch gezwungen, einem Hedgefonds ein Kreditpaket zu verkaufen, für das man 22 Cent für den Dollar erhalten hat. Das ist die Finanzkrise: Nachdem in eine überhitzte Wirtschaft Billionen Dollar Kredit getrieben wurden (was den überhitzten Privatkonsum erst ermöglicht hat), wird einer sich rapide abkühlenden Wirtschaft genau dann die Kreditlinie entzogen, wenn sie am nötigsten wäre. Eigentlich ein alter Hut: Finanzmärkte verstärken konjunkturelle Trends. Global deregulierte Finanzmärkte offensichtlich noch mehr.

Der US-Konsum sinkt seit Ende 2007, weil keiner mehr Geld borgt und im vierten Quartal 2007 ist die US-Wirtschaft geschrumpft. Im Rest

der Welt hatte die Expansion genug Impuls, um noch eine Zeit lang alleine zu laufen, während haufenweise überschüssige Liquidität (die Kreditmärkte waren ja wegen fallender Preise keine besonders attraktive Investitionsgelegenheit) in die Rohstoffmärkte geflossen ist, um eine letzte, aber um so massivere Rallye einzuleiten. Die US-Wirtschaft konnte sich durch massiv expandierende Exporte (wegen des gefallenen Dollar auf monatlicher Basis etwa 30 Milliarden mehr, bei gleichzeitig schrumpfenden Importen) über Wasser halten. Es war die Rede vom *de-coupling*, vom Abkoppeln der Weltwirtschaft von der US-Konjunktur, vom Ende des Dollars als Weltreservewährung und immerwährender kontinentaleuropäischer Prosperität unter der weisen Führung Angela Merckels. Irgendwann im Juni 2008 hatte die Weltwirtschaft einen Jack Coyote-Moment: Ähnlich dem dümmlichen Wolf, der einer Ente namens „Roadrunner“ über eine Schlucht hinterherläuft, stellt sie fest, dass sie eigentlich keinen Boden unter den Füßen mehr hat – und fällt. Ohne US-Konsum keine Weltkonjunktur: Die chinesischen Exporte sinken be-

reits, die Aufträge der deutschen Kapitalgüterindustrie brechen ein, die Arbeitsmärkte drehen, Rohstoffpreise korrigieren massiv nach unten. Und schließlich wird die US-Exportindustrie feststellen, dass die Handelspartner kaum noch wachsen. Dann fällt die letzte Stütze der US-Wirtschaft und wir haben eine volle Rezession – falls es diese nicht sowieso schon gibt. Die US-Arbeitsmärkte sind bereits in der Rezession, die Hauspreise von ihrem Höchststand real um etwa 20% gefallen, das BIP Ende 2007 schon geschrumpft. Die aktuellen (besseren) Wachstumsraten sollte man erst glauben, wenn sie in einigen Monaten nach unten revidiert werden.

Überschuldung und Deflation?

Wie tief wird der Fall? Das lässt sich natürlich nicht mit Sicherheit beantworten, aber: Eher tief. Ein mögliches Szenario ist eine ganze Reihe von wichtigen Volkswirtschaften (USA, Großbritannien, Spanien, Irland, aber auch eine Reihe osteuropäische Länder) in einer Falle aus Überschuldung und Deflation, ähnlich der japanischen seit dem Anfang der 90er Jahre. Wie ist das zu verstehen? Die gesteigerte Kreditvergabe der letzten Jahre wurde durch steigende Vermögenswerte mehr als aufgewogen. Ein 200 000 Euro Kredit stellt kein so großes Problem dar, wenn das damit gekaufte Haus 300 000 Euro wert ist – im Gegenteil, man kann sogar argumentieren, dass steigende Vermögenspreise mehr Geld und Kredit erforderlich machen, um die Vermögenswerte handelbar zu halten. Der 200 000 Euro Kredit wird aber zu einem Problem, wenn die Vermögenswerte zu sinken beginnen, und gleichzeitig das Einkommen fällt. „Negative Equity“ heißt das dann, die Schulden übersteigen das Vermögen. Ein Teufelskreis kann entstehen: Sinkende Vermögenspreise, Überschuldung, ausfallende Kredite, Banken in Schwierigkeiten und daher weitere Kreditverknappung, Notverkäufe zu einem Zeitpunkt, zu dem niemand kaufen will, und damit weiter sinkende Vermögenspreise. Die Kreditverknappung stürzt dann nicht nur die Finanz-, sondern auch die Realwirtschaft in Zahlungsprobleme, zum fehlenden

Privatkonsum kommen dann noch Unternehmenszusammenbrüche und Investitionszurückhaltung. Die Gesamtnachfrage kontrahiert, die Preise fallen (Deflation). Sollten die Preise beginnen nachzugeben, ist auch die Notenbank nur mehr schwer in der Lage, die Geldpolitik weiter zu lockern (mehr Kredite in die Wirtschaft zu pumpen, um Nachfrage und Vermögenspreise zu stabilisieren), weil sie die Leitzinsen nicht unter die Marke von null Prozent senken kann.

Angesichts derzeit hoher Inflationsraten erscheint die Idee einer Deflation etwas abwegig. Man kann aber durchaus argumentieren, dass für diesen Fall nicht die allgemeine Inflationsrate, sondern eher die Kerninflationsrate (ohne Energie und Lebensmittel) relevant ist. Diese zeigt die Preissetzungsmacht inländischer Anbieter und ist viel niedriger. Ein echter Kollaps der US-Wirtschaft würde übrigens die Rohstoffpreise ebenfalls kollabieren lassen.

Oder doch kein Zusammenbruch?

Wie wahrscheinlich ist dieses Überschuldungs-Deflations-Szenario? Eine Sammlung der Gegenargumente: Erstens: Blicken wir zuerst auf den Ausgangspunkt, auf die Finanzkrise und den Immobiliensektor. Bisher wurden mehr als 500 Milliarden Dollar Verluste der Finanzwirtschaft gemeldet (nicht nur in den USA), der Großteil auf Derivate aus US-Hypothekarkrediten, aber auch auf Unternehmens- und Kreditkartenschulden. Nämliches findet in Großbritannien statt, dessen Fall sehr ähnlich gelagert ist, nur kleiner. Die tatsächlichen Zahlungsausfälle liegen aber bei nur maximal 80 Milliarden. (Zahlungsausfälle bei Unternehmen hat es noch kaum gegeben, weder in den USA, noch in Europa, allerdings werden wohl zumindest ein paar Fluglinien und wenigstens einer der drei US-Autobauer zusammenbrechen.) Die gigantischen Verluste des Finanzsystems entsprechen bisher also erwarteten Zahlungsausfällen (nicht tatsächlichen) und einer allgemeinen Kreditverknappung (der man durch mehr Zentralbankgeld begegnen könnte).

Wichtig ist obendrein, wie weit die

Immobilienpreise noch fallen werden. Ohne Zweifel kann man sagen, dass die japanische Immobilienblase vom Ende der 80er Jahre bis zu ihrem Platzen weit irrationalere Bewertungen erzeugt hatte (mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen konnte man in Tokio gerade vier Quadratmeter Wohnraum kaufen) und von einer Blase am Aktienmarkt begleitet war. Demgegenüber ist die Bewertung amerikanischer Immobilien sehr moderat. (Für Spanien oder Irland lässt sich das nicht sagen, dort wird eine katastrophale Rezession nicht zu vermeiden sein.) Nach einer überschlagsmäßigen Rechnung wäre nach weiteren 15% Preisverfall (20% sind die Preise schon zurückgefallen) ungefähr das Niveau von 1997 – vor dem Boom – erreicht (modifiziert um Wirtschaftswachstum und Geldentwertung). Das entspricht nicht ganz den 16 Jahren fallender Immobilienpreise in Japan. Es kann aber eintreten, dass die Preise nach unten überschießen – wir sind nicht in der Lage, die genauen Auswirkungen auf die entsprechenden Kreditpakete vorherzusehen.

Von großer Wichtigkeit ist aber ein weiterer Unterschied zu Japan: Dem japanischen Bankensystem wurden alle Rettungslinien entzogen – die USA ist jedoch das Zentrum der Welt. Das Bankensystem hat Kapitalerhöhungen von mehr als 400 Milliarden Dollar durchgebracht (europäische Banken sind hier mitgerechnet). Staatsfonds aus Kuwait, Singapur und Dubai, Versicherungen aus China ... sie alle pumpen Geld hinein. Die *Financial Times* hält sie deshalb für etwas naiv, aber es ist wohl gefehlt, dem ultraprofessionellen Staatsfonds aus Singapur derartigen Kretinismus zu unterstellen, nicht zu wissen, dass man hier Geld verlieren wird. Es ist eine politische Entscheidung, die US-Banken zu retten. Ein völliger Zusammenbruch des Finanzsystems muss verhindert werden und es ist keine zu gewagte Annahme, dass China, wenn nötig, auch seine gigantischen Dollarreserven (1,3 Billionen) einsetzen wird. Wenn der Dollar völlig zusammenbricht, wären sie ohnehin wertlos.

Ebenso auffällig ist der feste Wille der Regierungen, keine einzige wesentliche Bank zusammenbrechen zu

lassen. Die britische Northern Rock wurde samt ihrer Schulden verstaatlicht (womit natürlich die Allgemeinheit für die Exzesse der Spekulanten bezahlen muss), die amerikanischen Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac werden wohl ebenfalls verstaatlicht oder mit Hilfe gigantischer staatlicher Garantien gerettet. Man kann davon ausgehen: der aufgeblähte Bankapparat wird schrumpfen, das Bonanza in der Londoner Innenstadt ist vorüber, aber das Finanzsystem wird überleben und in der Lage sein, eine neue Kreditexpansion abzuwickeln. Ob das schnell genug passiert, um Überschuldung und Deflation abzufangen, ist natürlich fraglich. Gerade die Europäische Zentralbank macht wenig Anstalten die Geldpolitik zu lockern, durch die Kreditverknappung sind die Zinsen für Haushalte und Unternehmen sogar deutlich gestiegen – für die spanische oder irische Volkswirtschaft ist das der Todesstoß und der Beginn einer jahrelangen Rezession. Für die Weltkonjunktur sind Spanien oder Irland allerdings nebensächlich.

Zweitens, US-Leistungsbilanz: Seit Ende 2006 steigt der Wert der US-Importe real nicht mehr, während die Ausfuhren zulegen, das Leistungsbilanzdefizit schrumpft, wenn auch langsam. Das Defizit der Handelsbilanz liegt im zweiten Quartal 2008 immer noch bei etwa 60 Milliarden pro Monat, statt bis zu 75 vor zwei Jahren. Die Inflation mitbedacht, ist das immerhin etwa ein knappes Viertel weniger. Allerdings hat sich die Struktur des Leistungsbilanzdefizits geändert: Im Juni hat die Erdölrechnung 44 Milliarden ausgemacht, zu (viel niedrigeren) Ölpreisen von 2005 wäre das Defizit daher nur mehr knapp 30 Milliarden pro Monat und zu Preisen von Mitte August 2008 etwa 50 Milliarden. Immer noch sehr viel, vor allem in einer Rezession. Aber nach Jahrzehnten der Deindustrialisierung braucht es auch Zeit die Exportindustrie neu aufzubauen. Insgesamt kann man mit gewisser Vorsicht davon ausgehen, dass der Dollar nicht völlig verfallen wird. Einzelne Stimmen hatten ja von Euro/Dollarkursen von 2,50 Dollar für den Euro gesprochen, was einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft gleich-

kommen würde.

Drittens: Als nächstes Element sehen wir mittlerweile einen Rückfall der Rohstoffpreise, typisches Zeichen einer Rezession, aber auch ein stabilisierendes Element, weil mittelfristig die Inflation gebremst und der Privatkonsum gestärkt wird. Und sollte sich das Erdöl bei 80 bis 120 US-Dollar stabilisieren, ist auch nicht damit zu rechnen, dass die Nachfrageimpulse aus den Ölexportländern zurückgehen. Sollten die Energiepreise tatsächlich wegen einer schwerwiegenden Angebotsverknappung so hoch sein (was einige glauben), dann kehrt sich dieses Argument um. (Ölpreise von 200 Dollar können von Saudi-Arabien ohne Inflationsgefahr nicht mehr aufgenommen werden. Die Gesamtnachfrage der Weltwirtschaft verschiebt sich nicht an den Golf, oder nach Russland, sie bricht einfach weg, weil den Ölkonsumenten das Geld fehlt, und die Produzenten nicht wissen wohin damit.) Uns scheinen die Preissteigerungen allerdings zu großen Teilen nachfragegetrieben – als Resultat eines jahrelangen Booms. Dafür spricht der Gleichschritt der Preissteigerungen aller Rohmaterialien. Die Ölverknappung kann höhere Kohlepreise oder steigende Lebensmittelpreise erklären (über die Biotreibstoffe), nicht aber teureres Roherz oder Bauxit.

Viertens: China. Deregulierte globale Finanzmärkte wirken prozyklisch und werden den Abschwung verstärken. Nur, Chinas Finanzmarkt ist nicht dereguliert und die Banken wurden in den letzten Jahren zu hoher Reservehaltung gezwungen. Von einer Überschuldung der Privathaushalte kann man keineswegs sprechen, die Staatsbetriebe sind überschuldet, aber das staatliche Bankensystem wird niemals mitten in der Krise die Kreditlinien kappen. Bei einem deutlichen Abschwung wird der Staat im Gegenteil anweisen, die Kreditvergabe zu verstärken und das eigene Budgetdefizit ausweiten. Schon während der Asienkrise hat China die Überlegenheit robuster Staatsintervention über die Rezepte liberaler Dogmatiker bewiesen. Ein Zusammenbruch der chinesischen Wirtschaft steht daher nicht auf der Tagesordnung.

Fünftens und am wichtigsten: Profitraten wie Unternehmensgewinne kommen zurück, sind aber nach wie vor sehr hoch. Ein Jahr nach dem Ausbruch der Finanzkrise hat es außerhalb des Finanzsektors noch keinen einzigen größeren Unternehmenszusammenbruch gegeben, Unternehmen wie Wal Mart melden sogar Rekordgewinne. Ungewöhnlich für eine Weltwirtschaft, die aus einer Situation der Überhitzung recht frontal gegen die Wand gefahren ist, auch wenn die Zusammenbrüche sicher noch kommen werden. Weiters fehlen die großen Überkapazitäten, die etwa den Beginn der großen Weltwirtschaftskrise gekennzeichnet haben. Diese sind sektoral, etwa im Finanz- und im Bausektor (nicht überall), in der Automobilindustrie (nicht überall) oder vielleicht bei Halbleitern. Andere Bereiche haben aber immer noch Kapazitätsengpässe – etwa die Energiewirtschaft. Die wirkliche Grundlage der Expansion der kapitalistischen Weltwirtschaft seit dem Beginn der 90er Jahre scheint nach wie vor aufrecht: eine auf dem Rücken der Beschäftigten wieder gewonnene Profitabilität. Der Aufschwung ist an der Masse der Bevölkerung vorbeigegangen, der Abschwung wird jetzt doppelt treffen.

Das ergibt unter dem Strich ein vorläufiges Fazit: Die Folgen der Kreditkrise sind gewaltig und keinesfalls bewältigt. Den totalen Zusammenbruch halten wir aber für unwahrscheinlich. Auf der Grundlage der in den letzten Jahrzehnten gewaltig gesteigerter Ausbeutung wird sich die Weltwirtschaft früher oder später in die nächste Kreditblase retten können.

Stefan Hirsch

Wo soll das alles hinführen?

Eine Skizze der globalisierten Weltwirtschaft

Wir treffen ein paar Annahmen: global vollständig integrierte Industriegüter- und Agrarmärkte ohne Schranken (weder Zölle, noch Transportkosten, noch sonstige Hindernisse für das Zusammenwachsen von Märkten), sowie das Fehlen von Gewerkschaften oder staatlicher Regelung des Arbeitsmarktes. Das entspricht zwar nicht der Realität, aber der Bewegungsrichtung der Globalisierung, sowie den Träumen ihrer wirtschaftsliberalen Einpeitscher. Es entspricht den Zielen der neoliberalen „Reformer“.

Es gibt mehr als 6 Milliarden Menschen. Knapp die Hälfte ist bäuerliche Bevölkerung, von diesen arbeiten nur 10% mit Hilfsmitteln der industrialisierten Landwirtschaft, oder zumindest mit einfachen Maschinen. 60% – mit Familien also vielleicht 1,5 Milliarden, bestellen ihre Felder in Handarbeit, wodurch sie nicht mehr als einen Hektar pro Arbeiter bearbeiten können. Ihre Erträge sind damit nach oben begrenzt, ihr Verdienst in den letzten Jahrzehnten, ungeachtet jüngster Preisanstiege, aber gesunken. Das, weil sie mit einer Agroindustrie konkurrieren müssen, in der ein Arbeiter 300 Hektar bestellen kann und obendrein viel höhere Hektarerträge erzielt. Diese Bauern leben in absoluter Armut. Wann werden sie ihren Betrieb aufgeben, nach anderer Arbeit suchen und in ein städtisches Elendsviertel umziehen? In dem Moment, in dem man mit unqualifizierter Arbeit

in der Stadt mehr verdienen kann. Etwa eine Milliarde hat diesen Schritt bisher unternommen und lebt in städtischen Slums.

Wir hätten jetzt den Verdienst für unqualifizierte Arbeit in unserer globalisierten Welt gefunden: Er entspricht einem bäuerlichen Kleinstbetrieb, ohne Maschinen, mit etwa einem Hektar pro Beschäftigtem. Würde er längerfristig über diese Marke steigen, werden so lange zusätzliche Bauern aufgeben und das Arbeitsangebot erhöhen, bis die Einkommen wieder gefallen sind.

Höher qualifizierte Arbeit (etwa in der Industrie) wird natürlich besser bezahlt, aber es wird eine gewisse Aufwärtsmobilität der Arbeitskräfte geben. Der Verdienst eines Industriearbeiters kann sich nur dann deutlich und dauerhaft von jenem eines armen Bauern abkoppeln, wenn die einfachen Industriebeschäftigten vor

Konkurrenz durch ehemals bäuerliche Arme geschützt werden (durch Gewerkschaften oder staatliche Eingriffe, die wir aber zuvor ausgeschlossen haben), oder wenn der Industriesektor in solcher Geschwindigkeit wächst, dass die Möglichkeit der nicht Qualifizierten gewisse Basisfähigkeiten zu erwerben, überfordert wird. (Dieser Fall ist gerade in China eingetreten, die Löhne an der Küste steigen jetzt deutlich – allerdings flüchten die Betriebe in das Landesinnere oder nach Vietnam). Ein solches Wachstum wird nicht dauerhaft möglich sein.

Selbiges Modell kann man jetzt für jede weitere Stufe der Qualifikation annehmen. Geringer Qualifizierte können sich höher qualifizieren und damit für zusätzliches Angebot auf den jeweiligen Arbeitsmärkten sorgen. Ein indischer Programmierer verdient weniger als ein amerikanischer. Es wäre lächerlich anzunehmen, dass sich der Markt qualifizierter Arbeitskräfte völlig vom Einkommensniveau der nicht Qualifizierten abkoppeln kann. Wenn man sich dieses Modell am Beispiel Indien durchdenkt, dann wird klar, warum Lohnabhängige – auch bei höherer Qualifikation – so schlecht verdienen. Im Wesentlichen



Bild: flickr/vredeseilanden

haben Entwicklungstheorien schon in den 60er und 70er Jahren dieses Modell für die Erklärung niedriger Einkommen etwa in Lateinamerika verwendet.

Wir gehen einen Schritt weiter zu den global integrierten Märkten für Industriegüter und handelbare Dienstleistungen (call-center, Buchhaltung für große Firmen, Softwareentwicklung ...): Auch ohne jede Wanderungsbewegung, nur über die Exportindustrie, werden jetzt Preise international vereinheitlicht, handelbare Güter müssen in China das gleiche kosten wie in Österreich. Modifiziert um unterschiedliche Produktivität müssen sich daher auch die Einkommen der Beschäftigten im Bereich handelbarer Güter angleichen (oder nach unten anpassen) – und von dort wird das Lohnniveau auf die restliche Wirtschaft weitergegeben (die nicht handelbare Güter herstellt, etwa Lehrer oder Friseur), da Lohnunterschiede Beschäftigte dazu bewegen werden, sich einen anderen Job zu suchen. Ein Friseur kann auf Dauer nicht mehr verdienen als ein Industriearbeiter.

Was ist die Aussage dieses Modells? Was ist der Referenzpunkt auch des Lohnniveaus eines österreichischen Lehrers bei vollständig integrierten Märkten? Was ist das unterste Niveau, das ein auf einem völlig freien Markt ermittelter Lohn annehmen kann? Das ist der ärmste Bauer in Afrika, der gerade überlegt, ob er nicht doch unqualifizierte Arbeit in der Stadt annehmen sollte. Das gilt so lange, bis etwa 1,5 Milliarden Bauern ihre Existenz verloren haben, plus etwa 1 Milliarde Bewohner städtischer Elendsviertel einen besseren Job gefunden haben.

Die getroffenen Annahmen sind in der Realität nicht zu halten, Märkte sind nicht völlig integriert. Dagegen stehen nicht nur staatliche Regelungen, sondern auch andere Hindernisse wie Transport- oder Logistikkosten, kulturelle Probleme... Und ein österreichischer Lehrer verdient mehr als ein Kleinstbauer im Tschad. Das Beispiel zeigt nicht die Realität, es zeigt die schreckliche Kraft der Globalisierung, es zeigt den Traum der Oligarchie – denn die niedrigeren Lohnkosten

sind die höheren Profite der Kapitalbesitzer. Ist unser Beispiel vereinbar mit kapitalistischer Prosperität und Wachstum? Sicher! Wachstum, bei dem die Inflationsgefahr nur von der Seite der Kapazitäten der Rohstoffindustrie und der Transportsektoren kommt, nicht von Seiten der Lohnentwicklung. Und Wachstum, dessen Nachfrageimpulse von der Seite der Investitionsgüter und dem Luxuskonsum der Oligarchie kommt. Und seitens der einen oder anderen Kreditblase: die relativ sinkenden Lohnkosten halten die Inflation niedrig, ermöglichen niedrige Zinsen, die ein um das andere Mal neue Kreditexpansion anstoßen werden.

Das erinnert an die letzten Jahre: Der Aufschwung, der bei den Menschen nicht ankommt. Die Inflation, die ihren Ausgangspunkt im Ölpreis findet, nicht in der steigenden Lohnquote, und die EZB, die vor „Zweitrendeneffekten“ warnt, die verlangt, dass die höheren Energiepreise eben ohne Lohnausgleich hingenommen werden. Die Prosperität der deutschen Maschinenbauer, sowie der Luxuskonzerne – von Ferrari bis zu den Schweizer Luxusuhren. Und die amerikanische (und britische) Kreditblase, die durch die niedrigen Zinsen ermöglicht wurde.

Die globalisierte Prosperität der Oligarchie ist störungsanfällig, weil ein Teil der Gesamtnachfrage von einer ständigen Kreditexpansion abhängig ist, die immer wieder ins Stocken geraten wird. Die globalisierte Prosperität ist krisenanfällig, aber möglich. Nur wären wir gerne nicht dabei.

Der totale Freihandel geht auf Kosten der Lohnabhängigen – die Interessen der Mehrheit gebieten eine Wirtschaft, in der völliger Freihandel nur zwischen Ländern von sehr ähnlichem Entwicklungsstand stattfindet. Statt völlig freiem Handel benötigen wir die freie Weitergabe von Technologie und Wissen. In der heutigen Form dient das Patentwesen nur den Monopolen der Großkonzerne. Statt einer entfesselten Agrarindustrie bedarf es einer Landwirtschaftspolitik, die sich für die Einkommen und die Entwicklung der Kleinbauern und der Familienbetriebe einsetzt – in aller Welt. Und statt deregulierter

und globaler Finanzmärkte und zyklischer Spekulationsblasen braucht es ein staatliches Finanzsystem, das Exzesse verhindert und in Krisenzeiten die Finanzierung sichert und das durch entsprechende Kapitalverkehrskontrollen absichert

Das wäre ein reformistisches Minimalprogramm, die Pläne der Oligarchie gehen freilich in die andere Richtung: Totaler Freihandel. Mehr Patentschutz (die USA sind gerade dabei diesen auf 40 Jahre zu erhöhen). Agrarindustrie als Antwort auf die Ernährungskrise. Offene Finanzmärkte (im Augenblick wird hier Druck auf China ausgeübt). Diese Forderungen kommen nicht von ungefähr, sie entsprechen den Interessen der globalen Oligarchie. Um den oben dargestellten Alptraum zu verhindern, wird man dieser entgegentreten müssen.

Stefan Hirsch



Bild: pixelio.de/Schmutterl

Die EU in der Krise

Das Scheitern des Lissabon-Vertrages

Die Europäische Union befindet sich heute in einer schweren Krise. Das „Nein“ der Iren zum Reformvertrag von Lissabon ist dafür vielleicht das deutlichste, aber keineswegs das einzige Zeichen.

Dänemark 1994 – das stellt so etwas wie einen Wendepunkt dar. Damals wurde in einer Volksabstimmung der Vertrag von Maastricht von einer Mehrheit der Dänen abgelehnt, was natürlich nicht verhindern konnte, dass nach ein paar Korrekturen und erneuter Abstimmung doch alles durchgesetzt werden konnte. Dennoch war Dänemark 1994 das erste Mal, dass ein Schritt der EU-Integration, hinter dem sich die gesamten Eliten versammelt hatten, bei einer Volksabstimmung durchgefallen ist. Seither bedeutet jede weitere Runde der Vertiefung ziemliche Schwierigkeiten für die Regierungen: Die Euro-Einführung ist in Dänemark und Schweden bei Volksabstimmungen gescheitert. Abstimmung über die Euro-Einführung in Großbritannien – von Labour versprochen, mangels Erfolgsaussicht niemals durchgeführt. EU-Verfassung – 2005 an den französischen und niederländischen Wähler/innen gescheitert. Modifizierte EU-Verfassung (Lissabon) – in Irland hängen geblieben.

Erste Reaktion war es, auf Abstimmungen so weit wie möglich zu verzichten, oder wichtige Dinge in nur Juristen verständlichen Texten zu verstecken und auf diese Weise ohne Beachtung der Öffentlichkeit durchzumogeln. Das geht auf die Dauer nicht gut, weil keine Hegemonie in der öffentlichen Meinung hergestellt werden kann, und erntete auch beständige Gegenstimmen aus dem Establishment: „Die Politiker mögen

sich endlich offen zu Europa bekennen“. Am Beispiel Österreich: Fast heimlich wurde schon in den 90er Jahren ein Paragraph in die Verfassung aufgenommen (§23f), der Kampfeinsätze des Bundesheers im Rahmen von EU-Militärmissionen ermöglicht. In der Realität fällt der Bundesregierung jeder Militäreinsatz politisch schwer. Um Soldaten in den Tschad zu schicken, musste gelogen werden, dass sich die Balken biegen (Flüchtlinge schützen, humanitäre Aufgaben...), ein offener Kampfeinsatz ist – zum Glück – noch nicht durchsetzbar. In diesem Frühjahr hat schließlich die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon ohne Volksabstimmung für erhebliche Schwierigkeiten gesorgt: Abertausende Demonstranten, eine öffentliche Meinung, die völlig gegen die EU gekippt ist – und schließlich ein sozialdemokratischer Bundeskanzler, der der Anti-EU-Stimmung gewisse Zugeständnisse machen musste und eine Volksabstimmung versprochen hat. Natürlich nur für das „nächste Mal“, hoffend, dass sich bis dahin ein Hintertürchen auftun wird. Aber immerhin war das der Auslöser, über den die Regierung gestürzt ist.

Die Situation ist offensichtlich: Die EU wird mehr und mehr zu einem Projekt der Eliten, große Teile der Bevölkerung lehnen jede weitere Integration ab. Mehr noch, sie haben jedes Vertrauen in das Establishment verloren. Die irische Ja-Kampagne (Regierung, praktisch alle Parteien, Gewerkschaften, Bauernverbände...

tatsächlich das gesamte Establishment) erklärte, dass der Vertrag von Lissabon sehr kompliziert sei, aber die Experten sich ihn angesehen und für gut befunden haben. Wer dagegen ist, ist nicht nur politisch im Unrecht, sondern ein Vollidiot, der die Wahrheit nicht erkennen will, die sich in Besitz der Eliten befindet. Und der seinen gewählten Repräsentanten nicht vertrauen will.

Die Nein-Kampagne hat mit dem Slogan „If you don't know, vote no“ gewonnen. Nichts unterschreiben, wenn man sich nicht auskennt, kein Vertrauen in die Eliten. Etwas gewählter ausgedrückt, aber im Wesentlichen ist das ein „geht's alle scheißen“ an die Adresse des politischen Establishments. Mit Nationalismus hat das ganze wenig zu tun. Die österreichische Bevölkerung ist nicht gegen Lissabon, weil sie Krieg mit Italien will, sondern weil sie sich von der Regierung in Wien und Brüssel bevormundet fühlt und die EU (richtigerweise) mit einer Globalisierung verbindet, die der Mehrheit bis jetzt wenig Vorteile brachte.

Das ist der wesentliche Befund der Vorgänge in diesem Frühjahr: Eine echte Hegemoniekrise der Eliten. Ein Vertrauensverlust in ein Projekt, das soziale Kälte und Entdemokratisierung vermittelt. Ein bürokratisches Monster, dessen Entscheidungen völlig undurchsichtig getroffen werden und dessen Ziele nicht zu überzeugen vermögen. Vor großen Erschütterungen hat man dabei allerdings auch Angst. Ein Austritt aus der EU wird von großen Mehrheiten abgelehnt.

Stefan Hirsch

Optionen für eine Opposition?

Über das Linksprojekt in Österreich

Mit Blick auf die Erfolge der deutschen Linkspartei hat sich in Österreich ein Linksbündnis gebildet, das bei den vorgezogenen Nationalratswahlen am 28. September kandidiert hat. Hat sich auch in Österreich ein Fenster für eine gesellschaftlich relevante Opposition angesichts der Krise der Großparteien geöffnet?

Sowohl SPÖ als auch ÖVP mussten bei den vorgezogenen Neuwahlen deutliche Verluste hinnehmen. Die SPÖ erhielt nur 29,71% der Wählerstimmen, die ÖVP sogar nur mehr 25,61%. Damit fuhren die beiden Parteien jeweils ihre schlechtesten Wahlergebnisse in der gesamten Zweiten Republik ein. Verschiedene Kommentatoren rechneten vor der Wahl damit, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der großkoalitionären Performance unter Gusenbauer-Molterer diesmal den Kleinparteien zugute kommen werde. Neben den vorhandenen Parlamentsparteien traten unter anderem der ehemalige Präsident der Arbeiterkammer Tirol Fritz Dinkhauser, das Liberale Forum, die KPÖ, die EU-kritische Unabhängige Bürgerbewegung „Rettet Österreich“ und das Bündnis Linke an.

Im Gegensatz zu den Wahlen in Italien, wo das Scheitern der Mehrparteienkoalition Prodis zu einem deutlichem Votum für „klare Mehrheiten“ zugunsten der dominanten Gruppen der Mitte-Rechten (Berlusconi „Volk der Freiheit“) und der Mitte-Linken (Veltroni „Demokratische Partei“) führte und die „Regenbogenlinke“ um Rifondazione Comunista aus dem Parlament verbannte, hoffte man in Österreich, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung das politische Spektrum erweitern werde. Auf den ersten Blick scheint dieses Szenario für die Neupositionierung einer Opposition, welche die Isolation der Linken überwindet, also günstig und spricht für die Richtigkeit des Versuchs, sich im wahlpolitischen Spektrum zu positionieren.

Pessimismus

Zweifellos lassen sich – jenseits der neoliberalen Kritik des „Reformstaus“ an der Gusenbauer-Regierung – ei-

nige konjunkturelle und strukturelle Schwierigkeiten des kapitalistischen Projekts ausmachen.

Schon Gusenbauers Regierungsantritt war ein Schlag gegen die Glaubwürdigkeit des politischen Establishments. Zu rasch und von einem machtrunkenen Drang zur Regierungsbildung um jeden Preis getrieben, verkaufte die SPÖ alle Wahlversprechungen. Der Bevölkerung wurde in aller Deutlichkeit vor Augen geführt, dass die demokratische Stimmabgabe in keiner Weise mehr ein Mittel zur Gestaltung des Landes darstellt, sondern nur zur Legitimation einer abgehobenen Elite, deren Souverän schon lange nicht mehr der Wähler ist, sondern die kapitalistischen Sachzwänge und die Absicherung der eigenen Position im erlauchten Kreis der neoliberalen Familie. Eine Art Camorra aus Politik und Wirtschaft.

Mit der Durchpeitschung des EU-Reformvertrages und dem neutralitätswidrigen Tschad-Einsatz des Bundesheers zog sich die sozialdemokratische Spitze bei zwei sensiblen Themen erneut den Unmut der Bevölkerung zu. Das irische Nein-Votum zum Lissabon-Vertrag gab der breiten sozialen Bewegung für eine Volksabstimmung in Österreich zusätzliche politische Relevanz. Um die Erosion der eigenen Wählerbasis zur FPÖ, der einzigen EU-kritischen Parlamentspartei, zu stoppen, versuchten Gusenbauer-Faymann über ihren offenen Brief in der *Kronen-Zeitung* im Juni die Notbremse zu ziehen. Das Manöver dürfte jedoch nicht aufgegangen sein. Zu unglaublich und offensichtlich durch Stimmenfang motiviert war der Versuch, der Profilierung Straches als EU-Opposition etwas entgegenzuhalten.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten durch den hohen Ölpreis begleitet

von überproportionalen Preissteigerungen durch den Handel verschärfte den Druck auf die unteren Einkommenschichten, die ohnedies schon über Jahre zu den Verlierern der Entwicklung zählen und selbst in den Zeiten der guten Konjunktur keine Aussicht auf Besserung mehr haben. Die negativen Wachstumsprognosen verallgemeinerten den sozialen und wirtschaftlichen Pessimismus, sodass 74% der Österreicher 2009 mit einer weiteren Verschlechterung ihrer persönlichen Situation rechnen.

... oder Krise?

Der unübersehbare Unmut über das politische Establishment, der mehrheitliche Zukunftspessimismus und der soziale Abstieg von Teilen der Bevölkerung stellen das Szenario dar, in dem sich das im Juli neu formierte Linksbündnis Chancen ausrechnet, eine soziale Alternative zu positionieren. Die Hoffnung gründet sich auf ein Paradigma aus den Elementen „wirtschaftliche Krise“, „sozialer Protest der Arbeitenden“ und dem daraus resultierenden Platz für eine linke und sozialistische Kraft. *„Die beginnende Krise der Weltwirtschaft zeigt sich bereits in den Ankündigungen von Personalabbau. (...) Wir wollen nicht für ihre Krise zahlen und müssen daher unsere Lebensgrundlage aktiv verteidigen.“* (Wiener Programmtextwurf der Linken).

Die Frage, die sich unabhängig von der Notwendigkeit des Linksprojektes und des zweifellos richtigen Versuches seiner Positionierung als Alternative zu den Systemparteien bei Wahlen stellt, ist nun, ob dieses Paradigma stimmt, um so die Erwartungen, aber auch die politischen und organisatorischen Ausrichtungen eines neuen Projektes richtig zu kalibrieren.

Es lassen sich ohne Zweifel statistische Daten sammeln, die zeigen, dass der österreichische Kapitalismus heute ungerechter geworden ist. So fiel der Lohnanteil am Bruttoinlandsprodukt von einem Höchststand bei etwa 73% Ende der 70er Jahre auf 60% 2005,

wobei der Fall zwischen 1995 und 2005 in Österreich sogar signifikant höher war als im OECD-Durchschnitt. Dies zeigt die Aufkündigung des sozialen Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit, der den europäischen Nachkriegskapitalismus besonders ab den späten 60er Jahren prägte. Nicht mehr eine nach Ausgleich und Umverteilung strebende soziale Marktwirtschaft ist gesellschaftliche Zielstellung, sondern das Bestehen im globalisierten Standortwettbewerb bei ständiger Drohung des Arbeitsplatzverlustes, Rückschraubung staatlicher Sozialleistungen und Sicherheiten und dem daraus resultierenden enormen Druck auf den/die einzelnen/n Arbeitnehmer/in.

Bedeutet jedoch diese Amerikanisierung des europäischen Kapitalismus mit Tendenz zur Zweidrittelgesellschaft eine Rückkehr der Klassenkonfrontation, wie sie Westeuropa zumindest bis in die 50er gekennzeichnet hat? Ist es eine Krise, welche die kapitalistische Normalität und Stabilität in absehbarer Zukunft durchbrechen wird (wie etwa während der argentinischen Krise von 1998 bis 2002, in der das wirtschaftliche Scheitern in eine tiefe politische Hegemoniekrise mündete)? Nein. Und zwar in erster Linie deshalb nicht, da das Überrollen Europas durch Neoliberalismus und Globalisierung einher geht mit einer „amerikanistischen“ Umwälzung der politisch-kulturellen Verhältnisse und der Art und Weise, wie sich das kapitalistische Establishment seine Hegemonie über die Gesellschaft absichert. Wäre Österreich von einer kleinen Elite an Superreichen beherrscht, denen eine Masse an Ausgeschlossenen gegenübersteht, beide Seiten in klarer sozialer, kultureller, politischer und sogar territorialer Trennung – wie es die Arbeiterviertel der Zwischenkriegszeit, die Slums der Dritten Welt oder die Banlieues Frankreichs sind – so wäre die Aufgabenstellung für eine soziale Opposition eine leichtere. Es ginge ausschließlich darum, den objektiven sozialen Gegensatz, vielleicht sogar seine bereits sichtbaren spontanen Ausbrüche auf der Straße und in den Betrieben, zu organisieren. Doch die Wirklichkeit für ein linksoppositionelles Projekt ist leider

schwieriger.

Klassengegensatz ohne kämpfendes Subjekt

Der soziale Absturz bringt sozialen Zerfall statt Solidarität, individualistische und perspektivlose Brutalisierung statt gemeinschaftliches Bewusstsein. Auf der anderen Seite ist die Herrschaft des Kapitals mehr als repressive Absicherung eines oligarchischen Regimes. Zwar ist das politisch-ökonomische Establishment – wie in den USA – mittlerweile eine „andere Welt“, völlig abgetrennt von der einfachen Bevölkerung und trotz demokratischer Wahlen entkoppelt von den Bedürfnissen und Forderungen des Volkssouveräns. Die Führungsspitzen des neoliberalen Projekts, einer Kombination von Marktradikalismus und „westlicher Werteordnung“, sind eine Oligarchie im wahrsten Sinne, die sich ihre Vorherrschaft auch gegen Verfassungs-, Bürger- und Menschenrechte mit ausufernden Überwachungs- und polizeilichen Befugnissen abzusichern bereit sind. Dennoch ist ihre Herrschaftsausübung keine oligarchische, sondern trotz allem eine „demokratisch-hegemoniale“. Der Konsens der Alternativlosigkeit, die Angst vor noch weiterem Abstieg, der individualistisch-konsumistische Hoffnungsanker für die Mittelschicht und die kulturellen Ersatzdrogen aus sinnentleerten Events, Spaß oder Esoterik: Sie vermitteln die Dominanz eines bewusst neoliberalen und unbewusst neoliberalisierten Mehrklassen-Blocks.

Diese weit verzweigte Herrschaft zu durchbrechen ist für eine neue systemoppositionelle Bewegung eine wesentlich schwierigere Aufgabenstellung als es die bloße Organisation und Weiterentwicklung eines permanenten Widerspruches zwischen der profitierenden Oberschicht und den unterdrückten Unterlassen wäre. Es geht um mehr als die „organische“ Politisierung eines „zugerechneten“ sozialen Bewusstseins der Lohnabhängigen, das sie in objektiven Gegensatz zum Kapital stellt. Leider ist der gordische Knoten kapitalistischer Herrschaft nicht so leicht zu durchtrennen. Es geht um die schwierige Aufgabe der Entwicklung einer Opposition aus einer sozial, politisch und kultu-

rell amerikanisierten Gesellschaft, mit Menschen, deren Bewusstsein unweigerlich von den herrschenden Denkschemata geprägt ist. Unter den Verlierern der neoliberalen Gesellschaft können gleichzeitig immer wieder Momente des Ausbruchs aus dem hegemonialen Block auftreten. „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche“. So könnte man mit Che Guevara dieses Paradox benennen, die notwendige Überwindung des menschenfeindlichen Kapitalismus mit einem Subjekt zustande zu bringen, dessen Bewusstsein in ungeahntem Maße von den verkommenen, brutalisierenden und egoistischen Vorstellungen der amerikanisierten Gesellschaft deformiert ist.

Soziale und politische Frage

Ist nun die „soziale Frage“ jener Bereich, in dem sich die meiste Sprengkraft verbirgt? Es läge nahe anzunehmen, dass die von jedem spürbaren sozialen Verschlechterungen jener Katalysator sind, der die Massen bewegt. Oder aber ist in der „sozialen Frage“, die immer die ökonomische und Eigentumsfrage impliziert, der herrschende Konsens stark genug, um über das Empfinden der Alternativlosigkeit unter den Betroffenen jede oppositionelle Regung zu ersticken? Ist damit die Idee der „sozialen Frage“ als Zentrum oppositioneller Arbeit mehr ideologische Annahme – im Sinne von Marx' falscher Sicht auf die Realität – als konkrete Wirklichkeit gesellschaftlichen Dissenses?

Die traditionell-marxistische Annahme der Organisierung der Opposition ausgehend vom Sozialen wird in mehrerer Hinsicht der heutigen Realität nicht mehr in dem Maße gerecht wie zu den Hochzeiten der Arbeiterbewegung: zum Ersten ignoriert sie die erwähnte „amerikanisierte“ Form der entstehenden Zweidrittelgesellschaft, die kaum kollektives Widerstandsbewusstsein produziert. Zum Zweiten ist es nicht die Hoffnung auf soziale Besserstellung, die Menschen zu einer Stimmabgabe für eine radikal-oppositionelle Minderheit bewegt, sondern die Glaubwürdigkeit ihres umfassenden Gegensatzes zum bestehenden System. Zum Dritten artikulieren sich die unterschiedlichen

Bild: Sebastian Baryfi



sozialen Stellungen und Interessen in der Gesellschaft nicht notwendigerweise in ihrem scheinbar nächstgelegenen Bereich, dem Kampf um die (Um)verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Vielmehr sind es häufig kulturell oder direkt politische Konflikte und Konstellationen, über die sich die entgegengesetzten gesellschaftlichen Pole ausdrücken, auch wenn der „Volksblock“ noch meilenweit davon entfernt sein mag, von einem raunzenden „Nein danke“ zu einem klar sehenden und als Subjekt agierendem Gegenpol zu den Herrschenden zu werden.

Die Forderung nach einer EU-Volksabstimmung, der Unmut über die US-amerikanische Raketenstationierung in Polen und Tschechien, das Schimpfen auf eine verlogene abgehobene Politikerkaste, die instinktive Gegnerschaft zu Globalisierung und Freihandel. All diese Bereiche des Alltagsbewusstseins der sozialen Verlierer des Neoliberalismus beinhalten Anforderungen an die Linke, Antworten auf strategische Fragen der Souveränität, Demokratie, Wirtschaftspolitik oder des Antiimperialismus in ihrem Gegenmodell zu entwickeln. Hier verbindet sich der strategische Gegensatz eines Linksprojektes zu je-

nem der neoliberalen Elite mit einer konkret vorhandenen und bewusst empfundenen Trennlinie zwischen Oben und Unten. Globaler Freihandel, EU, westliches Wertebündnis mit den USA – diese Schützengräben der heutigen kapitalistischen Herrschaft werden quer zu allen Systemparteien bis zur letzten Kugel verteidigt, während sie für die Mehrheit unverständlich und inakzeptabel sind. Denn wo die einen profitieren, da haben die anderen nur zu verlieren. In diesen momentanen Brüchen im herrschenden Konsens zwischen Unten und Oben, die aus den Streitfragen der Tagespolitik entstehen, steckt heute mehr antagonistischer Dynamik als in sozialen Fragen im engen Sinne.

Große und kleine Politik

Gilt es für die politisch-ideologischen Gruppierungen marxistischen Hintergrundes im Linksprojekt die traditionellen Ideen eines Arbeiterklasse-Subjekts, seiner Formierung über die „soziale Frage“ und ihrer „organischen“ Verknüpfung mit dem sozialistischen Ziel vor den aktuellen Realitäten des Kapitalismus neu zu überdenken, so geht es bei der anderen wichtigen Komponente des Bündnisses, jener der zivilgesellschaftlichen sozialen Be-

wegungen aus dem Österreichischen Sozialforum, um Überzeugungsarbeit über die generelle Notwendigkeit eines umfassenden Projekts, das sich der politischen Auseinandersetzung auf allen Ebenen, inklusive der staatlich-wahlpolitischen, stellt. Gerade hier scheint noch einiges an Arbeit nötig, insofern als bisher die Einbindung zivilgesellschaftlich-sozialer Initiativen nur bedingt gelungen ist.

Ein Grund dafür dürfte in der heutigen Form kapitalistischer Herrschaft selbst liegen. Die zementierte Trennung der politisch-ökonomischen Elite von der Bevölkerung sowie die Versteinerung des neoliberalen Dogmas an der Spitze der sozialen Pyramide bei gleichzeitiger Nichtexistenz starker gesellschaftlicher Alternativideen an ihrer Basis hat zu einer Entfernung der sozialen Bewegungen von den Sphären der „großen Politik“ geführt. Kam früher, wo Sozialdemokratie und Bürgerliche noch zwei gegensätzliche Pole repräsentierten, der Kampf um die großen Fragen der Politik aus der Mitte der Gesellschaft, und stellte ein organisches Ganzes von den kleinen Scharmützeln am Fußballplatz bis hin zu den Auseinandersetzungen im Parlament dar, so herrscht heute in der breiten Mitte der Gesell-

schaft Konsens. Die Infragestellung desselben kommt von den isolierten Rändern. Selbst wenn der Protest Dimensionen erreicht wie die millionenstarken Märsche gegen den Irakkrieg, bleibt das Establishment davon unbeeindruckt und der normale Lauf der Gesellschaft wird nicht durchbrochen. Zumeist fehlt der sozialen Bewegung die kritische Masse, in jedem Fall der mediale und institutionelle Transmissionsriemen, um ihre Themen und Vorschläge auf die gesellschaftliche Tagesordnung zu bringen.

Im derzeitigen Moment bringt das eine schwer zu überwindende Verteilung der sozialen Bewegungen zur „kleinen Politik“ themenspezifischer Initiativen in und für einen beschränkten Kreis von Interessenten. Aber diese Situation wurde auch insofern „internalisiert“, als das Eindringen in die „große Politik“ als nicht mehr erstrebenswert angesehen wird. Das zivilgesellschaftliche Engagement wird „anti-politisch“. Oberflächlich könnte man dem sogar zustimmen, angesichts der sozialdemokratischen und auch kommunistischen Erfahrungen, wo einstige Revolutionäre einmal an der staatlichen Macht nicht mehr diese transformierten, sondern von ihr zu konventionellen Machtpolitikern transformiert wurden. Es geht jedoch heute nicht um die tatsächlich ungelöste Frage der Aufhebung von Berufspolitikertum und Staat. Vielmehr ist die unmittelbare Überlebensfrage für die Linke ein Ausbrechen aus der Isolation, das Erreichen von Kommunikation mit jener Mehrheit, die abseits der Kultur zivilgesellschaftlicher Zusammenhänge und der Reichweite ihrer besonderen Interessensgebiete steht. Es geht um das punktuelle Aufbrechen des hegemonialen Konsenses und des diesen tragenden sozialen Blocks.

Was tun vor der Nicht-Aktualität der Revolution?

Die zermürbende Zeit des fehlenden Massenaktivismus ist noch lange nicht überstanden. In absehbarer Zeit wird Aktivismus und Engagement aus den kleinen sozialen Bewegungen kommen, denen der Zugang zur politischen Relevanz versperrt ist. Die große gesellschaftliche Unzufrie-

denheit, das derbe systemoppositionelle Murren der Menschen gegen EU und Politikelite, wird noch lange passiv und vereinzelt bleiben, ohne Bereitschaft sich dem Kampf gegen das Establishment zu stellen. Zumindest nicht in jenen Formen, welche die Linke immer als die ihren gesehen hat: Streiks, Demonstrationen, Komitees. Vielleicht ist der gesellschaftliche Pessimismus aber im Wahl-September bereit, die über Jahre eingeweichte Idee der kapitalistischen Stabilität als Wert an sich zugunsten einer deutlichen Proteststimme für die Kleinparteien zu ignorieren. Es ist zu hoffen, dass davon auch die Linke profitiert, denn es wäre ohne Zweifel ein Vehikel, um wie in Deutschland, zu einem – unangenehmen – „Mitspieler“ in der großen Politik zu werden. Die Wahlteilnahme ist damit mehr als nur eine taktische Ergänzung des sozialen Kampfes. Sie ist heute der wichtigste Katalysator, um in der großen Politik für die Menschen als oppositioneller Pol sichtbar zu werden.

Dieser Pol hat jedoch sein Lebenselixier im kollektiven politischen Engagement. War dies in der alten Arbeiterbewegung im Alltagsleben vorhanden, von Gewerkschaft und Betriebsrat in der täglichen Arbeitsrealität bis zur Kultur- und Freizeitvereinigung im Wohnviertel spürbar, so ist es in der heutigen amerikanischen, individualisierten Gesellschaft viel sprunghafter und kurzfristiger. Dies erschwert den Neuaufbau eines Linksprojekts aus den Protestbewegungen, denn trotz spektakulärer Größe (etwa der Anti-Bush-Proteste in Wien) und politischer Sichtbarkeit (wie die EU-Volksabstimmungsbewegung) verschwinden sie nach ihrem Auftreten wieder in der Anonymität, aus der sie gekommen sind. Übrig bleiben die wenigen Initiatoren und Aktiven von eh und je. Dieses Minderheitenprogramm kollektiven und permanenten politischen Einsatzes in der heutigen westlichen Welt kann und soll dennoch nicht durch millionenschwere Funktionsapparate und mediale Inszenierungen ersetzt werden. Daher ist die Verbindung selbst mit der marginalsten sozialen Bewegung, Bürgerinitiative oder anderen kollektiven Artikulationsformen von

Menschen so entscheidend. Denn nur da überlebt heute die Permanenz des Engagements, die Bereitschaft zur Organisation, die für eine Systemopposition praktisch aber auch theoretisch unersetzbar ist.

Zuletzt soll eines nicht vergessen werden. Die Glaubwürdigkeit des Neoliberalismus ist im Sinken. Doch dies bedeutet noch keine einhergehende Rehabilitierung des historischen Alternativprojekts Sozialismus. Denn das bisherige Scheitern aller sozialistischen Versuche ist mehr als eine durch die Zeit verheilende Wunde der Glaubwürdigkeit. Ein neues revolutionäres Projekt mag viel aus den positiven und negativen Erfahrungen des Marxismus entnehmen, aber es wäre ein völlig unerklärlicher Irrglaube anzunehmen, dass nicht genauso viel neu zu formulieren ist. Die Linke braucht eine Politik für die Zeiten der Nicht-Aktualität der Revolution, die mehr ist als ein gewerkschaftliches Minimalprogramm sozialer Forderungen. Doch dies hat der leninistische Marxismus nie ausreichend geleistet und in seiner Zeit revolutionärer Entscheidungsschlachten auch nicht leisten müssen. Zu lange haben die Revolutionäre dieses Feld den fähigen Köpfen der anti-revolutionären Sozialdemokratie überlassen und sich damit zwar exzellent auf den geschichtlichen Moment der Machtübernahme, aber völlig unzureichend auf die langen Perioden der vorrevolutionären Gegenhegemonie und der nachrevolutionären neuen Hegemonie vorbereitet. Es ist zu hoffen, dass die heutigen prekären Zeiten für die Linke auch dazu führen, diese strategischen Defizite unserer Bewegung anzugehen, ohne ihre zukunftsorientierte revolutionäre Essenz zu verlieren. Denn an die kommenden „leninistischen“ Zeiten des Sturms werden wir bereits heute tagtäglich durch die anti-imperialistischen Widerstandskämpfe jenseits des Westens erinnert.

Gernot Bodner

Gaza muss sprechen dürfen

Zur Schmutzkampagne des DÖW und der IKG

Im Mai 2008 erreichte der propagandistische Vernichtungsfeldzug der österreichischen Scharfmacher des Imperialismus gegen jede Opposition wieder einmal neue Dimensionen, anhand derer sich auch zeigte, wie einflussreich diese Gruppierungen mittlerweile sind.

Einerseits wurde Anfang Mai auf der Universität Wien die so genannte „Stop-the-bomb“-Konferenz, der vorläufige Höhepunkt der gleichnamigen, von den primitiven Kulturkriegern des „Café Critique“ initiierten antiiranischen Kampagne, abgehalten. Auf dieser Veranstaltung wurde weitgehend unwiderrprochen, großteils sogar unter begeistertem Applaus, ein atomarer Erstschatz der USA und/oder Israels gegen den Iran gefordert. Dazu war ein Bedrohungsszenario konstruiert worden, das in Wirklichkeit nicht existiert, nämlich ein iranisches Programm zum Bau von Atombomben (das sogar nach Angaben der US-Geheimdienste schon seit Jahren eingestellt ist), und falsch zitierte Aussagen des iranischen Präsidenten Ahmadinejad wurden mutwillig zu Kriegsdrohungen gegen Israel umgedeutet. Das zeigt, dass es den Initiatoren keineswegs um den Stopp von Atombomben geht, sondern vielmehr um deren Abwurf auf den Iran.

Andererseits machten die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) und das so genannte „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes“ (DÖW) nur wenige Tage später mobil gegen die Veranstaltung „Gaza muss leben“, bei der auf die katastrophale, durch das völkermörderische Embargo und die Blockade durch USA, EU und Israel verschuldete humanitäre Situation der Bevölkerung im Gazastreifen aufmerksam gemacht werden sollte. Zu der Veranstaltung waren als Redner u. a. Karin Resetarits (Abgeordnete des Europaparlaments), Franz Sieder (Pfarrer von Amstetten), Viola Raheb (palästinensische Theologin und Friedensaktivistin), Peter Melvyn (Sprecher der *Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost*), Gamal Elkoudary (unabhängiger Abgeordneter des palästinensischen

Legislativrates, Gaza) und Fritz Edlinger (Generalsekretär der *Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen*) geladen. IKG und DÖW intervenierten – leider erfolgreich – bei der Geschäftsführung des als Veranstaltungsort vorgesehenen Albert-Schweitzer-Hauses und danach auch bei der Arbeiterkammer, deren Räumlichkeiten als Ersatzort gebucht worden waren. IKG und DÖW (die von den Betreibern des Albert-Schweitzer-Hauses dezidiert als diejenigen, die interveniert hatten, genannt wurden) gingen dabei mit ihrer üblichen Mischung aus Halb- und Unwahrheiten vor: Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) „steckt hinter“ der Kampagne „Gaza muss leben“ und der gleichnamigen Veranstaltung und sei eine antisemitische Organisation. Brigitte Bailer-Galanda, „wissenschaftliche Leiterin“ des DÖW, verstieg sich gegenüber der Austria Presse-Agentur (APA) gar zu der Behauptung, die AIK würde Holocaust-Sympathien hegen – eine Unterstellung, die allerdings nach zahlreichen Protesten wenige Tage später wieder zurückgenommen wurde, um nicht in recht-

liche Turbulenzen zu geraten. Auch wird die Kampagne „Gaza muss leben“ in Wirklichkeit von mehreren Organisationen und Personen gemeinsam getragen.

Nachdem auch beim neben dem Albert-Schweitzer-Haus gelegenen Weltcafé mit Interventionen gerechnet werden musste, wählte der Koordinator Leo Gabriel eine Finte. Man gab das „Weltcafé“ an, doch lenkten die „Gaza-muss-leben“-Aktivisten die Teilnehmer in ein nahe gelegenes Hotel um. Der Veranstaltung war schließlich großer Erfolg beschieden.

Verhältnisse, in denen in Universitäts-Hörsälen offen zum präventiven Atomkrieg gegen einen Staat, der niemals einen Krieg begonnen oder angedroht hat, aufgerufen werden kann, während eine Veranstaltung, die auf eine humanitäre Katastrophe (die israelische Historikerin und Journalistin Tanja Reinhart bezeichnet es als schleichenden Völkermord) aufmerksam machen will, mit dreisten Verleumdungen überhäuft und beinahe tatsächlich verhindert wird, sind keiner demokratischen Gesellschaft würdig. Und die Organisationen, die für diese Vorgänge verantwortlich sind, schon gar nicht.

Gunnar Bernhard



Bild: flickr/Hossam-el-Hamalawy

Islamfeindlichkeit vereint Anti-Islam-Kongresse werden zum Mainstream

Vom 19. bis 21. September 2008 will die rechtspopulistische Vereinigung *Pro Köln* einen europaweiten „Anti-Islam-Kongress“ abhalten. Dazu sind Vertreter ebensolcher Parteien aus ganz Europa eingeladen. Auf ihrer Webseite werben sie mit Vertretern der FPÖ (Österreich), des Vlaams Belang (Belgien) und auch mit dem Front National (Frankreich). Darüber hinaus sind Abtrünnige aus dem rechtskonservativen Milieu der CDU und der FDP angekündigt.

Pro Köln selbst sitzt seit 2004 im Kölner Stadtrat. Mit dem Bedienen von Ressentiments und antiislamischer Propaganda ist es *Pro Köln* gelungen, 4,7% der Stimmen zu gewinnen. Im Rahmen der Kampagne gegen den Kölner Moscheebau selbst gelang es *Pro Köln*, Teile der CDU im Stadtteil Ehrenfeld zu gewinnen.¹ Nun strebt diese Gruppierung danach, sich mit der Gründung von *Pro NRW* im vergangenen Jahr im ganzen Bundesland auszubreiten. Über Anwohnerproteste und Bürgerinitiativen versucht sie, vor allem in jenen Städten Gruppen und Organisationen aufzubauen, wo ähnliche Moscheebauprojekte angedacht sind.²

1 siehe „Antislimischer Populismus“ (http://projekte.free.de/lotta/pdf/30/sp_antiislamischer_populismus.pdf)

2 siehe „Rechtspopulismus in Gestalt einer

Dass *Pro Köln* und andere Vereinigungen erfolgreich ihre Propaganda unter das Volk bringen können, hängt ganz unmittelbar mit der erfolgreich in die Welt gesetzten Kampagne „Kampf der Kulturen“ zusammen. Ursprünglich von Huntington formuliert, wurde dieses Konzept von all jenen politischen Strömungen in Europa und in Deutschland übernommen, welche die Geschehnisse des 11. September 2001 nutzen wollten, um für Kriegsunterstützung im Nahen und Mittleren Osten zu mobilisieren. Darüber hinaus liefert die allgemeine Terrorhysterie den Anlass, Grundrechte einzuschränken und ein neues Feindbild zu konstruieren. Seit 2002 wird in allen Schichten und po-

Bürgerbewegung“ (http://www.laga-nrw.de/data/expertise_rechtspopulismus_mit_anhang_ver2.pdf)

litischen Lagern an dieser transversalen, also lagerübergreifenden Ideologie gearbeitet. Und genau dies ist der Boden, auf dem Rechtspopulisten wie *Pro Köln* und auch faschistische Organisationen wie die NPD ihre chauvinistischen oder völkisch-nationalistischen Kampagnen aufbauen können.

Mainstream Islamfeindlichkeit

Wer die Berichterstattung zum Thema Islam in Presse, Funk und Fernsehen in den letzten Jahren zur Kenntnis genommen hat, dem wird kaum die – mal mehr, mal weniger – islamophobe Art und Weise der Darstellung entgangen sein. Zwei Wissenschaftler der Uni Erfurt untersuchten über einen Zeitraum von zwei Jahren, in welcher Weise in ARD und ZDF über das Thema Islam berichtet wird. Im Januar 2007 veröffentlichten sie dann die Ergebnisse ihrer Studie. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass ARD/ZDF die „Islam-Angst“ (*Frankfurter Rundschau*) stärkt. „Die Sender ließen sich offenbar von einem simplifizierten Bild des Kampfes der Kulturen leiten.“ (*Frankfurter Rundschau*) In der Studie



Bild: flickr/ la imagen

selbst heißt es unter anderem:

„Im Ergebnis zeigt sich, dass Terrorismus und Extremismus für deutsche Magazin- und Talk-Sendungen sowie Dokumentationen/Reportagen das attraktivste und bedeutsamste Thema in der Auseinandersetzung mit dem Islam ist. In den letzten anderthalb Jahren hat sich etwa ein Viertel der Islam-Beiträge (23,31%) mit diesem Themenfeld beschäftigt. Auffälliger noch als dieser Befund ist die Tatsache, dass auch die restliche Islam-Agenda ganz überwiegend von konfliktorientierten Themen beherrscht wird, die hier unter folgenden Themenkategorien zusammengefasst wurden: Internationale Konflikte (16,54%), Integrationsprobleme (15,79%), religiöse Intoleranz (9,77%), Fundamentalismus/Islamisierung (7,52%), Frauen/Unterdrückung/Emanzipation (4,51%) und Menschenrechte/Demokratie (3,76%). In diesen Themenfeldern enthalten sind gewaltfreie wie auch gewaltförmige Konflikte wie der Libanonkrieg oder der Karikaturenstreit, die Verfolgung von Christen im Nahen Osten, Ehrenmorde und Vergewaltigungen von Frauen, Widerstände gegen Moscheebauten, Asylprobleme oder Integrationswiderstände junger Türken.“

Und weiter heißt es:

„In der Gesamtschau lässt sich sagen, dass sich die Darstellung des Islam in den Magazin- und Talksendungen sowie Dokumentationen/Reportagen des deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehens zu über 80% an einem Bild orientiert, in dem diese Religion als Gefahr und Problem in Politik und Gesellschaft in Erscheinung tritt. Das Islambild dieser Formate bei ARD und ZDF ist ein zugespitztes Gewalt- und Konfliktbild, das den Eindruck vermittelt, dass der Islam weniger eine Religion als vielmehr eine politische Ideologie und einen gesellschaftlichen Wertekodex darstellt, der mit den Moralvorstellungen des Westens kollidiert. Der Nachrichtenfaktor ‚Konflikt‘ dominiert ganz eindeutig, d.h. Themen werden begünstigt, die ein konflik-

thaftes, in weiten Teilen sogar ein offen gewaltsames Geschehen beinhalten.“³

Dass die Berichterstattung in den meisten privaten Printmedien und den privaten Fernsehsendern diese islamophobe Tendenz noch wesentlich übertrifft, muss hier nicht weiter ausgeführt werden, ist dort doch die Tendenz zum Sensationsjournalismus noch um einiges höher.

Ein weiterer sehr guter Beleg dafür, wie in den Medien die Islamfeindlichkeit gefördert wird, zeigt eine Studie aus dem Juli 2007, die sich mit Printmedien auseinandersetzt. Im März 2007 veröffentlichte Der Spiegel eine Ausgabe unter dem Titel „Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung“. Der Autor zitiert u. a. die tageszeitung, in der es hieß:

„Auf dem Spiegel-Titel sind Halbmond und Stern über dem Brandenburger Tor aufgezogen. Die Republik schläft – nur die Spiegel-Redaktion wacht und eilt zur Alarmglocke, um die schlafnützigen Liberalen aufzuwecken, ehe die Muslime vollends die Macht im Staate übernommen haben. (...) [D]as zählt zum festen Repertoire der Spiegel-Rezeptur: Es gibt die gefährlichen Fremden und die naiven Liberalen, die kampflos aufgeben.“

Weiter heißt es dann in der Studie: „Der Text auf dem Titelbild besteht aus lediglich fünf Worten: „Mekka Deutschland – Die stille Islamisierung“. Bemerkenswert sind hier besonders die Worte: „Mekka“, „stille“ und „Islamisierung“: „Mekka“ ist die Geburtsstadt des Propheten der Muslime - Mohammed - und die heiligste Stadt der Muslime. Jedes Jahr pilgern Millionen von Muslimen zu diesem Wallfahrtsort. Die Formulierung „Mekka Deutschland“ suggeriert, dass Deutschland zu einem Ort wird, der für Millionen von Muslimen weltweit zu einem erstrebenswerten Ziel des Besuches bzw.

der Einwanderung wird. Ähnlich dem Wallfahrtsort Mekka droht Deutschland die Pilgerschaft, die ‚Invasion‘ einer Masse von Muslimen. Das Wort „stille“ lässt sich assoziieren mit ‚schleichend‘, ‚versteckt‘, ‚heimlich‘ (und somit ‚trügerisch‘), aber auch – in einer weiter gedachten Assoziationskette – mit ‚Schläfer‘, der – so das Klischee – seit dem Terroranschlag auf das World Trade Center vom 11. September 2001 aktuellen Metapher für den im Untergrund versteckt lebenden Terroristen, der als unscheinbarer Mitbürger unter ‚uns‘ lebt und der auf Kommando oder plötzlicher, fanatisch-religiöser Eingebung zu einer tickenden Zeitbombe, einem skrupellosen Selbstmordattentäter wird. Das Wort „stille“ suggeriert, dass sich der Prozess der Islamisierung stetig aber lautlos, im Verborgenen vollzieht. Deutschland – so eine Lesart – wird aus langem Schlaf erwachen und sich über das bereits vorhandene Ausmaß der Islamisierung wundern. Der Begriff „Islamisierung“ meint – ähnlich den Begriffen ‚Germanisierung‘, ‚Amerikanisierung‘ – den Prozess der Homogenisierung ganzer Bevölkerungsgruppen im Sinne einer Werthaltung, eines Lebensstils bzw. eines Weltbildes (hier: des Islam). In der derzeitigen Debatte über Migration und Integration wird von einigen Autoren die Position vertreten, dass die Islamisierung Europas nicht mehr aufzuhalten ist. So schreibt beispielsweise der Islamforscher Bernard Lewis:

„Europa wird Teil des arabischen Westens sein, des Maghrebs. Dafür sprechen Migration und Demographie. Europäer heiraten spät und haben keine oder nur wenige Kinder. Aber es gibt die starke Immigration: Türken in Deutschland, Araber in Frankreich und Pakistaner in England. Diese heiraten früh und haben viele Kinder. Nach den aktuellen Trends wird Europa spätestens Ende des 21. Jahrhunderts muslimische Mehrheiten in der Bevölkerung haben.“

³ http://www2.kommunikationswissenschaft-erfurt.de/uploads/bericht_islam_in_ard_und_zdf_2005_2006.pdf

Das *Spiegel*-Titelbild greift diesen rechtskonservativen, apokalyptischen Diskurs sprachlich auf und reproduziert damit bereits bestehende Befürchtungen drohender Vereinahmungen des ‚christlichen Abendlandes‘ durch ‚die‘ islamische Welt. Halten wir fest: Sowohl die bildhafte als auch die sprachliche Gestaltung des Spiegeltitelbildes inszeniert das dunkle Bedrohungsszenario einer Islamisierung Deutschlands bzw. Europas und reiht sich damit seinerseits in die apokalyptischen Befürchtungen sämtlicher Autoren eines ‚Unter-ganges des Abendlandes‘ ein.“ Resümierend stellt der Autor fest:

„Islamfeindliche Einstellungen, dies zeigen die Studien des IKG, sind in der Bundesrepublik Deutschland weit verbreitet. Ein bedeutender Beitrag bei der Konstituierung und Reproduktion islamfeindlicher Einstellungen in der nichtmuslimischen Bevölkerung leistet die in der Regel eindimensionale Berichterstattung in den Medien. Ausgangspunkt dieser Abhandlung war der Gedanke, durch die Analyse eines Spiegel-Titelbilds exemplarisch die Art der Konstituierung und Reproduktion islamfeindlicher Bilder nachzuzeichnen, um damit die Mitverantwortung der Medien beispielhaft zu illustrieren. Resümierend sei erneut daran erinnert, dass die Medien über ihre Form der Berichterstattung Ängste und Feindbilder schüren und damit menschenverachtende Haltungen und gewalttätige Handlungen provozieren können. In unserem Fall leistet *Der Spiegel* seinen Beitrag zur Islamophobie.“¹

Erst seit Anfang 2002 haben auch Soziologen und Sozialwissenschaftler damit begonnen, die Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland zum Thema Islam zu erforschen. Dabei ist es nur eine kleine Anzahl von Wissenschaftlern, die tatsächlich das Vorhandensein von islamfeindlichen Einstellungen untersucht. Hier sticht insbesondere eine Untersuchung aus Bielefeld heraus, welche als „Heitmeyer-Studie“ Bekanntheit erlangt

hat. Seit 2003, dem Beginn der Erhebung, kann Heitmeyer einen signifikanten Anstieg der Islamfeindlichkeit nachweisen, welche bis 2006 weiter zunimmt. Die statistischen Daten zu einzelnen Syndromelementen wie Rassismus und Antisemitismus sind stagnierend, aber immer noch alarmierend und beunruhigend. Die Daten zu Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie sind hingegen in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen. So sind 2006 28,5% der Auffassung, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte (zum Vergleich: 2004 waren es 24%) und 39,2% der Befragten fühlen sich durch die Muslime wie Fremde im eigenen Land (2004: 35,1%). Für 2007 wird ein Stagnieren auf hohem Niveau konstatiert.²

Überschneidenden Ziele

„In Europa verbinden Medien, konservative Politiker und Kirchenvertreter die Debatte um den Islam seit dem 11.9.2001 mit politischen Fanatismus, Terrorismus, Zuwanderung und Integration. Moscheebauten stehen symbolisch für die vermeintliche Bedrohung des Abendlandes durch islamischen Fundamentalismus. Den sogenannten Minarettstreit nutzen zunehmend rechte Bewegungen, die das Feindbild instrumentalisieren“, schreibt Steffi Holz in der *Sozialistische Zeitung* Juli/August 2008. In einem ansonsten gut recherchierten Artikel lässt gerade eine Kölner Autorin die Instrumentalisierung des Feindbildes Islam von liberaler und auch linker Seite völlig außen vor. Ob es Naivität, Unwissen oder doch Opportunismus ist, wissen wir nicht. Jedenfalls fand Anfang Juni in Köln die sogenannte „Kritische Islamkonferenz“ statt, wo neben Ralph Giordano, irakisch/iranischen Unterstützern der Besatzung des Irak (bekannt auch als „Zentralrat der Ex-Muslime“) und begeisterten Vertretern der israelischen Besatzungspolitik gegenüber den Palästinensern alles anwesend war, was mit der Beschreibung islamfeindlich zu fassen ist.

Diese Konferenz fand rege Auf-

merksamkeit in der bürgerlichen Presse, was die Konferenzorganisatoren zum Anlass nahmen, dies auch entsprechend zu dokumentieren.³ Dabei sind zwei Dinge von besonderem Interesse. Zum einen die ebenfalls unter der genannten Adresse abrufbare Abschlusserklärung, zum anderen die Tatsache, dass auf der Konferenz ein regelmäßiger Autor des neurechten Blattes *Junge Freiheit* seine Vorstellungen vom Kampf gegen die Islamisierung Deutschland zum Besten geben konnte. Zum Letzteren möchte wir gerne Werner Pirker zitieren, welcher in *junge Welt* dazu Folgendes schrieb:

„Die *Junge Freiheit* zeigte sich in ihrer Konferenz-Berichterstattung rundum zufrieden: »Der jüdische Schriftsteller und Journalist Ralph Giordano hat am Wochenende vor einer immer stärker um sich greifenden ›political correctness‹ gewarnt«, schrieb sie. Giordano, Hauptinitiator und Starredner der Veranstaltung, hatte sich den Beifall aus der rechten Ecke redlich verdient. Auf den Vorwurf eingehend, dass die Islamophobie mit der Naziideologie kompatibel sei, sagte er: »Ich kenne keine schamlosere Ausbeutung des generationsüberhängenden Schuld-drucks aus der Nazizeit an den schuldlosen Generationen von heute, als diese Chefanklage deutscher Umarmen, Gutmenschen vom Dienst, Multikulti-Illusionisten, xenophiler Einäugiger und unbelehrbarer Beschwichtigungsdogmatiker.« Natürlich bedeutet Beifall aus der falschen Ecke noch lange nicht, dass das Gesagte deshalb falsch sein muss. Doch erhielt Giordano den Beifall ohnedies aus der richtigen Ecke. Denn was er auf dem Xenophoben-Treff in Köln von sich gab, war den Jungs von der Freiheit so richtig aus der Seele gesprochen.“⁴

Die Abschlusserklärung scheint auf den ersten Blick eine begeisterte Deklaration für die Einhaltung der Menschenrechte, zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte und für

¹ www.stoppt-die-hetze.de

² www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Islamphobie.html

³ www.kritische-islamkonferenz.de

⁴ [Querfront, www.jungewelt.de/2008/06-07/006.php](http://Querfront.www.jungewelt.de/2008/06-07/006.php)

Bild: flickr/Nir-Nussbaum



den Kampf gegen religiöse Intoleranz zu sein. Beim zweiten Blick wird aber klarer, worum es wirklich geht: Islamische Religionsgemeinschaften sollen christlichen, jüdischen und anderen nicht gleichgestellt werden. Lehrerinnen, die das Kopftuch tragen, soll ein Berufsverbot erteilt werden. Islamfeindlichkeit gibt es nicht. Organisationen, die gegen die völkerrechtswidrige Besetzung in Afghanistan, Irak oder Palästina Widerstand leisten und einen islamischen Hintergrund haben, sollen kriminalisiert werden usw. usw. Sie beinhaltet ferner die Forderung, prowestliche Bewegungen (weil säkularer Hintergrund) in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens zu unterstützen, ganz gleich, ob diese sich für die Menschenrechte oder doch eher für die Ausbeutung von Bodenschätzen und die geostrategischen Interessen Euroamerikas einsetzen.

Dabei gehen die berechtigten Forderungen von Migrantinnen und Migranten, die von islamischen Institutionen und Regierungen bedroht und unterdrückt wurden und werden, unter. Ebenso die berechnete Forderung nach politischem Asyl.

Aber dies soll auch nicht die zentrale Botschaft der Konferenz sein. Die Forderung nach Asyl soll die Konferenz vielmehr politisch gegen eine Kritik von links panzern.

War diese Konferenz der linkslibe-

ralen Islamfeinde noch nicht genug, soll Anfang September noch eine weitere nachgeschoben werden.⁵ Richtete sich die erste noch eher an ein etabliertes Milieu von Multiplikatoren und fand ihren entsprechenden Widerhall in links- wie rechtsliberalen Medien, so soll die kommende in Abgrenzung von der Islamfeindlichkeit der rechten, konservativen und faschistischen Kreise ausgerichtet werden. Dass dabei aber gleiche Inhalte propagiert werden sollen, lässt sich u. a. an Organisatoren und Referenten festmachen.

So durfte Hartmut Krauss auf der „Kritischen Islamkonferenz“ über den „Islam als religiös-ideologische Grundlage einer vormodernen Herrschaftskultur“ referieren. Bis vor kurzem war er auf der kommenden Konferenz noch mit dem Workshop „Religionskritik versus Rassismus – Angriff des Religiösen“ angekündigt. Was das genau heißt, lässt sich an dem von ihm verfassten Artikel „99,9% friedliebende Muslime? Zur Unhaltbarkeit einer selbstbetrügerischen Standardlegende“ ablesen. Darin heißt es:

„Als funktionsteilig organisierter und global vernetzter Tätigkeitskomplex ist die islamistische Bewegung aus westeuropäischer Sicht nicht etwa

⁵ Feel-the-Difference, http://september.web-republic.de/September/wordpress/?page_id=69

nur ein regional eingrenzbare außenpolitisches Phänomen, das nur im arabisch-muslimischen oder asiatisch-islamischen Kulturkreis anzutreffen wäre. Vielmehr ist der Islamismus im Zuge der Einwanderung muslimischer Migranten nach Mittel- und Westeuropa auch in westliche Länder importiert worden. Dabei ist dieser Migrationsimport islamistischer Mentalitäten, Strukturen und Tendenzen nicht einfach nur der spontane Effekt, ‚mitgebrachter‘ Subjektivitätsmerkmale von Teilen der eingewanderten Muslime, sondern auch als gezielte Expansion bzw. strategisch ausgerichteteter ‚Kulturexport‘ anzusehen. (...) Das vereinigende Ziel der islamistischen Bewegung ist die Errichtung eines totalitären Gottesstaates. Angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse in Europa ist ein gewaltsamer Weg zu diesem Ziel auf längere Sicht ausgeschlossen. Was bleibt, ist die Option einer allmählichen Islamisierung Europas durch:

a) eine im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung nachhaltig höhere Geburtenrate, was die Aufrechterhaltung islamisch-patriarchaler Kontrollmacht über Geist, Körper und Heiratsverhalten der unterworfenen Frauen unabdingbar macht (die Wahrheit hinter dem Kopftuch) (...) Dabei erweisen sich

Islamfeindliche Konferenzen verschiedener Couleurs

Kritische Islamkonferenz

www.kritische-islamkonferenz.de

Bei dieser Konferenz trafen sich rechts- wie linksliberale Islamfeinde. Organisatoren und Protagonisten waren u. a.: Ralph Giordano, Hintergrund-Redaktion; Zentralrat der Ex-Muslime, Aktion 3. Welt Saar etc. Der Hintergrund-Verlag wird geführt von Hartmut Krauss, welcher mit Autoren der neurechten Zeitung *Junge Freiheit* gemeinsam Texte veröffentlichen wird.

Konferenz „Feel the difference“

http://september.web-republic.de/September/wordpress/?page_id=69

Diese Konferenz richtet sich im wesentlichen an aktivistische Linke. Ihre Finger im Spiel haben vor allem Kräfte wie *Jungle World* und *Aktion 3. Welt Saar*, die hinter der vermeintlichen Verteidigung der Aufklärung nur die Kriegs- und Besatzungspolitik der USA und Israels verteidigen. Offiziell soll diese Konferenz einen Beitrag zum Thema „Rechtspopulismus und Islamkritik“ leisten.

die ‚Überalterung‘, Entdemokratisierung und geistig-kulturelle Dekadenz der deutschen Aufnahmegesellschaft sowie die politische und juristische Willfährigkeit des formalistischen Rechtsstaates als begünstigende Rahmenbedingungen dieser islamistischen Terraineroberung auf leisen Sohlen.“

Die Muslime betreiben also auch einen „strategisch ausgerichteten Kulturexport“. Da sie das nicht mittels Krieg bewerkstelligen können, wird es auf leisen Sohlen durch die Produktion von möglichst vielen Kindern vollzogen. Da fragt man sich, warum dieser Referent auf dem Mobilisierungskongress gegen *Pro Köln/Pro NRW* referieren soll, und nicht gleich am 20. September bei den Rechtspopulisten spricht. Da findet er mehr Zuhörer und noch mehr, die seiner Theorie beipflichten werden. Wir wissen nun, dass *diese* Erkenntnis die Organisatoren der Antifakonferenz „Feel the difference“ nicht zur Ausladung des Referenten bewegen hat.¹ Er wurde deshalb eingeladen, weil er demnächst gemeinsam mit Leuten des neurechten Blattes *Junge Freiheit* und anderen Neurechten ein Buch veröffentlichen wird.

Selbsternannte Antifaschisten („An-

tifa Ak Köln“) verteidigen heute also islamfeindliche Verschwörungstheorien. So weiß man, was einen erwartet, und recherchiert man ein wenig weiter, so sticht das Abschlusspodium ins Auge. Neben anderen Protagonisten trifft man auf Klaus Blees, *Aktion 3. Welt Saar*. War seine Organisation sogar Mitausrichter der „Kritischen Islamkonferenz“, so hält man ihm auf der Antifakonferenz den Stuhl für die zentrale Diskussion warm: „Islamophobie? Islamkritik im Kreuzfeuer“. Was besagter Autor so zum Besten gibt, findet man direkt auf der Webseite der *Aktion 3. Welt Saar*.²

Da heißt es unter den Überschriften „Mit Islamismus gegen die Aufklärung, Es gibt viele moderate Moslems, doch der Islam selber ist nicht moderat.“:

„Die traditionelle Auffassung des Islam, dass die Unterwerfung unter Gott und der Glaube im Mittelpunkt des Lebens stehen müsse, dass also die Pflichten der Gläubigen Gott gegenüber Priorität haben und nicht die Freiheiten und Rechte des Individuums, führt u. a. dazu, dass Aussagen des als Gottes Wort geltenden Korans wörtlich genommen werden. Daraus folgend hat dann die Aufforderung zum Jihad, zum ‚Heiligen Krieg‘ gegen die Ungläubigen, bis als einzige Religion der Islam übrigbleibt (Sure

2, Vers 191 und 193) fatale Konsequenzen. Hier wird nicht nur der autoritäre Kern des Islam offenbar, sondern diese Auffassung verhindert auch, den Islam mit den Menschenrechten und einer aufgeklärten Auffassung von Politik und gesellschaftlichem Zusammenleben in Einklang zu bringen.“(...)

Nach dem Vorwurf, dass der Islam (laut Autor gibt es weder geographische noch inhaltliche Unterschiede) mit Menschenrechten unvereinbar sei – was wohl keiner seriösen Untersuchung standhalten würde –, soll der islamische Raum genau dieselbe Geschichte durchlaufen wie der Westen. Das heißt: Er muss den Kampf der Aufklärung gegen die damals herrschende christliche Kirche und Religion dem okzidentalen Modell entsprechend nachvollziehen. Dass die Beziehungen zwischen dem arabischen Raum und dem Westen aber durch den Kolonialismus geprägt sind, der durch den heutigen Imperialismus (Kriegs- und Besatzungspolitik) fortgeführt wird, das lässt man geflissentlich unter den Tisch fallen.

Weiter heißt es:

„Islamisten propagieren und führen weltweit den ‚Heiligen Krieg‘, den Jihad, gegen alle ‚Ungläubigen‘, ob Juden, Christen oder Atheisten. Zweck des Jihad ist es, den Nichtmoslems den Islam aufzuzwingen und die ganze Welt dem ‚einzig wahren Glauben‘ zu unterwerfen. Dabei ermorden ‚Heilige Krieger‘ gezielt auch unbeteiligte Zivilisten. Häufig tun sie dies mittels Selbstmordattentaten, ihr eigenes Leben bedeutet ihnen nichts. Im Mittelpunkt ihrer Mordaktionen steht die israelische Bevölkerung und seit der Entmachtung Saddam Husseins ebenfalls die irakische. (...) Wichtigste Gemeinsamkeit aller islamistischen Strömungen ist ihr unbändiger Antisemitismus, der sich vor allem als Antizionismus äußert und auf die Vernichtung Israels ausgerichtet ist. Der ideologisch und terroristisch geführte Jihad gegen Israel ist nicht die Folge israelischer Besatzungspolitik, wie zur Rechtfertigung angeführt wird.“

¹ http://september.web-republic.de/September/wordpress/?page_id=190

² www.a3wsaar.de, Flugschrift *islamismus.pdf*

Damit wären wir dann beim Kern der Sache angekommen, der da heißt, alle „Islamisten“ sind Faschisten und wollen eigentlich nur oder hauptsächlich Juden töten. Die Kriegs- und Besatzungsrealität gibt es einfach nicht. Der „islamistische“ Mensch hat weder Gefühle, noch kann er denken („Ihr eigenes Leben bedeutet ihnen nichts“). Warum das so sei, wird im Text nicht erklärt. Genauso wenig wird zwischen Bewegungen islamischen Hintergrundes im Nahen und Mittleren Osten und in Asien unterschieden. Differenzen in und zwischen sunnitischen, schiitischen und alawitischen Religionsgemeinschaften, um nur die bekanntesten zu nennen, sucht man vergeblich. Aber auch die Unterschiede zwischen dem wahhabitischen, prowestlichen Saudi-Arabien und dem schiitischen Iran kommen nicht zur Sprache. Unterschiede zwischen der libanesischen schiitischen Hizbullah und dem, was al-Qa'ida genannt wird, gibt es nicht. Auch nicht zwischen Islam und Islamismus.

Und genau darauf kommt es dem Autor auch an. Es geht offensichtlich darum, den Islam ähnlich wie die Rechtspopulisten, wenn auch nicht in gleich rassistischer Manier, so doch in chauvinistischer Art und Weise, als Wiedergänger der Barbarei und des deutschen Faschismus zu diffamieren. Es geht vor allem darum, von den realen politischen Konflikten abzulenken, die Kriegs- und Besatzungspolitik zu negieren und al-Qa'ida, Hamas und Hizbullah in einem Atemzug zu nennen. Wollen die Konservativen, Rechtspopulisten und Faschisten die Vorherrschaft des „weißen Mannes“ sichern, wollen westliche Linksliberale à la Blee die Aufklärung verteidigen? Letztere landen dabei aber doch nur bei der Verteidigung der neuen Weltordnung mit chauvinistischer, rassistischer Begründung.

Dass solch eine Broschüre in einer Auflage von 95 000 Exemplaren als Beilage u. a. der *tageszeitung* gedruckt und verteilt wurde, ist zwar traurig, wundert aber nicht, wenn man bedenkt, dass das Machwerk des Islamhassers Hendrik M. Broder „Hurra wir kapitulieren“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung beworben und

verkauft wird. Viel interessanter ist daher, dass Klaus Blee's Kampfschrift mit EU-Geldern finanziert wurde. So befindet er sich in guter Gesellschaft mit den rechts- oder linksliberalen Kriegstreibern, denen jede Art von Säkularismus recht ist, um ihre innen- wie außenpolitischen Ziele zu erreichen.

Wer also hofft, dass diese Konferenz einen Beitrag zum „Thema Rechtspopulismus und Islamkritik“ (Steffi Holz, *Neues Deutschland*, 15. August 2008) zu leisten vermag, kann nicht einmal mehr als naiv bezeichnet werden. Die Gewichtung der einzelnen Konferenzbeiträge widerlegt den Mythos, dass diese Linken noch in irgendeiner Form Kritiker des Phänomens islamische Bewegungen/Islamfeindlichkeit sein könnten. Im Gegenteil, ein gewichtiger Teil von ihnen macht sich offen und bewusst zum Sprachrohr der Islamfeindlichkeit.

Die Geister, die ich rief...

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lassen sich verschiedene Parolen, Argumentationsmuster und Theorien zur Islamfeindlichkeit dieser transversalen „neuen“ Ideologie herausdestillieren, ohne damit einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

1. Islamfeindlichkeit, antiislamischer Rassismus oder Islamophobie gebe es nicht, so behaupten die vermeintlichen Islamkritiker. Der Vorwurf der Islamfeindlichkeit sei entweder eine Waffe, um die „Kritiker“ zu diffamieren (Linke und Linksliberale), oder nur der „berechtigte“ Ausdruck der Bevölkerung gegen die Islamisierung Europas, so behaupten Rechtsliberale, Konservative und Faschisten.
2. „Schleichende, stille oder verdeckte Islamisierung“ (rechts wie links) wird die Tatsache genannt, dass islamische Religionsgemeinschaften gleiche politische und soziale Teilhabe in Europa einfordern. Dass es sich um eine religiöse Minderheit in einem überwiegend christlichen Europa handelt, wird überhaupt nicht mehr benannt. Die einen verteidigen das christliche, die anderen das christlich-jüdische Abendland, während die Dritten

die Aufklärung und den Säkularismus in Europa in Gefahr sehen.

3. Die Propagandamaschine der Neokonservativen und Kulturkrieger wird von allen Strömungen nach dem 11. September benutzt, um den barbarischen Charakter des Islam/Islamismus darzustellen und/oder den Widerstand gegen die Besetzungen im Nahen und Mittleren Osten zu diskreditieren. Ansonsten wird der Zusammenhang zwischen dem Aufstieg politischer Strömungen mit islamischem Hintergrund und der westlichen Kriegs- und Besatzungspolitik von allen islamophoben Strömungen gleichermaßen negiert. Das ist ihr gemeinsamer Nenner.

Wie sich eine solche transversale Ideologie zu einer politischen Querfront auswachsen kann, das beschreibt Knut Mellenthin:

„Es ist nicht rational zu erklären und unverzeihlich, dass eine politisch-ideologische Strömung, deren zentraler Daseinszweck Kriegstreiberei ist, und die in ihrer radikalen, undifferenzierten Polemik gegen den Islam sogar eine Figur wie Bush von rechts überholt, ausgerechnet in Deutschland kaum auf öffentlichen Widerspruch stößt. Die deutsche Linke insbesondere ist dabei, gegenüber einem neuen Rassismus zu versagen, dessen strukturelle Ähnlichkeiten mit dem historischen Antisemitismus eigentlich nur jemand übersehen kann, der sich weder mit dem einen noch mit dem anderen wirklich beschäftigt hat.“³

Thomas Zmrzly
17. August 2008

³ „Mainstream – In antimoslemischen Internetforen entwickelt sich aus einer weit rechts stehenden Islamophobie eine radikale USA- und Israelfreundlichkeit. Die *Alleanza Nazionale* aus Italien zeigt, dass man so in den Klub international akzeptierter Parteien kommen kann Beispiel Italiens“ (www.jungewelt.de/2008/05-13/006.php)

Fadi Madi zurück in Deutschland

Ein Opfer des neuen Krieges nach innen

Vier Jahre nach seiner Abschiebung und nach mehreren erfolgreichen Gerichtsprozessen ist Fadi Madi im Juni 2008 in die BRD zurückgekehrt. Im September 2004 hatte der Berliner Polizeipräsident ein Verbot gegen den in seiner Stadt geplanten Ersten Arabisch-Islamischen Kongress erlassen. Fadi Madi war der maßgebliche Organisator des Kongresses.

In der Begründung des Polizeipräsidenten hieß es, Ziel der Veranstaltung sei die Billigung von „schweren Straftaten“. Das tatsächliche Bestreben Fadi Madis war es, in Europa einen Dialog über die Legitimität arabischer Volksbewegungen gegen Krieg und Besatzung zu eröffnen. Wie im Nachhinein bekannt geworden ist, hatte das Simon Wiesenthal Center direkt beim damaligen Bundesinnenminister Schily gegen den geplanten Kongress interveniert.

Kurz vor dem erwähnten Verbot wurde Fadi Madi in den Libanon abgeschoben und gegen ihn ein Ermittlungsverfahren nach §129B StGB eingeleitet. Dies wurde damit begründet, dass er in der Nähe „strafrechtlich relevanter Vereinigungen“ stehe. Nur wenige Tage später musste der Generalbundesanwalt das Ermittlungsverfahren wieder einstellen – ein deutliches Eingeständnis dafür, dass nicht rechtstaatliche Normen, sondern machtpolitische Interessen Herr des Verfahrens waren. Insofern war es konsequent, dass die BRD trotz Einstellung des Ermittlungsverfahrens weiter am Einreiseverbot festhielt. Ein völlig willkürlicher Akt, bedenkt man auch, dass Fadi Madi mit einer deutschen Staatsbürgerin verheiratet ist.

Im Oktober 2006 hat das Verwaltungsgericht Berlin das Verbot des Kongresses als rechtswidrig bezeichnet. Im Urteil heißt es: „Die generelle politische Unterstützung selbst des gewaltsamen ‚Widerstands‘ von Teilen der Bevölkerung in besetzten Gebieten wie im Westjordanland oder von Aufständischen wie im Irak – unabhängig von der schwierigen und strittigen völkerrechtlichen Beurteilungen solcher Handlungen – stellt keine Billigung von Straftaten im Sinne von §140 Nr. 2 StGB dar.“ (Aktenzeichen VG 1 A 288.04.) Selbst nach diesem Gerichtsurteil verwei-

gerten die Behörden weiterhin Fadi Madi die Einreise.

In einem langjährigen, mühseligen Kampf ist es Fadis Ehefrau, Rabia Madi, schließlich gelungen, den entscheidenden Einreiseverweigerungsvermerk der Bundespolizei zu kippen. Die Bundespolizei hatte die Einreiseverweigerung mit Vorgaben des Bundesverfassungsschutzes begründet, hierzu siehe weiter unten. Im Rahmen einer Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Koblenz zog die Bundespolizei im März 2008 ihren Vermerk freiwillig zurück – und gestand damit ein, so die Koblenzer Richter, dass die jahrelange Verweigerung der Einreise illegal war: „Der Beklagte (BRD, vertreten durch Innenministerium, vertreten durch den Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums), hat durch die Aufhebung des angefochtenen Bescheides (Einreiseverweigerung) zu erkennen gegeben, dass er selbst diesen für rechtswidrig hält.“ (Aktenzeichen 3 K 2073/07.KO)

Ein weiteres Resultat der dargestellten Vorgänge ist, dass der Bundesverfassungsschutz am 28. März 2008 eine schriftliche Stellungnahme abgeben musste. In dem uns vorliegenden Dokument heißt es, dass Fadi Madi bereits durch die Werbung für den Kongress „Israel und die USA angegriffen“ habe. Hier stellt sich die einfache Frage, was daran unzulässig sein kann, kriegsführende Staaten zu kritisieren und politisch anzugreifen? In der BRD ist es zur bitteren Realität geworden, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung abgeschafft ist, sobald es darum geht, das Prestige der USA und Israels zu wahren.

Den Gipfel des Zynismus erreicht der Bundesverfassungsschutz mit seiner Bemerkung, Fadi Madi verfüge sogar über Kontakte zu linken „Globalisierungsgegnern“ in der BRD und in Österreich. Somit wird einem an-

geblich antiwestlichen Muslim ausgerechnet der Vorwurf gemacht, sich mit säkularen Europäern auszutauschen. Und um diese Verbindung irgendwie diffamieren zu können, werden im besagten Dokument die „Globalisierungsgegner“ als „linksextrémistisch“ eingestuft. Hier haben wir sie: Die islamisch-kommunistisch-faschistische Front – das Konstrukt der imperialistischen Oligarchie, um jeglicher Opposition eine Berechtigung abzuerkennen.

Fadi Madi war eines der ersten Opfer des neuen Krieges nach innen. Als Verlierer gehen er und seine Sache nicht aus dem Spiel. Das oben erwähnte Urteil des Berliner Verwaltungsgerichtes und Fadis Rückkehr in die BRD erklären ihn zum Sieger, und verdeutlichen, dass Widerstand gegen die euroamerikanische Meinungsdictatur möglich und nötig ist.

Dimitri Tsalos



Bild: VGT

Damoklesschwert für den Aktivismus

§ 278 als Instrument gegen die Opposition

Am 21. Mai dieses Jahres stürmten Sonderkommandos der Polizei 23 Wohnungen, Büros und Häuser in Wien, Niederösterreich, der Steiermark, Salzburg und Tirol, deren Inhaber in Verbindung mit der Tierschutzszene stehen. Im Zuge dieser Hausdurchsuchungen wurden 10 Personen festgenommen und über sie die Untersuchungshaft verhängt.

Das Vorgehen der Polizei war dabei ein äußerst brutales, von gerammten Türen bis zu Schusswaffen im Anschlag. Die Hausdurchsuchungen galten dabei auch Organisationen, die sich, wie die *Vegane Gesellschaft Österreichs* (VGÖ), völlig apolitisch verhalten und deren einzige Tätigkeit im Verbreiten von Informationen besteht, wo vegane Kost zu beziehen ist.

Am folgenden Tag streuten die zuständige Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt und das Landespolizeikommando Niederösterreich die Information, dass die Festgenommenen im Zusammenhang schwerster Straftaten verhaftet worden wären und nannten „Brandstiftung“ und „Gasanschläge“ - Vorwürfe die, wie sich weiter zeigen wird, zwischenzeitlich zurückgezogen werden mussten, aber selbstverständlich ihre Wirkung medial entfalteten.

Einige der Betroffenen traten bis Anfang Juni in den Hungerstreik, konnten damit aber ihr Ziel einer

Enthftung nicht erreichen.

Verhaftet wurden die zehn Betroffenen aufgrund des Paragraphen 278a Absatz c und d dieses Paragraphen definieren „Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“. Grundparagraph 278 und dessen Absätze a und b wurden bereits 1993 erlassen und stellen die „Bildung und Teilnahme an einer kriminellen Organisation“ unter Strafe.

Der Paragraph stellt Verhalten in Frage, das für sich alleine gesehen straffrei bliebe. Der Gesetzgeber definierte 1993 in Ziffer 1 „Suchtmittelhandel, Schlepperei und Waffenhandel“ als besonderen Fokus.

Die Gefahr des Paragraphen zeigt sich aber in den Ziffern 2 und 3. Auszug Ziffer 2 „... Streben nach erheblichem Einfluss auf Politik und Wirtschaft“. Ziffer 3 erklärt „Abschirmung gegen Strafverfolgungsmaßnahmen“ als strafbar, wobei die Judikatur seither „Gründung von Scheinfirmen“,

„häufigen Wechsel von Wertkartenhandys“ oder die „Verwendung von Codes bei der internen Kommunikation“ dazu zählt.

Dass diese Bestimmungen nicht nur grotesk, sondern brandgefährlich sind, zeigt sich jetzt! Welchen anderen Zweck sollte jegliche politische Arbeit verfolgen, als „erheblichen Einfluss auf Politik und Wirtschaft“ zu erlangen?

Die Informationen, die seit der Verhaftung der 10 Betroffenen in kleinen Randnotizen an die Öffentlichkeit gelangten, sprechen eine deutliche Sprache: Die Tageszeitung *Der Standard* berichtete Tage nach der Verhaftungswelle, dass von Seiten der Pelz- und Kürschnerindustrie bzw. des Handels massiv Druck auf die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt ausgeübt wurde, gegen die TierschutzaktivistInnenzene vorzugehen, da sich deren politische Arbeit geschäftsschädigend auswirke.

Dies wurde am 29. August durch den Abgeordneten Peter Pilz bekräftigt. Pilz gibt an, dass Protokolle des Bundeskriminalamts belegen, dass am 5. April 2007 im Büro des Generaldirektors für Öffentliche Sicherheit ein Treffen mit Spitzen von Innenministerium, Wiener Polizei sowie Peter und Werner Graf, Eigentümer der Firma Kleiderbauer, stattfand. Generaldirektor Erich Buxbaum wies dabei den damaligen Wiener Polizeipräsidenten Peter Stiedl an, „alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Demonstrationen der Tierschützer vor den Filialen der Firma Kleiderbauer zu verhindern“.

Dass eine schlichte Verweigerung der Genehmigung unmöglich ist, war den Beamten bewusst, wie ein Protokoll vom Dezember 2007 klarstellt: „Die Untersagung von Kundgebungen [wird] derzeit nicht für möglich erachtet.“

Daher wählte man den Weg der Kriminalisierung der Tierschützer.

Am 10. April 2007 wurde laut Pilz eine „Soko Bekleidung“ gegen die Tierschützer eingerichtet, ohne dass

ein konkretes Verdachtsmoment vorgelegen hätte. Erich Zwettler, Leiter der Abteilung Ermittlungen, Organisierte und Allgemeine Kriminalität im Bundeskriminalamt (BK), „hat gewusst, dass er nichts in der Hand hat. Trotzdem wurden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorbereitet und obwohl nicht Relevantes gefunden wurde, der Fall bei der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt angezeigt, die bereit ist, den Gebrüdern Graf jeden Wunsch zu erfüllen“, so Pilz.

Die Tierschützer seien in der Folge observiert, verdeckte Ermittler eingeschleust, Telefonüberwachungen vorgenommen und die Steuerfahndung eingeschaltet worden, wobei alles, was die Ermittlungen ergaben, die Klärung des Delikts des Einschlagens einer Fensterscheibe mit einem Stein, also eine Sachbeschädigung, war. Bemüht wurde dafür eine DNS-Untersuchung (Zellspuren, die vom Stein sichergestellt wurden.)

Die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt beruft sich auf eine Notwendigkeit zum Handeln, da „die Straftaten von 2005 auf 2006 stark angestiegen seien“. Es handelt sich hier um einen Anstieg von 24 auf über 40. Nein, nicht Straftaten. Anzeigen!

Und diese Anzeigen beziehen sich in der großen Mehrheit auf derart „kapitale“ Delikte, wie

- Verkleben von Autoschlössern von Repräsentanten,
- Beschädigung von Pelzen (Buttersäureanschlägen),
- Demonstrationen auf der Straße vor Wohnhäusern von Tierfabrikrepräsentanten,
- dem schnellen Betreten von Firmenbüros und Verteilen von Flugzetteln.

Welche zutiefst gefährliche Groteske diese Rechtsanwendung in Österreich bewirken kann, von Strafrechtstatbeständen, die der Bevölkerung unter ganz anderem Vorzeichen verkauft wurden, zeigt der Vorwurf der Demonstrationen vor Wohnhäusern. Diese wurden unter dem Titel von „Beharrlicher Verfolgung (*Stalking*)“ angezeigt.

Leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir die massive Auswirkung dieses Paragraphen auf jeglichen

politischen Aktivismus bei seiner Entstehung 1993 unterschätzten. Wenn den 10 Verhafteten keine einzige Straftat nachgewiesen werden kann, führt das leider aufgrund der Gesetzeslage nicht zu deren Entlastung. Gelingt der Anklagebehörde der Nachweis, dass eine kriminelle (oder terroristische nach Absatz c und d) Vereinigung vorliegt, ist alleine die Teilnahme an der Vorbereitung dieser bereits strafbar.

Das heißt, es geht nicht um Individuen zurechenbare Straftaten, seien es mutmaßlich begangene oder mutmaßlich geplante, sondern um politische Intention, die in Form von Zusammenschlüssen zum Ausdruck kommt. Mit dem §278 kehrt das Meinungsdelikt zurück.

Wie sehr hier, in Fortschreibung des „Islamistenprozesses“ gegen Mohammed M. und Mona S. vergangenen Herbst, staatliche Organe Gesetze nach Gutdünken auslegen, um vor jeder außerparlamentarischer politischer Arbeit abzuschrecken und wie sehr diese Richtung bereits in den Gesetzen angelegt ist, zeigt der Umstand, dass die entstandene Judikatur auf Basis des §278 zwischen kriminellen Organisationen mit weniger als zehn (mindestens drei) und zehn oder mehr Angehörigen unterscheidet, was sich im weitaus höheren Strafraumen im letzteren Fall ausdrückt.

Man muss nicht Schelm sein, um nicht an Zufall zu glauben, dass haargenau zehn Personen verhaftet wurden. Seit der Verhaftung fanden im sechswöchigen Abstand Haftprüfungen statt. Mit Ausnahme der letzten Haftprüfung verlängerte das Gericht dabei immer wieder die Untersuchungshaft.

Bei der letzten Haftprüfung Mitte August wurde einer der zehn verhafteten Tierschützer aus der Untersuchungshaft entlassen, da laut Haftrichter weder genügend Anhaltspunkte für entsprechende Straftaten vorliegen, noch Fluchtgefahr gegeben ist.

Aus der Sicht von außerparlamentarischen politischen AktivistInnen, als die wir uns verstehen, kann es darauf nur eine klare Antwort geben:

- Volle Solidarität mit den Betroffenen

- Brandmarkung des freizügigen Umgangs mit Untersuchungsmethoden, wie DNS-Analysen
- Kampf mit allen politischen Mitteln zur Beseitigung dieses Unrechtsparagraphen als Versuch des Abbaus noch verbliebener Reste von Demokratie!

Reinhard Loidl

Postskriptum:

Am 2. September 2009, am 110. Tag der Untersuchungshaft, wurden die neun verbliebenen Inhaftierten auf freien Fuß gesetzt und auf Weisung der Oberstaatsanwaltschaft Wien die Untersuchungshaft aufgehoben.

Einer der Enthäfteten, Martin Balluch vom VGT, sprach in Hinblick auf die ihm vorgeworfenen Straftaten von „aus jedem Zusammenhang gerissenen Zitaten, die elf Jahre alt sind“. Medienberichte über Buttersäureanschläge, die er auf seinem PC archivierte hatte, wären als Beleg für seine Verstrickung in eine kriminelle Organisation genommen worden.

Es bestätigt sich umso mehr: Durch den §278 sind AktivistInnen permanent von Kriminalisierung bedroht und Spielball politischer Interessenslagen der Eliten.

Die Fakten drängen einen Seitenblick zum Verfahren gegen Mohammed M. und Mona S. auf – dem „Wiener Terroristenprozess“, auf dessen Unregelmäßigkeiten in der letzten Ausgabe der *Intifada* hingewiesen wurde.

In beiden Fällen eine Blamage für die Republik. Jeglicher Jubel erscheint aber voreilig. Einerseits zeigte sich in beiden Fällen, dass erst Höchstinstanzen des Rechtssystems den Rechtsstaat verteidigen und die Justiz als Gesamtes keineswegs entgegen politischen Interessen verfassungsmäßige Rechte garantiert.

Der Kampf für eine restlose Beseitigung des § 278 bleibt zentral und aktuell.

Serbenfreund H.-C. Strache

Neue Konstellationen im dritten Lager

Als Heinz Christian Strache anlässlich der völkerrechtswidrigen Sezession der serbischen Provinz Kosovo für die serbische Seite Partei ergriff, verblüffte dies weite Teile der österreichischen Öffentlichkeit. Allzu sehr steht diese Position im Widerspruch zu der traditionell antiserbischen Haltung österreichischer Rechtspopulisten und Deutschnationaler, die bisher eher den Standpunkt „Serbien muss sterben“ vertreten.

Doch nicht bloß Deutschnationale und Rechtskonservative unterstellten der serbischen Politik der 1990er Jahre ein „Großserbien“ anzustreben. Auch in linksliberalen Kreisen geisterte das aus dem Ersten Weltkrieg bekannte Schreckgespenst serbischer Hegemoniebestrebungen umher und bereitete der allgemeinen Kriegsbereitschaft gegen Serbien den Boden. Als die Nato 1999 serbische Städte bombardierte, gab es in Österreich so gut wie keine Proteste. Die damalige österreichische Friedensbewegung bestand fast ausschließlich aus in Österreich lebenden Serben. Doch schon des Öfteren hat ein Feindbild das andere abgelöst. Waren dies unlängst noch die (slawischen) Kommunisten, so fürchtet man sich heute vor den fundamentalistischen Muslimen. Zwar reicht der österreichische Antislawismus weit hinter die kommunistische Vergangenheit zurück und ist nicht mit dem Antikommunismus gleichzusetzen, doch bezog dieser in Österreich seine Mobilisierungskraft sehr stark aus antislawischen Ressentiments – und umgekehrt.

Da gegenwärtig die europäische Integration oberste Priorität hat, sollte man meinen, dass alte Feindbilder ausgedient hätten. Auch Serbien soll möglichst bald der EU beitreten, Konflikte vergangener Tage vergessen werden. Doch es ist nun einmal keine zehn Jahre her, dass sich die Nato mit einem Bombenkrieg gegen Serbien für die Kosovo-Albaner stark gemacht hatte. Zur nachträglichen Legitimierung westlicher Interventionspolitik am Balkan wurde das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ins Leben gerufen. Die (serbischen) Hauptverantwortlichen für die begangenen Verbrechen sollten dort medienwirksam Buße tun, um – wie behauptet wird – den Serben zumindest die Last der Kollektivschuld zu nehmen. Anders gesagt: Der Bomben-

krieg musste als notwendiges Übel, um Schlimmeres zu verhindern, gerechtfertigt werden. Da man Serbien in der EU sehen möchte, wird Goldhagens Kollektivschuldthese (dieser hätte die Serben gerne umerzogen) verworfen und die Verantwortung ausgemacht „finsteren Gestalten“ à la Milošević zu-

Bevölkerung. Man darf gespannt sein, wie hier weiter verfahren wird.

Islamfeindlichkeit von Links und Rechts

Solche Sorgen liegen H. C. Strache fern. Er hat in den Serben die wahren Verteidiger des christlichen Abendlandes vor der islamischen Expansion erkannt. Und tatsächlich finden derartige Interpretationen auch Anklang bei Serben, die sich von Europa und den USA betrogen fühlen. Man kann sich diesen Denkvorgang ungefähr so vorstellen: „Die Amis und die Europäer reden stän-

Bild: flickr/nofrills



gewiesen. Man ist bemüht eine „proeuropäische“ Hegemonie in Serbien zu schaffen, was sich jedoch immer wieder als Drahtseilakt erweist, da das Dogma der serbischen Hauptverantwortung für die Jugoslawienkriege bestehen bleiben muss. Es könnten sonst unerwünschte Fragen nach der Rolle der Nato aufkommen. Dies führt zur fortwährenden Ignorierung der die Serben betreffenden nationalen Fragen in Bosnien und Kroatien, gipfelte in der Abtrennung des Kosovo und ist somit der „proeuropäischen“ Stimmung in Serbien eher abträglich. Erst mit dem EU-Beitritt Serbiens wäre das Projekt der Umgestaltung des Balkans vollendet, doch bedarf ein solcher der Zustimmung großer Teile der serbischen

dig über islamischen Terrorismus, führen zu dessen Abwehr Krieg im Nahen Osten etc. Wir Serben führen ihren Kampf vor unserer Haustür, doch der Westen unterstützt lieber die Terroristen.“ Und tatsächlich stimmt dieses Argument zum Teil, haben doch auch vom Westen als terroristisch bezeichnete islamische Organisationen im Bosnienkrieg bei der Bewaffnung islamischer Milizen geholfen. Dem liegt jedoch ein Missverständnis zugrunde. Zwar trifft es zu, dass nach dem Zusammenbruch des Sozialismus der Islam zum Hauptfeind der „Freien Welt“ erklärt wurde, doch darf nicht übersehen werden, dass zumindest die USA keinerlei Bedenken haben, die rigidesten, fundamentalistisch-islamischen Regime zu stüt-

zen. Während der Iran zum Inbegriff des islamischen Fundamentalismus erklärt wird, darf sich Saudi Arabien der Zuneigung Washingtons erfreuen. Entscheidend ist hier allein die Parteinahme im globalen Konflikt. Die bosnisch-muslimischen Eliten waren bereit, sich den Herren in Washington und Berlin unterzuordnen, während der Einfluss arabischer Staaten auf Bosnien marginal blieb. Die Islamisierung des albanischen Nationalismus ist ohnehin nicht zu befürchten, definieren sich die Albaner doch entlang ethnischer, nicht religiöser Kriterien. Die Solidarisierung mit den sich im Krieg mit den USA befindlichen muslimischen Ländern scheint ihnen völlig fremd zu sein. Viel mehr kann man bei albanischen Kundgebungen regelmäßig ein US-amerikanisches Fahnenmeer beobachten.

Was will uns also Strache mit seiner serbienfreundlichen Orientierung sagen? Neben dem offensichtlichen Ringen um Wählerstimmen von österreichischen Staatsbürgern serbischer Herkunft, ist dies Ausdruck des Heranwachsens einer neuen transversalen Ideologie. Die Zurückweisung des Islam als eine gewalttätige, frauenfeindliche, expansionistische usw. Religion, ist *das* ideologische Phänomen der Gegenwart. Die dem Islam zugeschriebenen Adjektive deuten auf die ideologische Herkunft der Mehrheit der so genannten Islamkritiker hin. Denn Strache und andere rechte Einpeitscher sind nicht die Wortführer der antiislamischen Kampagne. Sie bewirten lediglich den von liberalen Zeitgeistern bereiteten Boden. Die in linker Manier und Terminologie vorgetragene „Kritik“ am Islam wird von Rechtspopulisten mit Kulturkampfparolen unterfüttert. Doch auch der Kulturkampf ist in der sich links gebenden Rhetorik bereits angelegt, wie das Gerede von den emanzipatorischen Errungenschaften, die vom „fundamentalistischen Islam“ in Frage gestellt werden, deutlich macht. Hier tun sich mit linksradikaler Attitüde auftretende Akteure aus dem Umfeld der KPÖ, der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) sowie diverse Antifa-Gruppen besonders hervor. Mit feministischer Rhetorik, unreflektiertem Säkularismus und über den Umweg der Solidarität mit Israel manövrieren sie sich in ein gänzlich antagonistisches Verhältnis zu jeglicher

Form arabischer Selbstbestimmung. Der „islamische Faschismus“ ist ihre Erfindung, der antifaschistische „Abwehrkampf“ ihr Marschbefehl, „USA – Antifa“ ihr Schlachtruf.

Ein Feindbild löst das andere ab

Das Verständnis, das Strache plötzlich für serbische Positionen aufbringt, ist auch deshalb interessant, weil der Serbenhass im Österreich der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in seiner alle gesellschaftlichen Schichten und politischen Lager übergreifenden Dimension mit dem heutigen antiislamischen Ressentiment und dem historischen Antisemitismus vergleichbar ist. Kein anderes Feindbild war in Österreich ähnlich wirksam wie die angeführten drei, obwohl eingeräumt werden muss, dass die Islamfeindlichkeit noch nicht die Dimensionen der beiden anderen genannten Phänomene angenommen hat. Da die antiislamische Kampagne jedoch mit massivem Aufwand global geführt wird, ist eine Zuspitzung zu erwarten. Die Parteinahme Straches für Serbien ist sehr aufschlussreich. Der slawische Süden und Osten Europas ist für ihn ob seiner christlichen Tradition Teil „unserer Wertegemeinschaft“, vergessen scheint ihr rechtes Geschwätz von gestern. Straches Position reflektiert damit durchaus die antiislamische Stimmung innerhalb der Unterschichten. Zudem weist die von Politikern, Intellektuellen und Mainstream-Philosophen zuletzt häufig bemühte Rede von der „christlich-jüdischen“ Tradition darauf hin, dass es auch eine antiislamische Kampagne von oben gibt. Als hätte es den europäischen Antisemitismus und seine unzähligen Exzesse nicht gegeben, wird das Judentum der abendländischen Tradition zugerechnet. Der christliche Antijudaismus und der säkulare Antisemitismus Europas gehen in der Islamfeindlichkeit auf.

Welche Rolle spielt also Strache in diesem Schauspiel? Natürlich beruft er sich nicht auf die „christlich-jüdische Tradition“, klopft keine Antifa-Sprüche, und es liegt ihm auch fern, gegen das iranische Atomprogramm zu wettern. Strache bedient eine andere Klientel. Er kümmert sich um die Arbeiterschaft, die auf dem Arbeitsmarkt einem gnadenlosen Konkurrenzkampf ausgeliefert ist. Die Zustände spitzen

sich zu. Strache möchte vor allem die gedemütigten Lohnabhängigen anrufen und sie gegen einen äußeren Feind in Stellung bringen. Auf den antiislamischen Propagandazug aufzuspringen bot sich ihm als einfachster Weg an. Doch kommt der antiislamische Chauvinismus mitten aus der politisch korrekten Wertegemeinschaft, die abwechselnd die Menschenrechtsverletzungen islamischer Regierungen gegenüber der Bevölkerung, die Aggressivität der islamischen Bevölkerung gegenüber westlichen Einrichtungen und Symbolen und die Irrationalität und Unmündigkeit islamischer Führungspersönlichkeiten als Interventionsgründe anführt. Der Islam wird beschuldigt die Aufklärung verdrängt zu haben. Wenn FPÖ-Politiker den Islam als solchen angreifen (Mohammed sei ein Kinderschänder gewesen etc.), liegen sie im allgemeinen Trend. Die inszenierte Empörung des Mainstreams über die Hetze der FPÖ ist nicht besonders glaubwürdig. Der liberale Intellektuelle mag Äußerungen dieser Art vielleicht als geschmacklos empfinden. Das Klischee des Frauen unterdrückenden, Juden hassenden, religiös verblendeten Muslimen entsprang jedoch bestimmt nicht dem politischen Umfeld der FPÖ.

Es bleibt zu hoffen, dass sich in Serbien anstatt eines gegen die islamische Welt gerichteten Chauvinismus als Aufnahmebedingung in die westliche Wertegemeinschaft die Meinung durchsetzt, dass man auch selbst zu einem Opfer der imperialen Politik geworden ist. Straches Zugehen auf die Serben möchte Ersteres bewirken, obwohl auch er Kritik am Imperialismus der EU und der USA nicht ausspart. Die Ablehnung der völkerrechtswidrigen Kriege und Besetzungen im Irak und in Afghanistan geht der FPÖ zwar leicht über die Zunge, was sie jedoch nicht daran hindert, gleichzeitig vor der Islamisierung Europas zu warnen. Serbiens Nationalisten dürften dies ähnlich sehen, doch sie befinden sich tatsächlich in einem ernsthaften Konflikt mit dem westlichen Hegemonismus, was von den „freiheitlichen“ Maulhelden nicht behauptet werden kann.

Milan Obid

AutorInnen und ÜbersetzerInnen:

- Mohammed Aburous* geboren 1976 in Palästina. Lebt derzeit in Österreich. Studierte technische Chemie an der TU-Wien und dissertierte an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Aktivist des *Arabischen Palästina-Clubs* (APC) und des *Österreichisch-Arabischen Kulturzentrums* (OKAZ) in Wien.
- Sebastian Bahlo* geboren 1982, lebt in Frankfurt am Main. Er hat als Mitglied des *Internationalen Komitees für die Verteidigung von Slobodan Milošević* am Jugoslawien-Tribunal in Den Haag gearbeitet. Er ist Mitherausgeber des Buches „*Die Zerstörung Jugoslawiens – Slobodan Milošević antwortet seinen Anklägern*“, Zambon Verlag Frankfurt am Main, das in diesem Jahr in 3. Auflage erscheinen wird.
- Margarethe Berger* geboren 1968 in Wien, studierte Slawistik an der Universität Wien, wiederholte Reisen in den arabischen Raum und Südamerika.
- Gunnar Bernhard* geboren 1973 in Wien, arbeitet als Behindertenbetreuer. Aktivist der *Antiimperialistischen Koordination*.
- Gernot Bodner* geboren 1974 in Bruck an der Mur, studierte an der Universität für Bodenkultur in Wien, große Reisetätigkeit vor allem nach Südamerika. Aktivist der *Antiimperialistischen Koordination*.
- Stefan Hirsch* geboren 1976 in Wien, studierte Geschichte und Geografie an der Universität Wien, arbeitet im Bildungsbereich.
- Jost Kaschube* geboren 1942 in Bielitz, Diplommathematiker, bekennender 68er, arbeitete als Lehrer, Drehbuchautor, in der Datenverarbeitung und im Qualitätsmanagement. Asienreisender, jetzt Rentner.
- Wilhelm Langthaler* geboren 1969, arbeitet als technischer Angestellter in Wien, Aktivist der *Antiimperialistischen Koordination*. Zahlreiche Reisen zu den Zentren des Widerstands, insbesondere am Balkan, in den Nahen Osten und auf dem indischen Subkontinent, Koautor des Buches *Ami go home*, erschienen im Verlag Pro-Media.
- Reinhard Loidl* geboren 1961, Studium der Publizistik, Lektor der Universität Wien.
- Peter Melwyn* Studien der Sozialwissenschaften und Geschichte in Paris, New York, Toronto und Montreal. Lektor für Sozialgeschichte an der Université de Montréal. Hauptkarriere als höherer Beamter in der *Internationalen Arbeitsorganisation*, Genf. Mitte der 80er Jahre Übersiedlung nach Wien, als Konsulent für internationale Organisationen tätig. Aktivist der *Jüdischen Stimmen für einen gerechten Frieden in Nahost*.
- Milan Obid* geboren 1981 in Klagenfurt/Celovec, Student der Sozial- und Kulturanthropologie und Slawistik in Wien, Vorsitzender des *Klubs slowenischer StudentInnen in Wien / Klub slovenskih študentk in študentov na Dunaju*.
- Dimitri Tsalos* geboren 1972, Ausbildung zum Buchhändler in Stuttgart, derzeit kaufmännischer Angestellter in Köln. Ehemals Mitglied und Mandatsträger der PDS, heute aktiv in der Bewegung gegen Neoliberalismus und Krieg. Mitherausgeber von *Naher und Mittlerer Osten – Krieg, Besatzung, Widerstand*, Pahl Rugenstein Verlag, 2007.
- Petra Wild* geboren 1963, Islamwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Widerstand, Konflikte und Protestbewegungen in der arabisch-islamischen Welt. Lebt in Berlin.
- Thomas Zmrzly* geboren 1969, arbeitet als Krankenpfleger in Düsseldorf.



Th.) R. X 08

die linke
auf den punkt
gebracht.



im abo. im internet. am kiosk.

**Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt*
drei Wochen unverbindlich testen.
Das Testabo endet automatisch.**

Ich habe das Probeabo empfohlen:

Name/Vorname intifada

PLZ/Ort

Straße/Nr.

Telefon E-Mail

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Telefon E-Mail

Bitte beachten Sie beim Testabo, daß eine optimale Bearbeitung nur möglich ist, wenn Ihre Telefonnummer (und gegebenenfalls auch Ihre E-Mail-Adresse) angegeben ist. Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Datum/Unterschrift

Belieferung beginnt ab Montag, den: _____

Coupon einsenden an Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin oder faxen an die 0 30/53 63 55-44